

aep

informationen

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft



Wirtschaftspolitik – auf wessen Kosten?

Feministische Perspektiven zu Ökonomie

Werte Leserinnen und Lesende,

sehr gerne haben wir den Vorschlag der *aep*-Kolleginnen aufgenommen, eine Ausgabe zu Feministischer Ökonomie zu entwickeln. Das Thema ist im Weltmaßstab eminent wichtig, auch wenn die Herrschaften das nicht sehen wollen oder können. In den letzten Monaten gab es in der Frauenbildungsstätte Frauenhetz/Wien eine Reihe von Veranstaltungen zu den Krisenherden Ökologie und Ökonomie, zur Geschichte der Feministischen Ökonomieentwicklung, zu Care, zu Arbeit und zum Grundeinkommen. Wir konnten also auf einen Fundus an renommierten Referentinnen und Autorinnen zurückgreifen und haben versucht, ein interessantes Kaleidoskop von Perspektiven zusammen zu bringen.

Auf den Universitäten marginalisiert, in Politik und Wirtschaft unerhört, arbeiten feministische, genderkritische und politische Ökonominen unermüdlich an der Kritik eines Systems, das in der Neuzeit Frauen und andere, zur buchstäblichen Minderbemitteltheit verurteilte Menschen – schlicht und einfach formuliert – ausbeutet. Und zynisch ist es, wenn dann heute von Global Playern auf Wirtschaftsgipfeln (übersetzt: globalen Spielern, sic!) u.a. das Miniunternehmertum als (auch noch) emanzipatorisches Heilmittel für Frauen und Arme angepriesen wird.

Wie ein entzündeter Faden zieht sich durch fast alle Beiträge die hartnäckige und scheinbar un(auf)lösbare Problematik der unterbezahlten Erwerbsarbeit und unbezahlten Haus- und Sorgearbeit von Frauen. Dass diese Tatsache von den Nutznießenden nicht infrage gestellt wird, ist evident, aber wieso sie von den meisten Ausge- und Benutzten schicksalsartig hingenommen wird und nicht zu zündendem Begehren nach Veränderungen führt, ist ein großes Rätsel. Vielleicht hilft diese Ausgabe zu vertieften Einsichten und motiviert zum Engagement. Und weil sich auch in diesem Land so wenig ändert, gibt es eine neue Initiative zu einem Frauen*volksbegehren. Auf Mascha Madörins Homepage ist ein bemerkenswertes Zitat zu finden: „Ökonomie sollte man nicht mit dem Ziel studieren, eine Reihe von fertigen Antworten auf ökonomische Fragen zu erlangen, sondern um zu lernen, wie man es vermeidet, von Ökonomen getäuscht zu werden“ (Joan V. Robinson, Ökonomin, 1903-1983). Täuschungsmanöver gibt es nicht nur im Bereich des Ökonomischen, sondern das gilt für viele Lebenslagen von Frauen weltweit. Lassen wir uns nicht weiter oder erneut täuschen. „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“, war vor Jahrzehnten ein bewegendes Motto; wir sollten es erinnern. *bk*

Dieses Heft wurde gestaltet von

Hilde Grammel Anglistin, Historikerin, als Lehrerin berufstätig. Mitgründerin der Plattform 20000 Frauen und Aktivistin von KPÖ-Frauen.

Birge Krondorfer Politische Philosophin, Lehrbeauftragte, Erwachsenenbildnerin, feministisch Tätige.

Judith Klemenc Autorin, Künstlerin und Kunstvermittlerin. Sie illustrierte dieses Heft.

„die illustrationen veranschaulichen hände, von verschiedenen frauen: unterschiedlichen alters, unterschiedlicher klasse, herkunft, nation, kultur ... die jeweils gleich viel geld in den händen haben: wenig.

die hände bittend, öffnend, haltend, anbietend ... je nachdem.

IMPRESSUM

Herausgeber und Verleger: Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft, Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck (vertreten durch Dr. Monika Jarosch)

Für den Inhalt verantwortlich: die Redaktion – Grafik: büro54 – Druck: dps Arnold

Die in den namentlich gekennzeichneten Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit jenen der Redaktion identisch sein. Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 31.7.2017. Die nächste Ausgabe der AEP-Informationen erscheint Anfang Dezember 2017 – Redaktionsschluss hierfür ist der 31.10.2017.

Redaktion: Elisabeth Grabner-Niel, Monika Jarosch, Andrea Urthaler. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe wurde inhaltlich von Hilde Grammel und Birge Krondorfer gestaltet.

Titelbild/Illustrationen: Judith Klemenc

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial

Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus. Silvia Federici	5
Die große Ungerechtigkeitsmaschine. Mascha Madörin	8
Neoliberale Frauenfeindlichkeit, Marktfeminismus und die Retterinnen der Welt. Christa Wichterich	11
Die verborgenen Stätten der Reproduktion. Tove Soiland	14
Männliche Härte: Vom neoliberalen Konkurrenten zum rechten Feind. Gabriele Michalitsch	16
Warum die EU-Wirtschaftspolitik Europa tiefer in die Krise führt. Christa Schlager und Elisabeth Klatzer	19
Frauen sind reich. Michaela Moser	22
Wirtschaft ist Care. Ein Paradigmenwechsel in der Ökonomie ist unterwegs. Ina Praetorius	25
Die Subsistenzperspektive: ein ökofeministischer Beitrag zu Degrowth. Veronika Bennholdt-Thomsen	27
Eine hoffnungsvolle Beziehung zwischen Frauen-, Umwelt- und Arbeiterbewegung? Nora Räthzel	31
Die Vier-in-Einem-Perspektive als Leitfaden für Politik. Frigga Haug	34
Femme Fiscale: Feministische Kämpfe rund ums Budget. Elisabeth Klatzer	37
Gender Budgeting. Ein (taugliches) Instrument für mehr Geschlechtergerechtigkeit? Katharina Mader	40
Feministische Überlegungen zu neuen Geldpolitiktheorien. Käthe Knittler	43
Gegen Kleinfamilien, Kokosnussökonomie und Kapitalismus – eine feministische, queere und antikoloniale Kritik. Karin Schönpflug	45
„Daran glauben müssen“ – vom Dienst am Geld. Christina von Braun	48
Warenfetischismus heute. Barbara Eder	51
Vom klassen- zum regionalbewussten solidarischen Konsum. Andrea Ellmeier	53
Gelebte Frauensolidarität in Thessaloniki. Voula Taki	55
Because it's 2017 – weil Frauen*politik nicht noch einmal 20 Jahre warten kann! Das neue Frauen*volksbegehren. Viktoria Spielmann und Eva Maria Zenz	58
Literaturempfehlung: Feministische und postpatriarchale Perspektiven auf das Bedingungslose Grundeinkommen. Margit Appel	61

>>>

Rezensionen	64
Simone Veil ist tot (1927-2017)	73
TKI open 18_humor.....	73
Neue Bücher	74



Offenlegung nach dem Mediengesetz:

Medieninhaber und Verleger: AEP (s. Impressum). Die AEP-Informationen sind eine feministische Zeitschrift, die zur Auseinandersetzung mit der patriarchalen Mitwelt und zum Widerspruch anregen wollen. Sie möchten dazu beitragen, die widerständigen Kämpfe von Frauen zu dokumentieren und die vielfältigen Existenzweisen von Frauen sowie die Freiräume, die sich Frauen immer schaffen und geschaffen haben, sichtbar zu machen. Unser Anspruch ist es, Hierarchien in den Geschlechterverhältnissen aufzudecken sowie der Marginalisierung und Diskriminierung von Frauen und den gewalttätigen Strukturen in Ökonomie, Politik und Gesellschaft entgegenzuwirken. Damit wenden sich die AEP-Informationen gegen alle Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse, die weibliche Lebensmöglichkeiten einschränken und streben eine umfassende Veränderung des von Herrschaft gekennzeichneten Geschlechterverhältnisses an.

REPRODUKTIONSARBEIT IM GLOBALEN KAPITALISMUS

Silvia Federici

In den 1970er Jahren war ich Teil der internationalen Kampagne „Lohn für Hausarbeit“. Aus einer marxistischen Perspektive verstanden wir darunter alle Tätigkeiten, die die Arbeitskraft produzieren und reproduzieren, also Arbeitskräfte hervorbringen und regenerieren. Mit „Reproduktionsarbeit“ bezeichneten wir also nicht nur das, was gewöhnlich mit Hausarbeit assoziiert wurde, sondern auch Kinder austragen und gebären, versorgen und erziehen, sexuelle und emotionale Arbeit. Der Begriff sollte auf den repetitiven Charakter dieser Tätigkeiten verweisen. Marx denkt die Reproduktion der Arbeitskraft nur innerhalb der Sphäre der Warenproduktion – die ArbeiterInnen reproduzieren sich, indem sie Waren konsumieren, die sie von ihrem Lohn kaufen. Wir weiteten das Konzept aus, auf all die unbezahlte Arbeit, die zu Hause, außerhalb der Sphäre der Warenproduktion, zur Reproduktion der ArbeiterInnen notwendig ist. Der Begriff verweist außerdem auf das Marxsche Konzept der „gesellschaftlichen Reproduktion“ – also alle Aktivitäten, durch die der Kapitalismus sich selbst und die Klassenverhältnisse reproduziert. Damit war die herrschaftliche Dimension von Reproduktionsarbeit angesprochen.

Kapitalistische Funktionsweisen

Unser theoretischer Ansatz half uns nicht nur, die Stellung der Frau im Kapitalismus klarer zu verstehen, sondern auch das Spezifikum kapitalistischer Verkehrsverhältnisse. Die Abwertung von Reproduktion ist nicht kontingent, sondern ein strukturelles Merkmal des

Kapitalismus. Im Laufe seiner Geschichte wurde diese Abwertung kontinuierlich aktualisiert, um die Kosten der Arbeitskraft niedrig zu halten. Notwendige Voraussetzung für das Entstehen des Kapitalismus war entsprechend nicht nur die Trennung der ArbeiterInnen von den Produktionsmitteln, sondern auch die Trennung der Sphäre der Warenproduktion von der der Reproduktion der Arbeitskraft. Letztere wurden als „nicht ökonomische Tätigkeiten“, als Nicht-Arbeit, als „Liebesarbeit“ oder eben als „Frauenarbeit“ bezeichnet.

Sexismus ist also, wie Rassismus auch, ein strukturelles Merkmal des Kapitalismus. Es ist unmöglich, die Produktion der Arbeitskraft zu entwerten, ohne gleichzeitig die Individuen zu entwerten, die ihre Träger sind. Durch die Lohnverhältnisse wird unbezahlte Arbeit ausgebeutet, ganze Bereiche von Ausbeutung verschleiert und die Arbeiterklasse gespalten. Durch den Lohn wird auch Macht über die nicht entlohnten Arbeitskräfte an die entlohnten Arbeitskräfte delegiert, also eine Spaltung geschaffen. Diese Macht beginnt mit der Kontrolle und Beaufsichtigung der weiblichen Körper und ihrer Arbeit. Die materielle Grundlage geschlechtlicher Arbeitsteilung und der damit einhergehenden Unterdrückung besteht in der Trennung der Sphären, der naturalisierten Zuweisung bestimmter Tätigkeiten als „Frauenarbeit“ und vor allem deren Nicht-Entlohnung. Darin liegt die Basis der Unterordnung von Frauen, ihrer ökonomischen Unselbständigkeit und auch der besonderen Stellung, die Frauen dann auch auf dem Arbeitsmarkt zukommt: niedrigere Löhne, ge-

ringfügige Beschäftigung, fehlende Anerkennung etc. Auch als Lohnarbeit bleibt Frauenarbeit weitgehend auf Tätigkeitsfelder beschränkt, die eine Fortsetzung der häuslichen Arbeit darstellen und entsprechend geringgeschätzt und schlecht entlohnt werden.

Gefährdende Dienstleistungen

Zweifellos hat der massive Eintritt von Frauen in Erwerbsarbeit die Organisation der Reproduktion entscheidend verändert – obwohl das kein globaler Trend ist: In vielen Teilen der Welt wurden Frauen aus bestehenden Anstellungsverhältnissen entlassen, vor allem in der Dritten Welt und den ehemaligen sozialistischen Staaten. Sicherlich hat der Zugang zu entlohnter Arbeit Frauen mehr Autonomie verliehen, die Geschlechterverhältnisse verändert und eine gewisse Entkoppelung der Reproduktionsarbeit vom Geschlecht ermöglicht. Auch politische Kämpfe haben sich gewandelt. Heutzutage übernehmen mehr Männer Reproduktionsarbeit und begreifen dies als politisches Feld. In New York diskutieren wir zum Beispiel die Notwendigkeit „sich selbst reproduzierender Bewegungen“. Bewegungen also, die – wie die feministische – Widerstand nicht von der Transformation unseres Alltagslebens und unserer täglichen Reproduktion trennen wollen. Auch das wachsende Interesse an der Frage der Commons zeigt das.

Trotz allem sind viele Gender-Hierarchien nach wie vor intakt, der Großteil der Frauen hat die häusliche Sphäre nicht verlassen, auch wenn sie einen zweiten Job haben, und der überwie-

gende Teil reproduktiver Arbeit bleibt unbezahlt. Die Globalisierung der Sorgearbeit hat an dieser Tatsache nichts verändert. Hinzu kommt, dass zwar viel Arbeit das Haus verlassen hat, aber mindestens ebensoviel Arbeit ins Haus zurückgekehrt ist. Die Reform der Gesundheitsversorgung und die Finanzkrise haben einen großen Anteil unbezahlter Arbeit wieder in die Haushalte zurückgetragen. Als Folge von Kürzungen im Gesundheitswesen werden in den USA heute Leistungen, die zuvor in Kliniken von geschultem Personal erbracht wurden, zu Hause vorgenommen. Es sind auch hier überwiegend Frauen, die solche teils riskanten Tätigkeiten verrichten, für die sie nicht ausgebildet wurden, wie zum Beispiel Katheter legen oder Dialysen durchführen. Die fortgesetzten Desinvestitionen des Staates aus reproduktiven Dienstleistungen beschleunigen diesen Trend. Die globale Ausweitung informeller Heimarbeit (vom Textil- bis zum Elektrosektor) während der 1980er und 1990er Jahre zeigt, dass unbezahlte Arbeit im Haushalt auch andere Arten von atypischer Arbeit anzieht. Erst die Verpflichtung der Frauen, auf ihre Kinder aufzupassen, macht die Ausweitung industrieller Arbeit in die Sphäre des Häuslichen hinein möglich. Entscheidend ist dabei, dass das Kapital versucht, das Modell der häuslichen Arbeit als Vorbild für eine Reorganisation der Arbeit zu nehmen. Heimarbeit isoliert die ArbeiterInnen voneinander und ist nicht gewerkschaftlich organisiert, was zu niedrigen Löhnen führt. Selbst wenn Hausarbeit als Dienstleistung erbracht wird, wird sie von

Frauen geleistet und unterliegt nach wie vor den Bedingungen von Arbeit in der häuslichen Sphäre.

Marktförmige Reproduktionsarbeit

Im Postfordismus ist nicht, wie oft gesagt wird, die reproduktive Arbeit verschwunden und sie hat auch nicht das Haus verlassen. Im Gegenteil: Die Tatsache, dass ein Teil der Hausarbeit heute marktförmig organisiert wird, macht die unbezahlte Arbeit, die Frauen zu Hause leisten, noch unsichtbarer als vorher und lässt sie noch stärker als selbstverständlich und als individuelle Verantwortung erscheinen. Es stimmt zwar, dass die Trennlinie zwischen Produktion und Reproduktion oft dünn geworden ist, aber die Tatsache, dass der Großteil der Reproduktionsarbeit nach wie vor nicht entlohnt wird, ist Grund genug, die Unterscheidung beizubehalten. Ungeachtet veränderter Familienstrukturen und Lebensbedingungen ist die häusliche Sphäre der Mittel-

punkt reproduktiver Tätigkeiten geblieben. Hier werden unbezahlte Dienste erbracht und Kürzungen der Sozialleistungen aufgefangen.

Der Neoliberalismus hat zwei wichtige Veränderungen in der Organisation der gesellschaftlichen Reproduktion herbeigeführt. Erstens wurde eine Desinvestition des Staates aus der Reproduktion der Arbeiterklasse vollzogen (gemeinhin als Ende des Wohlfahrtsstaates bezeichnet). Dies wird zweitens begleitet von einer zunehmenden „Finanzialisierung der Reproduktion“, die jeden Bereich gesellschaftlicher Reproduktion unmittelbar in einen Akt der Akkumulation zu verwandeln sucht. Es ist wichtig, diese Verschiebungen vor dem Hintergrund der Kämpfe der 1960er Jahre zu sehen, die nicht nur in den Fabriken, sondern auch in den Schulen, auf den Feldern und in den Küchen und Schlafzimmern dieser Welt geführt wurden. Diese Kämpfe haben die Hoffnung des Kapitalismus schwinden lassen, dass Investitionen





in die Reproduktion der ArbeiterInnen sich in Form einer produktiveren, disziplinierteren Arbeiterklasse auszahlen würden. Stattdessen wird nun versucht, dies über den Markt zu regeln und auch Reproduktion unmittelbar produktiv zu machen. Die Figur der „Arbeiterin“ wird ausgelöscht und durch die Figur der „Mikro-Unternehmerin“ ersetzt, welche in ihre eigene Bildung, Rente und Gesundheitsversorgung investiert. Es ist kein Zufall, dass Schulden zu einem alles durchdringenden Instrument der Akkumulation geworden sind. Die umfassende Verschuldung erweckt den Eindruck, wir alle seien

„Kapitalisten“, die sich kleine Kapitalsummen von Banken leihen, um sie in Projekte zu investieren, die uns selbst auf- und verwerten sollen. Für den Erfolg oder das Scheitern dieser Projekte seien wir ganz allein selbst verantwortlich.

Der nach wie vor wichtigste Grund, Produktion und Reproduktion zu unterscheiden, ist, dass wir den grundlegendsten Aspekt der kapitalistischen Akkumulation nicht aus den Augen verlieren dürfen: die systematische Abwertung der Reproduktionsarbeit. Wenn der Kapitalismus die Individuen und das Leben an sich abwertet, dann

ist er ein System, dem wir uns in allen unseren Kämpfen widersetzen müssen.

Anmerkung

Der Text ist eine von der Redaktion gekürzte und umgestellte Version eines Beitrags mit gleichem Titel aus der Zeitschrift *LuXemburg* 4/2012. Wir danken der Redaktion und der Autorin für die Zustimmung zur Veröffentlichung.

Autorin

SILVIA FEDERICI ist em. Professorin (New York), Soziologin, feministisch-marxistische Theoretikerin und Aktivistin in den USA und Lateinamerika. Im deutschsprachigen Raum besonders bekannt geworden durch: *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*, Wien 2012; *Aufstand aus der Küche*, Münster 2012.

DIE GROSSE UNGERECHTIGKEITSMASCHINE

Mascha Madörin

Neuerdings berechnet Eurostat einen Prozentsatz, welcher die gesamte Einkommenslücke von Frauen im Vergleich zu Männern ausdrücken soll. Dieser Gender Overall Earnings Gap (GOEG)¹ zeigt schockierende Resultate – aus zwei Gründen:

1. Sie sind skandalös hoch, insbesondere in Ländern wie der Schweiz, Österreich und Deutschland.
2. Obwohl bedeutend tiefer, weisen die Einkommenslücken in skandinavischen Ländern und in Frankreich immer noch beunruhigend hohe Indikatoren aus.

Die Größenordnung

Österreich mit 44.9, die Schweiz mit 44.2 und Deutschland mit 45.2 GOEG-Prozenten (im Jahr 2014) gehören zu den Ländern Westeuropas mit den größten Einkommenslücken – nebst den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich. Frauen im Erwerbsalter arbeiten bezahlt und unbezahlt ungefähr gleich viele Stunden wie Männer – je nach statistischer Erhebung sogar mehr. Und trotzdem verfügen sie nur über etwas mehr als die Hälfte der Einkommen der Männer.

Grob auf das Arbeitnehmerentgelt² des Jahres 2014 umgerechnet verdienten Frauen in Österreich 46 Milliarden (!) Euro³ weniger als Männer. Ein riesiger Geldbetrag, über den Frauen nicht verfügen können. Das jedes Jahr! Er entspricht ungefähr den gesamten Einnahmen des österreichischen Staates aus den Einkommens- und Vermögenssteuern oder dem 2.8-fachen der Staatsausgaben für Bildung.

Nur der kleinste Teil der Einkommenslücke ist ein Politikum

In der Schweiz findet sich von dieser GOEG-Statistik keine Spur, die entsprechende Statistik findet sich bei Eurostat, nicht beim Bundesamt für Statistik, obwohl dieses die Grunddaten dazu liefert. Hingegen ist, wie in andern europäischen Ländern, der durchschnittliche Gender Pay Gap (GPG, unbereinigter Lohnunterschied)⁴ ein Thema von Frauenorganisationen. Es handelt sich um einen Indikator (Österreich 2014: 22.2, Schweiz 18.1 Prozent), aufgrund dessen das Datum des Equal Pay Day festgelegt wird. Der Indikator berechnet sich aus dem prozentualen Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Stundenlohn der Frauen verglichen mit demjenigen der Männer, während im GOEG auch die Unterschiede bei der Erwerbstätigkeit mit eingerechnet sind.

Der Gender Pay Gap zwischen Männern und Frauen macht in der Schweiz rund 28 Mrd. Franken aus, also rund ein Viertel der 108 Mrd. Franken des GOEG. Von diesen 28 Mrd. Franken gelten rund 12 Mrd. Franken als ökonomisch nicht erklärbare Lohnunterschiede. Sie machen in der Schweiz rund 11 Prozent der gesamten Einkommenslücke aus. Oft werden sie mit „Lohndiskriminierung“ gleichgesetzt. Der gesamte Gender Pay Gap enthält nebst den „unerklärbaren“ auch die „erklärbaren“ Lohnunterschiede, welche auf ungleiche Ausbildung, Arbeitserfahrung oder auf die Arbeit in Wirtschaftszweigen mit unterschiedlichen Lohnniveaus zurückzuführen sind.

Einkommenslücken – Lücken der Analyse

Zu letzteren gibt es kaum internationale Vergleiche. Lohnniveaus in verschiedenen Branchen werden jedoch m.E. von zunehmender Bedeutung für den ökonomisch „erklärbaren“ Teil des Gender Pay Gap sein. Es geht dabei darum, dass Frauen überproportional stark in Wirtschaftszweigen mit tiefem Lohnniveau beschäftigt sind. Bei Letzteren handelt es sich vorwiegend um personenbezogene Dienstleistungen: um das Gastgewerbe, den Detailhandel, teilweise um das Gesundheits- und Sozialwesen etc., kurzum um Wirtschaftszweige der Care-Ökonomie. In Österreich und in Deutschland unterscheiden sich die Lohnniveaus der Care-Arbeit im Vergleich zur Industrie-Arbeit stärker als in der Schweiz. Das dürfte einer der Gründe dafür sein, dass die unbereinigten Lohnunterschiede in Österreich (22.2%) und in Deutschland (22.3%) bedeutend höher sind als in der Schweiz (18.1%; Vergleich Schweden: 13.8%).

Weshalb sind die Lohndifferenzen in diesen Bereichen in den verschiedenen Ländern so unterschiedlich? Das ist nicht so klar. Der Einfluss der Lohnniveaus der bezahlten Care-Arbeit auf den Gender Pay Gap müsste genauer untersucht werden. Ich bin zudem der Ansicht, dass die Lohnungleichheiten zwischen den Wirtschaftsbranchen in Zukunft zu- und nicht abnehmen werden, wenn nichts dagegen unternommen wird. Nach meinen Einschätzungen wird das eine der großen gleichstellungspolitischen Knackpunkte der Zukunft werden.⁵

Der größte Teil der gesamten Einkommenslücke – im Fall der Schweiz rund 80 Mrd. Franken – muss auf die Unterschiede bei der Beschäftigungsquote von Männern und Frauen zurückgeführt werden, respektive auf die Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit. In der Schweiz liegt der monetäre Wert⁶ der unbezahlten Care-Arbeit (Hausarbeit, Betreuung/Unterstützung von Kindern und Kranken, Unterstützung in anderen Haushalten), die Frauen mehr leisten als Männer, ziemlich genau bei dieser Einkommenslücke. Der Wert beträgt über 80 Mrd. Franken. Das schweizerische Bundesamt für Statistik berechnet den monetären Wert der Care-Arbeit zu den marktüblichen Lohnansätzen, also zu relativ niedrigen Ansätzen. Und trotzdem würde eine Bezahlung allein dieser Mehr-Arbeit der Frauen dazu führen, dass rund drei Viertel der Einkommenslücke verschwinden würden.

Grenzen der bisherigen Gleichstellungspolitik?

Die übliche wirtschaftspolitische Antwort auf die Einkommenslücke lautet, dass mehr öffentlich finanzierte Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt werden müssten, ebenso wesentlich bessere und öffentlich finanzierte Pflege zu Hause. Das erlaubt den Frauen, mehr Erwerbsarbeit zu leisten – falls es genügend Arbeitsplätze gibt. Bisher unbezahlte Arbeit würde bezahlt. Es wäre ein Riesenerfolg für die Gleichstellung der Frauen in der Schweiz und Österreich, würden wir auf diese Weise die Einkommenslücke von Schweden erreichen.

Schweden hat ein gut ausgebauten öffentliches Netz für Kinderbetreuung und Pflege und Unterstützung zu Hause. Ebenso ist Erwerbsarbeit von Frauen gesellschaftlich anerkannt und erwünscht.

Aber der Fall Schweden zeigt auch die Grenzen der bisherigen Gleichstellungspolitik. Umgerechnet auf das ArbeitnehmerInnenentgelt der Schweiz würde sich der GOEG-Indikator auf 57 Mrd. Franken belaufen. Diese Restgröße ist immer noch sehr groß. Sie bedarf einer Erklärung, die es noch nicht gibt. Für Frankreich mit einer ähnlichen gut ausgebauten Care-Infrastruktur wie Schweden und zudem einer 35-Stunden-Woche ist der GOEG-Index sogar noch etwas größer als für Schweden, nämlich 31.1 Prozent.

Wir müssen das Ganze anders und neu diskutieren

Während Frauenorganisationen in der Schweiz vor allem den Gender Pay Gap öffentlich anprangern, thematisieren Parteien, falls überhaupt, vor allem die Lohndiskriminierung. Aber selbst da ist von der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Lohndiskriminierung nicht die Rede, bei niemandem. Prozentzahlen tönen harmloser als Frankenbeträge – das ist offensichtlich. Volkswirtschaftliche Berechnungen sind schlicht brisant. Noch brisanter wären Vergleiche von Größenordnungen. Sogar, was den relativ niedrigen Anteil der Lohndiskriminierung an den gesamten Einkommenslücken anbelangt, handelt es sich im Fall der Schweiz um mehr als die Hälfte der Unternehmenssteuern und



um das Doppelte der Militärausgaben. Kurzum, es fehlen Analysen volkswirtschaftlicher Zusammenhänge und wirtschaftspolitische Debatten über die gesamte Einkommenslücke. Sie wären für eine ernsthafte Politik der Angleichung der Einkommen von Frauen und Männern von großer Bedeutung.

Anmerkungen

(1) Beim GOEG handelt es sich um einen Mischindex, der auch die Beschäftigungsquoten miteinbezieht: http://ec.europa.eu/eurostat/statisticsexplained/index.php/Gender_statistics

(2) Die Daten des hier verwendeten Arbeitnehmerentgelts sind der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entnommen. Laut Eurostat umfasst das „Arbeitnehmerentgelt (zu jeweiligen Preisen) (...) sämtliche Geld- und Sachlei-

stungen, die von einem Arbeitgeber an einen Arbeitnehmer erbracht werden, und zwar als Entgelt für die von diesem im Darstellungszeitraum geleistete Arbeit. Das Arbeitnehmerentgelt besteht aus Löhnen und Gehältern sowie aus den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber.“ (Eurostat code: tipslm13)

(3) Diese Berechnung ist eine Modellrechnung und bezieht sich auf das Arbeitnehmerentgelt der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Sie geht davon aus, dass die Bevölkerungsgruppe im Alter von 15-64 für Männer und Frauen gleich groß ist, ebenso dass von den 64+-Jährigen keine Erwerbsarbeit geleistet wird. Das ganze Arbeitnehmerentgelt wird als gegeben angenommen und die Aufteilung auf Männer und Frauen angesehen.

(4) Der Gender Pay Gap (unadjusted), der unbereinigte Lohnunterschied, wird aus dem Unterschied zwischen durchschnittlichen Stundenlöhnen von Männern und Frauen berechnet.

(5) Genauer erläutert in: Mascha Madörin

(2017, im Erscheinen): Überlegungen zur Zukunft der Care-Arbeit. In: Hans Diefenbacher, Benjamin Held, Dorothee Rodenhäuser (Hg.): Ende des Wachstums – Arbeit ohne Ende? Arbeiten in einer Postwachstumsgesellschaft, Marburg: Metropolis.

(6) Berechnet vom schweizerischen Bundesamt für Statistik: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeit-erwerb/unbezahlte-arbeit.assetdetail.328273.html>

Autorin

MASCHA MADÖRIN ist eine der wenigen Politökonominnen, die zu feministischer Wirtschaftstheorie und -politik forscht. Gegenwärtig arbeitet sie vor allem zu öffentlichen Finanzen und zur politischen und sozialen Ökonomie von Care, speziell zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens aus der Sicht der Pflege. Lebt in Münchenstein, Schweiz.



NEOLIBERALE FRAUENFREUNDLICHKEIT, MARKTFEMINISMUS UND DIE RETTERINNEN DER WELT

Christa Wichterich

Ende April 2017 hat Women20 im Rahmen von G20 in Berlin die Botschaft weiter popularisiert: Frauen sind es, die – vor allem als Unternehmerinnen – die Wirtschaft ankurbeln. Geschlechtergleichheit ist wachstumsfördernd – weltweit.

Erzählung Nr. 1: Frauen als Wachstumsmotor

Aus der Marktperspektive war es ein gleichstellungspolitischer Geniestreich der Weltbank, als sie für ihren Aktionsplan 2007 die Formel prägte: Gleichstellung ist „smart economics“, denn Frauen sind der beste Motor für Wettbewerb und Wachstum. Das zentrale Motiv der Bank war nicht die Einlösung von Frauenrechten, sondern die Befürchtung, dass der Ausschluss von „weiblichem Humankapital“ und seine Diskriminierung schädlich für Effizienz und Produktivitätssteigerung seien. Das Ganze wurde als Win-win-Situation und universelles Empowerment von Frauen gepriesen.

In der Krise gewann die Weltbank mit dieser Wachstumsorientierung entwicklungs- und genderpolitische Hegemonie gegenüber menschenrechtlichen und feministischen Zielsetzungen und viele multilaterale Institutionen wie das Weltwirtschaftsforum in Davos, die Vereinten Nationen und die EU propagierten Gleichstellungsmaßnahmen mit diesem Ziel. Als zentrale Strategie gilt, Gender Gaps – die geschlechtsspezifische Kluft in Beschäftigung und Jobqualität, das Lohn- und Pensionsgefälle, Care- und Führungsgefälle, Ressourcen- und Technologiegefälle – zu beseitigen. Der G20-Gipfel 2014 versprach bis 2025 100 Millionen

Frauen neu in Erwerbsarbeit zu bringen. Der Fokus auf Gaps macht – wie stets von Frauenbewegungen gefordert – Geschlechterungleichheiten sichtbar. Er ist jedoch wie ein Tunnelblick auf Ungleichheitsverhältnisse herausgelöst aus ökonomischen Rahmenbedingungen, Klassen- und rassistischen Strukturen und aus lokal und kulturell sehr unterschiedlichen Geschlechterordnungen. In der Gap-/Ungleichheitsperspektive sind Frauen die Defizitären, die Diskriminierten und Opfer. Doch die Beseitigung der Geschlechterungleichheiten auf den Märkten ist für die Frauen höchst ambivalent, ja paradox, und verfolgt eigene ökonomische Ziele. So will die Weltbank Kleinbäuerinnen allüberall durch den Zugang zu modernen Agro-Inputs wie Chemiedünger und Industriesaatgut empowern und dadurch ihre Erträge steigern. Tatsächlich war es ein herkömmlicher Machtbereich von Bäuerinnen, ihr eigenes Saatgut zu vermehren, zu tauschen, mit ihm Ernährungssouveränität zu bewahren und kein hybrides Konzernsaatgut teuer auf dem Markt kaufen zu müssen. Statt den kleinbäuerlichen Beitrag von Frauen zur Ernährungssicherung zu würdigen und durch Fördermaßnahmen zu verbessern, dient diese Form von Gleichstellung dem agrarwirtschaftlichen Strukturwandel hin zur konzerngesteuerten industrialisierten Landwirtschaft.

Erzählung Nr. 2: „Soziale“ Verantwortung der Konzerne

Die politische Offensive der Gleichstellung im Umfeld der Krise wurde durch Großkonzerne unter dem Banner von Corporate Social Responsibility und

Diversity unterstützt. UN Women verpartnerte sich mit Coca Cola, die UN Foundation mit Exxon, Nike mit der Weltbank. Goldman Sachs will 10.000 Frauen im Süden mit „Womonomics“-Training und Krediten für Business und für Konsum fit machen. Coca Cola will mit einer 5by20-Kampagne, die 2010 in Brasilien, Indien, Südafrika und auf den Philippinen ins Leben gerufen wurde, bis 2020 fünf Millionen Frauen weltweit entlang der Wertschöpfungsketten des Konzerns zu wirtschaftlicher Selbständigkeit verhelfen und sie an dessen Kerngeschäft anbinden. Dass die Firma in Indien selbst in Trockenregionen den Menschen für ihre Brause und Säfte das Grundwasser abpumpt, wird bei den Erfolgsmeldungen über die 5by20-Initiative und die „starken“ Frauen nicht in die Waagschale geworfen.

Großkonzerne kooperierten auch mit transnationalen Organisationen wie Plan, als diese Mädchen als neue entwicklungspolitische Lieblingszielgruppe identifizierten. Ähnlich wie zuvor bei der Zielgruppe der Frauen als Marktsubjekte fand eine Umdefinition von Schwäche zu Stärke statt. Das „heranwachsende Mädchen kann die mächtigste Person auf der Welt werden. Sie ist der Schlüssel, um Generationen von Armut zu beenden“. Dazu wird folgende Kausalkette aufgemacht: Investitionen in Mädchenbildung führen zu deren Marktintegration und Einkommen, zu Geburtenkontrolle und Gesundheit, zu Armutsbeseitigung und Wirtschaftswachstum. Die Nike Stiftung propagiert mit einer Kampagne „Girl Effect“ und Walt Disney mit

„Pink Princess“ Investitionen in Mädchen, die als „emerging markets“ und zukünftige Unternehmerinnen ihrer Selbst die Wirtschaft antreiben sollen und rekonfigurieren damit auch weibliche Identitäten, die stark über den Konsum gebildet werden.

Erzählung Nr. 3: Selbstermächtigung durch Unternehmensgründung

Mikrokredite sind in den letzten beiden Jahrzehnten als geschlechtsspezifisch zugeschnittenes Instrument der finanziellen Marktinklusioin eingesetzt worden. Sie werden Frauen wegen ihrer hohen Rückzahlungsmoral an der Haustür von kommerziellen Mikrofinanzinstitutionen angeboten, mit Zinssätzen von 30 Prozent. Entsprechend dem Modell der Grameen Bank des Nobelpreisträgers Mohammad Yunus werden die Kleinkredite als ein Startkapital für eine „einkommensschaffende Tätigkeit“ zwillingshaft verkoppelt mit Selbstbeschäftigung, Kleinstunternehmen oder einer Mini-Kooperative, die wiederum die Frauen empowern und die Armut beseitigen sollen.

Yunus entwickelte in Bangladesh soziale Business-Projekte mit transnationalen Konzernen wie Nokia, Danone, Adidas, Otto und BASF. Die Frauen finanzierten mit den Krediten einen Kleinhandel im Dorf mit Joghurt, Turnschuhen und Telefonzeit. Auch in Indien fungieren die Frauen mit kleinen Franchisegeschäften auf dem Land als Vorhut der konzerndominierten städtischen Konsumökonomie. Sie betreiben Markterschließung für die Unternehmen, übernehmen Absatzrisiken,

führen den freien Wettbewerb ein und torpedieren die lokale Ökonomie.

Das Danone-Projekt zielte auf die Verdrängung der haushaltlichen und dörflichen Selbstversorgungsökonomie, denn in Bangladesh stellt jede Frau zu Hause eigenes Joghurt her. In Südinidien bietet eine Kreditgruppe in ihrem Mini-Supermarkt als Einstieg in den modernen Konsum nur sauber verpackte Konzernprodukte an, nimmt jedoch die Gewürze, Öle und Heilmittel, die die Dorffrauen nebenan herstellen, nicht ins Sortiment auf, weil sie nicht „richtig“ verpackt seien. So drängen die Kreditnehmerinnen die dörfliche Ökonomie ins Abseits und werten deren Frauenarbeit als nicht marktfähig ab. Ungleichheiten und Interessenunterschiede zwischen den Frauen nehmen zu.

Erzählung Nr. 4: Frauen als Klimaretterinnen

Auch bei der Bekämpfung des Klimawandels sollen Frauen nun eine bedeutende Rolle im Rahmen des Clean Development Mechanism übernehmen. Ein Instrument ist der Women's Carbon Standard (W+), den die klimapolitische NGO „Women Organizing for Change in Agriculture and Natural Resource Management“ 2013 initiierte. Es soll Frauen ermöglichen, vom Haushalt aus am globalen Emissionszertifikathandel teilzunehmen und durch ein Einkommen aus dem Handel ihre ökonomische und soziale Situation zu verbessern. Unternehmen in Industrieländern können ein Qualitätssiegel erwerben und ihr soziales Image und ihre Ökobilanz aufbessern, indem sie mit Biogas- oder Ab-

fallprojekten kooperieren, die zu Emissionsreduktion und zum Empowerment von Frauen beitragen. Dadurch wird jedoch die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung bestätigt und die In-Wertsetzung von weiblicher Sorge- und Haushaltsarbeit vorangetrieben.

Auch in Kenia sollen Frauen in einem Pilotprojekt zu klimasmarter Landwirtschaft ein Einkommen durch Zertifikate erwerben, die sie für Aufforstung erhalten, die hunderttausende Tonnen CO₂ binden sollen. Eine Paradoxie dieser finanzmarktförmigen Inklusion der Frauen ist, dass sie damit dem Klimaschutz und schnell wachsenden Baumarten Vorrang vor der eigenen Ernährungssicherung und einheimischen Sorten geben. Und zwar für ein erhofftes Einkommen, das ganz von den Marktpreisen der Zertifikate abhängt, erst nach Jahren zu erwarten ist und wahrscheinlich nicht einmal die Investitionskosten decken wird, da die Zertifikatspreise eingebrochen sind, weil bereits zu viele Zertifikate auf dem Markt sind.

Die Finanzialisierung der Klimapolitik nutzt also lokale, menschliche und natürliche Ressourcen im Süden, um die mangelnde Emissionsreduktion im Norden zu kompensieren. Dagegen verbessern sich die lokalen Lebens- und Reproduktionsbedingungen nicht nachhaltig.

Zynische Vision: „Starke“ Frauen auf den Märkten

Die verschiedenen Programme zur Marktintegration von Frauen im Süden machen sie fit als Marktsubjekte, eröffnen ihnen mehr Chancen und können sie empowern. Das geschieht jedoch nicht

primär aus einer Perspektive der jeweiligen ökonomisch, sozial und kulturell bestimmten Rechte der Frauen, sondern mit dem prioritären Ziel der Funktionalität für Wachstum, Standortwettbewerb und Rentabilität der Unternehmen. Zudem ging mit der Feminisierung der Beschäftigung eine Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeit einher, zum zweiten wird vermittelt über die Frauen

ein Strukturwandel der lokalen Ökonomien durchgesetzt, weg von der direkten Versorgung, hin zu mehr Kommodifizierung, Industrialisierung und Konzerndominanz. Frauenbilder wandeln sich und schreiben den selbstständigen Kleinunternehmerinnen, fitten Kreditnehmerinnen und selbstbestimmten Konsumentinnen ein hohes Lösungspotential für die Probleme dieser Welt zu.

Autorin

CHRISTA WICHTERICH ist freiberufliche Soziologin und Publizistin und war 2013/14 Gastprofessorin für Geschlechterpolitik in Kassel. Versteht sich als scholar activist mit den Schwerpunkten feministische Ökonomie/Ökologie, Frauenarbeit, internationale Frauenpolitik/-bewegungen; Süd-/Südostasien, Ost-/Südafrika. Engagement bei WIDE+.



DIE VERBORGENEN STÄTTEN DER REPRODUKTION

Tove Soiland

Marxismus-Feminismus ist kein einheitliches Theoriegebäude und keiner akademischen Schulbildung entsprungen, sondern der Zweiten Frauenbewegung selbst und somit heterogenes Resultat kollektiver Theoriebildung. Gleichwohl gibt es einen gemeinsamen Fokus: die Skandalisierung von Ausbeutungsformen, die nicht in der normalen Lohnarbeit aufgehen. Wenn es Marx' eigentliche Leistung war, aufgedeckt zu haben, wie unter kapitalistischen Verhältnissen Aneignung fremden Eigentums in vertraglich korrekter Form stattfinden kann, nämlich „in den verborgenen Stätten der Produktion“ als Mehrwertakkumulation, so machten marxistisch orientierte Feministinnen spätestens ab den 1970er Jahren geltend, dass dieser sozusagen „normalen“ Form der Ausbeutung, die Marx mit dem Mehrwert vor Augen stand, eine andere, vor allem vom späteren Marxismus ignorierte Form der Ausbeutung zugrunde liegt: Die in den Haushalten meist von Frauen gratis verrichtete Hausarbeit erwies sich bei näherer Betrachtung als die noch viel *verborgener Stätte der Reproduktion*, die, so die These der damaligen Feministinnen, die Ausbeutung der normalen Lohnarbeit nicht nur überhaupt ermöglichte, sondern diese in ihrem Beitrag für die gesamte Kapitalakkumulation bei Weitem überstieg: Bevor ein Arbeiter in der Fabrik lohnwerbend tätig und damit an seinem Mehrwert ausbeutbar wird, ist sehr viel Gratis-Arbeit notwendig, die von den Lohnkosten in keinerlei Weise abgedeckt sind.

Anhäufung durch Enteignung

Feministinnen brachten damit auch andere politische Subjekte als den traditi-

onellen *Blue-Collar*-Arbeiter ins Spiel. In einer auch heute noch beeindruckend eigenständigen Theoriebildung haben insbesondere die damaligen Bielefelder Soziologinnen Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof – in Anlehnung an Rosa Luxemburgs These, dass „der Kapitalismus auch in seiner vollen Reife in jeder Beziehung auf die gleichzeitige Existenz nichtkapitalistischer Schichten und Gesellschaften angewiesen ist“ (Luxemburg 1978, 313) –, postuliert, dass die häusliche Produktion mit ihrer unbezahlten Reproduktionsarbeit als eine solche nicht-kapitalistische Produktionsweise aufzufassen sei. Rückblickend fasst Mies das, was sie und ihre Kolleginnen damals theoretisch zu bestimmen suchten, in das Bild einer „Unterwasser-Ökonomie“, in der die Lohnarbeit – und damit die normale Form der Ausbeutung – nur die „Spitze des Eisbergs“ ist, die auf einem unsichtbaren Sockel unbezahlter Subsistenzarbeit fußt, der ganz anderen Formen von Enteignung ausgesetzt ist (Mies 2009, 275). Damit nahmen sie nicht nur die heutige Diskussion um Neue Landnahmen vorweg, deren zentrale Aussage es ist, dass Formen der „Akkumulation durch Enteignung“ von ihrem Umfang her die Ausbeutung der Lohnarbeit bei Weitem übersteigt (Harvey 2005). Sie sahen es auch als Fehleinschätzung der damaligen Linken an, dass der voranschreitende Kapitalismus schließlich alle Menschen in Normalarbeitsverhältnisse und damit in die „normale“ Form der Ausbeutung integrieren würde. Dessen Vorschreiten, so ihre damals visionäre These, führt im Gegenteil dazu, dass ein immer größerer Teil der Bevölkerung sich

mehrheitlich außerhalb von Lohnverhältnissen reproduziert und dass mit zunehmender Ausdehnung kapitalistischer Verhältnisse auch eine (städtische) Subsistenzproduktion wächst.

Mit dem in diesem Zusammenhang geprägten Begriff einer „Hausfrauisierung der Lohnarbeit“ nahmen sie in gewisser Weise auch die heutige Diskussion um Prekarisierung vorweg. Mit dem Begriff verbanden sie schon damals den Übergang von – eben eigentlich nur für die kurze Zeit des Fordismus geltenden – Normalarbeitsverhältnissen in deregulierte Formen von Lohnarbeit für alle. Um dieses Phänomen zu bezeichnen wurde bereits zu Beginn der 1980er Jahre der Begriff der „marginalen Masse“ (Bennholdt-Thomsen 1981, 43) geprägt. „Masse“ meint, dass eine Mehrheit der Bevölkerung so funktionieren muss. „Marginal“ meint, dass sie eine „Randexistenz“ führt, die jedoch zur „Normalität“ wird. Die Bedeutung der „marginalen Masse“ liegt darin, dass diese sich aus der Perspektive des Kapitals kostenlos reproduziert, ihm aber je nach Bedarf zur Verfügung steht. Die „Hausfrauisierung der Lohnarbeit“ postuliert damit letztlich das – für kapitalistische Verhältnisse notwendige – Verquicktsein von Lohn- und Subsistenzarbeit.

Hausfrauisierte Lohnarbeit

Dass heute der Care-Sektor zum privilegierten Ort hausfrauisierter Lohnarbeit und damit zum wichtigsten Arbeitsfeld der marginalen Masse geworden ist, konnten allerdings die Bielefelder Soziologinnen damals noch nicht vorhersehen. Durch die teilweise Überführung der vormalig von Frauen unentgeltlich ge-

leisteten Arbeit in die Lohnförmigkeit ist ein laufend expandierender wertschöpfungsschwacher Sektor entstanden, in dem es unter kapitalistischen Verhältnissen kaum möglich ist, ein existenzsicherndes Einkommen zu generieren. Die darin Tätigen, meist Frauen, bleiben deshalb – und weil sie heute oftmals selbst Haushaltsvorständinnen sind – für ihre eigene Reproduktion auf die unbezahlte Arbeit meist anderer Frauen angewiesen, die damit demselben Mechanismus ausgesetzt sind.

Um die damalige Hausarbeitsdebatte und somit den Marxismus-Feminismus für postfordistische Verhältnisse zu adaptieren, ist ein Zusammengehen mit der seit Beginn der 1990er Jahre neu entstandenen Feministischen Ökonomie notwendig, die mit ihrem Begriff der Care-Ökonomie genau dieses Wechselverhältnis zwischen bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit zu fassen sucht. Die Feministische Ökonomie stellt damit ein wichtiges Mittel bereit, den Care-Sektor sowohl von den ökonomischen Dynamiken wie von den Größenordnungen her mit dem übrigen Teil der Wirtschaft in Beziehung zu setzen (Madörin 2010). Sie kann damit teilweise erklären, warum die auch von einem Teil der Frauenbewegung als Weg der Emanzipation angestrebte Überführung der vormals von Frauen gratis verrichteten Hausarbeit in die Lohnförmigkeit unter kapitalistischen Verhältnissen zwangsläufig dazu führt, dass der Care-Sektor ein Niedriglohnssektor bleibt.

Genau in diesem Punkt aber stimmt auch der produktivistische Bias des Marxismus nicht: Produktivitätsfortschritte erhöhen nicht zwangsläufig den Lebens-

standard für alle. Wenn heute in fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften rund 30% des BIP dem wertschöpfungsschwachen Care-Sektor zuzurechnen sind, so stellt dies ganz neue Fragen – auch an eine marxistische Linke, die in diesem Punkt oftmals immer noch „fordistisch“ denkt.

Starke und schwache Wertschöpfung

Insgesamt lässt sich deshalb sagen (vgl. Federici 2015), dass wir heute nicht mehr von einem generellen Widerspruch oder Interessenskonflikt zwischen Kapital und Arbeit ausgehen können. Nicht alle Lohnerwerbstätigen geraten heute unter Druck, sondern vorrangig diejenigen, die in irgendeiner Weise in Reproduktionsarbeit, bezahlte wie unbezahlte, involviert, d.h. im Care-Sektor tätig sind. So betrachtet verläuft der neue Widerspruch heute vielmehr zwischen dem wertschöpfungsschwachen und dem wertschöpfungsstarken Sektor respektive zwischen den Personengruppen, die jeweils darin beschäftigt sind. Neoliberale Restrukturierungsprogramme intervenieren deshalb nicht zufällig vorrangig in diesen wertschöpfungsschwachen Sektor, weil er es ist, der die Kapitalinteressen am meisten tangiert. Neoliberalismus, so ließe sich aus der Perspektive eines aktualisierten Marxismus-Feminismus sagen, ist deshalb nicht einfach die Privatisierung von Bahn und Post. Er ist vielleicht sogar vorrangig ein massiver Eingriff in die Weise, wie Menschen heute gezwungen sind, sich zu reproduzieren. Was sich hier vollzieht, ist ein stillschweigendes Strukturanpassungsprogramm für den Bereich

der individuellen und sozialen Reproduktion, das weitgehend unbeachtet – und damit auch ungestört – von (traditioneller) linker Theoriebildung operiert.

Es sei denn, es interveniert ein neu erwachter Marxismus-Feminismus, was ja glücklicherweise an verschiedensten Orten bereits geschieht.

Anmerkung

Der Beitrag ist eine gekürzte Version des Textes *Die verborgenen Stätten der Reproduktion oder: Wie M-F den Marxismus vom Kopf auf die Füße stellt*. Erstveröffentlichung in der Zeitschrift *Prager Frühling* (Mai 2015).

Literatur

BENNHOLDT-THOMSEN, VERONIKA (1981): Subsistenzproduktion und erweiterte Reproduktion. Ein Beitrag zur Produktionsweisendiskussion. In: Gesellschaft: Beiträge zur Marxschen Theorie 14, H. G. Backhaus et al. (Hg). Frankfurt: 30-51.
FEDERICI, SILVIA (2015): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster: edition assemblage
HARVEY, DAVID (2005): Der Neue Imperialismus. Hamburg: VSA.
LUXEMBURG, ROSA (1978/1912): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Dies.: Gesammelte Werke Band 5.
MADÖRIN, MASCHA (2010): Care-Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In: Bauhardt, C. / Cağlar, G. (Hg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Wiesbaden, 81-103.
MIES, MARIA (2009): Hausfrauisierung, Globalisierung, Subsistenzproduktion. In: Linden, M. von der / Roth, K. H. (Hg.): Über Marx hinaus. Hamburg, 255-290.

Autorin

TOVE SOILAND ist Lehrbeauftragte verschiedener Universitäten und war Klara-Marie Faßbinder-Gastprofessorin der Hochschule Ludwigshafen 2016/17. Seit Jahren Seminarangebote für Frauen zu feministischer Ökonomie und politischer Theorie bei der Gewerkschaft VPOD in Zürich. Monografie: *Luce Irigarays Denken der sexuellen Differenz*.

MÄNNLICHE HÄRTE: VOM NEOLIBERALEN KONKURRENTEN ZUM RECHTEN FEIND

Gabriele Michalitsch



Kapitulation und Unterwerfung, Kreuzigung und Waterboarding, Erniedrigung und Erpressung: In der Sprache des Krieges, von Folter und Verbrechen berichten englischsprachige Medien über die „Eurokrise“¹, als diese in den Vorverhandlungen über ein drittes EU-Kreditprogramm für Griechenland am 12./13. Juli 2015 ihren Höhepunkt erreicht. Deutsche Medien hingegen spre-

chen von einem Fortschritt für die Europäische Union, die neue Tugenden wie Härte und Entschiedenheit zu lernen habe.

Die divergierenden Sichtweisen spiegeln nicht nur nationale Dimensionen der Krise. Die positive Besetzung von „Härte und Entschiedenheit“ zur Durchsetzung einer sozial devastierenden Austeritätspolitik, die vielzitierten Grundsätzen der

Europäischen Union von Demokratie, Solidarität und Transnationalität widerspricht, verweist vielmehr auf eine „Kultur der Härte“ (Fach 2000, 121), die sich in den letzten Jahrzehnten im Zuge der globalen Dominanz von Neoliberalismus etablierte.

So wird nicht nur die Eurokrise als „Härtefall“ konstruiert, in der – vermeintlich – allen geholfen wird, indem Einzelne

geopfert werden. Wie für die Gemeinschaft der Staaten gilt auch für die einzelne Gesellschaft: Gnadenlose, „männliche“ Härte avancierte zum neoliberalen Leitwert – und offenbart das sozialdarwinistische Fundament von Neoliberalismus. Schließlich formulierte schon Herbert Spencer, Begründer des – bereits vor Darwins Evolutionstheorie formulierten – Sozialdarwinismus, „dass die physische Qualität der Gesellschaft vermindert wird, wenn wir ihre schwächsten Mitglieder künstlich am Leben erhalten. Doch wir verschließen außerdem die Augen davor, dass auch das moralische und intellektuelle Niveau sinkt, wenn wir jene mitschleppen, die am wenigsten imstande sind, für sich selbst zu sorgen“ (Spencer, zit in: Fach 2000, 114f). Die als „Wettbewerbsfähigkeit“ titulierte neoliberale Variante von „survival of the fittest“ macht ebenso widerstandslos wie rücksichtslos Anpassung an Marktbedingungen zum Wohle des Profits zur Überlebensfrage – für Staaten, aber auch für Individuen. Der damit einhergehende, an „Härte“ und Männlichkeit gebundene Subjektentwurf, so die zentrale These dieses Beitrags, bildet einen wesentlichen Anknüpfungspunkt von Rechtsextremismus. Im Folgenden skizziere ich daher zunächst zentrale Postulate neoliberaler Subjektkonstruktion², ehe ich deren „rechtspopulistische“ Wendung verdeutliche. Der Beitrag zeigt solcherart grundlegende Kontinuitäten von Neoliberalismus und Rechtsextremismus auf und verdeutlicht zugleich Grundlagen fortschreitender, von wucherndem Anti-Feminismus begleiteter Remaskulierung der Gesellschaft.

Neoliberale Wettbewerber

Neoliberalismus propagiert Wettbewerb als gesellschaftliche Entwicklungsmethode. Das Konkurrenzprinzip soll nicht nur die Ökonomie, sondern sämtliche gesellschaftlichen Bereiche – und damit die gesamte Lebensführung – bestimmen. Die Gemeinsamkeit der Individuen besteht primär im Kampf aller gegen alle. Soziale Beziehungen werden demnach vorrangig als Konkurrenzverhältnisse definiert, vom Subjekt entsprechende Wettbewerbsfähigkeit – gepaart mit Selbstverantwortung und Unternehmertum – gefordert. Die eigene Verwertbarkeit erhöhende, möglichst optimale Anpassung an Kapitalbedingungen schließt Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen und Solidarität mit anderen aus. Im Gegenteil: Mutiert die Marktförmigkeit des Subjekts zur Existenzfrage, fördert dies systematisch „sadistische Formen der eigenen Angstbewältigung und Befriedigung“ (Ottomeyer 2004, 73). Denn die Wahrnehmung größerer Leistungsfähigkeit anderer „muß bei mir den Impuls auslösen, diese Leistungsfähigkeit zur Verbesserung meiner eigenen Marktchancen auszuschalten“ (ebd., 71). Das rationale „Interesse an der Ausschaltung derer, die mir gefährlich werden könnten“ (ebd.), kann leicht zu Freude an deren Leid und Niedergang werden, denn „das wahrnehmbare Leiden des anderen [...] bekommt einen positiven Signalcharakter für die Verbesserung meiner Lebenschancen; es wird gleichbedeutend mit der allgemeinen Verheißung meiner eigenen Stärke“ (ebd., 72).

Solcherart von Mitgefühl unberührt zu bleiben, unterstreicht auch das Postulat der Selbstverantwortung, das einerseits die Zuweisung alleiniger Verantwortung für die eigene Existenz und gesellschaftliche Positionierung an die Einzelnen, andererseits den Ausschluss von Verantwortung für andere impliziert. Im Gegensatz zum bis dato dominanten Bedeutungsgehalt von Verantwortung werden somit gerade deren soziale und gesellschaftliche Dimensionen ausgeblendet. Von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ebenso wie individuellen biographischen Voraussetzungen abstrahierend, werden nicht nur Subjekte enthistorisiert, sondern auch gesellschaftliche Marginalisierung und Exklusion mit persönlicher Schuldzuschreibung verknüpft und somit individualisiert.

Wer sich der allgemeinen Selbst-Vermarktung nicht einzupassen vermag, schließlich auch auf dem Kampffeld des Konsums nicht mithalten kann, ist denn nicht nur zu Recht arm, sondern auch schwach und minderwertig. Als Zeichen der Unterlegenheit wird Armut dann mit Scham besetzt, tabuisiert, versteckt: Wer im Wettbewerb noch eine letzte Chance haben will, darf keine Schwäche zeigen.

Je mehr freilich nach Erfolg streben, umso öfter bleibt dieser zwangsläufig versagt, denn stets kann er nur wenigen zukommen – und so wird er, mit Leistung legitimiert und eingebunden in umfassende Diskurse von Freiheit und Wahl, zur perfekten Rechtfertigung sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Hierarchisierung.



Rechte Krieger

Den Verlierer*innen der Konkurrenz bleiben Verunsicherung und Angst, Wut und Aggression, die zum destruktiven Ausbruch drängen. Neoliberale Transformation, die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007ff. und die ihr folgende Krisenpolitik verschärften gesellschaftliche Polarisierung und soziale Exklusion. Die Kluft zwischen dem wachsenden Reichtum weniger und der zunehmenden Armut vieler vertieft sich, während alltäglich sich erschwerende Überlebenskämpfe Frustration und Aggression mehren. Rechte Führer bieten den angestauten destruktiven Affekten der Ohnmacht Ventile an: die sozial Schwä-

cheren, stets abgewerteten „Anderen“ Deren soziale Verletzbarkeit erlaubt, sich zu erheben und eigene Überlegenheit zu beschwören. Mit einem Wir-Gefühl der nationalen Gemeinschaft soll der globalen Konkurrenz des Humankapitals ebenso wie den vor Krieg und ökologisch-ökonomischer Zerstörung Schutz Suchenden gegengehalten werden. Vermeintlich den Unbilden der Globalisierung ausgesetzt, will man, eine Sicherheit und Geborgenheit bietende imaginäre „Heimat“ beschwörend, das überhöhte „Eigene“ retten, dessen scheinbar gefährdete Überreste um jeden Preis festhalten, ehe sie gänzlich zu entgleiten drohen.

Zu diesem „Eigenen“ freilich zählen auch die „eigenen“ Frauen, die es zu schützen gilt. Während Neoliberalismus Gleichstellung der vermeintlich längst emanzipierten einzelnen Frau überlässt, die ohnehin „Karrierefrau“ sein könne, wenn sie nur wolle, impliziert der rechte Rekurs auf Heimat und Tradition eine offensiv eingeforderte Retraditionalisierung von Geschlechterverhältnissen mit dem expliziten Anspruch der „natürlichen“ Überlegenheit des weißen Mannes.

Ihre ultimative Rahmung findet diese simple Denkweise, die nur Freund oder Feind kennt, im „War on Terror“. Vor allem angesichts politisch wie medial geschürter Terrorängste wurde der Sicherheitsbegriff seiner wohlfahrtsstaatlichen Bedeutungsgehalte zunehmend entleert und in polizeilich-militärische Kontexte eingebettet. Damit geht nicht nur verstärkte Kontrolle des öffentlichen Raums, sondern auch dessen – von omnipräsentem Securi-

ty-Personal verkörperte – spezifische Militarisierung einher, die permanente Bedrohungsgefühle evoziert. Orientierung an solcherart redefinierter „Sicherheit“ aber bedeutet Aufwertung kriegerisch-konkurrenzierender Männlichkeitskonzeptionen und Remaskulinisierung von Staatlichkeit. Rechte Recken inszenieren sich denn als stets kampfbereite „Männer der Tat“, die „die Anderen“ in ihre Schranken weisen – hinter elektrifizierte Zäune, mit Stacheldraht beschlagene Mauern oder heimische vier Wände, um die Grenzen ihres Territoriums unüberwindbar zu markieren und ein für alle Mal klar zu machen, wer die Herren sind.

Anmerkung

(1) Der Terminus „Eurokrise“ fokussiert auf die gemeinsame Währung, abstrahiert aber von der Exponiertheit Griechenlands und vor allem der akuten Not der griechischen Bevölkerung. (2) Ausführlich: Michalitsch, Gabriele (2013): Regierung der Freiheit. Formierung neoliberaler Subjekte. Verfügbar in: http://www.grundrisse.net/grundrisse46/regierung_der_freiheit.htm

Literatur

FACH, WOLFGANG (2000): Staatskörperkultur. Ein Traktat über den „schlanken Staat“, in: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Glossar der Gegenwart, Frankfurt am Main, 110-130.
OTTOMEYER, KLAUS (2004): Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen. Soziales Verhalten im Kapitalismus, Münster.

Autorin

GABRIELE MICHALITSCH ist Politikwissenschaftlerin und Ökonomin und lehrt an den Universitäten Wien und Klagenfurt. (Gast-)Professuren u. a. in Peking, Istanbul, Budapest, Graz, 2016 Vertretungsprofessur für Internationale Politik an der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Politische Ökonomie, Politische Theorien, Feministische Ökonomie.

WARUM DIE EU-WIRTSCHAFTSPOLITIK EUROPA TIEFER IN DIE KRISE FÜHRT

Christa Schlager und Elisabeth Klatzer

Die Finanzkrise 2008 hat in Europa, auch durch die falsche Krisenpolitik der EU, zur tiefsten und längsten Wirtschaftskrise seit den 1930ern geführt. Viel wird von Maßnahmen zur Bewältigung der Krise gesprochen, aber noch immer werden geschlechterblinde, neoliberale Rezepte angewendet, die tiefer in die Krisen hineinführen. Nicht nur ist die ökonomische Krise noch nicht bewältigt, es gibt mittlerweile eine tiefe soziale Krise, Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten wurden – nicht nur in der EU – vertieft. Die dadurch zunehmende wirtschaftliche und soziale Unsicherheit befeuert Ängste und bereitet den Boden für nationalistische und rechte Politiken. Die politischen Krisen verschärfen sich mit atemberaubender Geschwindigkeit, die EU baut Zäune, Rassismus nimmt in beängstigender Schnelligkeit zu und die Militarisierung der EU wird vorangetrieben.

Falsche Krisenpolitik

Es gibt kaum öffentliche Diskussionen darüber, wie Folgen der Krise im Alltag beseitigt oder abgemildert werden können. Das liegt daran, dass vor allem (Finanz-)Märkte, Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit im Blick der Wirtschaftspolitik und auch der medialen Berichterstattung über Wirtschaft sind. Andere Auswirkungen der Krise und Krisenpolitik werden weitgehend ignoriert. Vor allem die Frage, was sich außerhalb der bezahlten Wirtschaft tut, bleibt weitgehend ausgeblendet. Wenn öffentliche Leistungen gekürzt werden, immer mehr Menschen ihre bezahlte Arbeit verlieren oder prekär arbeiten müssen, wenn Armut rasant zunimmt

und die Politik sich nicht ausreichend um Menschen auf der Flucht kümmert, dann gibt es immer mehr Arbeit, die (über-)lebensnotwendig ist und unbezahlt geleistet wird. Aber diese Arbeit, die im großen Ausmaß Frauen leisten, wird nicht gesehen bzw. beachtet. Wirtschaftspolitik wird von ÖkonomenInnen nach wie vor als geschlechtsneutral angesehen. Insbesondere deren Wirkung auf Frauen und Gleichstellung wird auch im Krisenkontext kaum untersucht bzw. nicht berücksichtigt. Und dies, obwohl die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern auf Grund von struktureller Diskriminierung und Ungleichheit und gesellschaftlicher Normen und Rollen nach wie vor sehr verschieden sind. Anpassungslasten, die durch die Wirtschaftskrisen und die Kürzung öffentlicher Leistungen entstehen, werden an Haushalte weitergereicht, es findet ein „downloading of risks to the kitchen“ – ein Abladen der Risiken in die Küche¹ statt. Die negativen Folgen einer an männlichen Werten und Normen ausgerichteten Ökonomie werden verschwiegen², Alternativen mit „Sachzwang“-Argumenten beiseitegeschoben.

Zudem zeigt sich, dass die falsche Krisenpolitik, die auf Kürzung der öffentlichen Ausgaben setzt und die Reduktion von Budgetdefizit und Schuldenstand zum Credo erhoben hat, nicht nur den Sozialstaat, sondern auch die Demokratie bedroht. Der Trend zur „marktförmigen Demokratie“ (Angela Merkel), der über die wirtschaftspolitische Koordinierung der EU gestärkt wird, beschneidet die demokratischen

Entscheidungsmechanismen. Die Maßnahmen führen sowohl zu autoritäreren Strukturen innerhalb der wirtschaftspolitischen Steuerung der Europäischen Union als auch zur Beschneidung parlamentarischer Entscheidungsspielräume, was Frauen in Entscheidungsprozessen strukturell benachteiligt.

Wirtschaftspolitische Steuerung der EU

Die im Zuge der „Krisenpolitik“ vorangetriebene Umgestaltung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU („EU-Economic Governance“) zielt auf eine neoliberale Budget- und Reformpolitik ab. EU-Institutionen bekommen dabei in zentralen Bereichen eine stärkere Durchgriffsmacht auf Mitgliedstaaten. Die wesentlichen Charakteristika und Auswirkungen dieser neuen wirtschaftspolitischen Steuerung sind folgendermaßen zu beschreiben: Erstens, führt die Durchsetzung einer stärkeren Regelgebundenheit der Wirtschaftspolitik mit hoher rechtlicher Bestandskraft zu einer einseitigen Ausrichtung auf den Abbau der staatlichen Haushaltsdefizite und der Staatsverschuldung durch Kürzungen, d.h., Senkung von öffentlichen Ausgaben und Abbau von Sozialleistungen. Zweitens wurden zur Steigerung der „Wettbewerbsfähigkeit“ Regelungen geschaffen, die den Druck auf Löhne erhöhen, den Abbau von Arbeitsrechten forcieren und Gewerkschaften schwächen. Und drittens wurden wesentliche wirtschafts- und budgetpolitische Entscheidungskompetenzen an eine kleine Gruppe der Wirtschafts- und Finanzelite übertragen. Getragen wird der

Prozess von wirtschaftlichen Theorien, die im Grunde die Wahrung von Kapitalinteressen als zentral ansehen. Die Entscheidungen und Entscheidungsprozesse sind auf Grund der hohen Komplexität der Regeln der wirtschaftspolitischen Steuerung schwer nachzuvollziehen. Das erschwert die öffentliche Kontrolle und Einflussnahme. Paradoxerweise werden gleichzeitig (politische) Spielräume für die EU-Kommission durch vornehmlich strikte, aber in der Definition nicht eindeutige Referenzgrößen erhöht. So können unterschiedliche Annahmen bei der Berechnung des sogenannten „strukturellen Defizits“ zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen und damit unterschiedlichen Konsequenzen führen. Das verstärkt intransparente Prozesse und Entscheidungen, die als unausweichlich dargestellt werden, obwohl sie immanent politisch sind.

Wirtschafts- und budgetpolitische Entscheidungen werden demokratischen Institutionen zunehmend entzogen und in ausgewählte bürokratische oder informelle Machtzentren verlagert (Kurz-Scherf/Scheele 2013). Diese Verschiebung ist eine in sich geschlechterpolitische, die ein deutliches Zurückdrängen von Frauen und Gleichstellungsinteressen mit sich bringt. Denn sowohl die Partizipationsmöglichkeit von Frauen als auch die Themensetzung für Fraueninteressen wird damit schwieriger.

Die finanzpolitischen Institutionen sind zum einen in einem viel höheren Ausmaß von Männern dominiert als viele andere Teile der Bürokratie³. Das Europäische Parlament hingegen hat in

der wirtschaftspolitischen Steuerung nach wie vor eine marginale Rolle. Fraueninteressen können in dieser Konstellation sehr viel schlechter artikuliert werden und es gibt in der EU nur eine Handvoll NGOs mit ungleich weniger Ressourcen und Möglichkeiten, die Fraueninteressen vertreten. Die Krise hat also eine noch stärkere Hierarchisierung von Interessenslagen und Einflussmöglichkeiten im politischen Prozess gebracht, wobei soziale Themen im Allgemeinen und frauenpolitische im Speziellen am unteren Ende der Hierarchie stehen.

Frauen sind überarbeitet, aber unterbeschäftigt und unterrepräsentiert

Makroökonomische Politiken und Regeln basieren auf bestimmten Annahmen über Geschlechterverhältnisse und Geschlechterrollen. Damit weist die Wirtschaftspolitik geschlechterpolitische Schief lagen auch hinsichtlich ihrer Maßnahmen zur Stabilisierung von Wirtschaft und Lebensverhältnissen auf. Basierend auf den vorherrschenden Geschlechterverhältnissen wird davon ausgegangen, dass die gesellschaftliche Reproduktion – unabhängig von den jeweiligen makroökonomischen Regeln – weiterhin funktioniert und insbesondere Frauen den Ausfall öffentlicher gesellschaftlicher und reproduktiver Dienstleistungen kompensieren. Obwohl private Haushalte und die dort vielfach von Frauen geleistete unbezahlte Arbeit durch die Austeritätspolitik als Systemstabilisatoren immer wichtiger werden, da fehlende staatliche Leistungen kompen-

siert werden müssen, werden sie von der Krisenpolitik nicht adressiert. Die stark zunehmende Überbeanspruchung von Frauen – Diane Elson nennt sie „überarbeitet aber unterbeschäftigt“ („overworked but underemployed“), weil sie versuchen, (schlecht) bezahlte und unbezahlte Arbeit in Einklang zu bringen – spielt für die EntscheidungsträgerInnen keine Rolle. Geschlechtersensible Budgetanalysen (Women’s Budget Group 2016) zeigen, dass Kürzungspolitik und Sozialabbau Frauen in der Regel stärker treffen, da sie auf Grund ihrer Betreuungspflichten, Segregation am Arbeitsmarkt und gesellschaftlicher Diskriminierung im Durchschnitt deutlich niedrigere Erwerbseinkommen haben. Diese und andere Schief lagen der Wirtschaftspolitik sind Teil des strategischen Verschweigens. Die Auswirkungen budgetärer Kürzungspolitik und des Rückbaus öffentlicher Leistungen auf Frauen können in der aktuellen Krise in vielen europäischen Ländern beobachtet werden (Karamessini/Rubery 2013).

Nehmen wir den Kampf auf!

Angesichts der Verluste an Demokratie und Mitgestaltungsspielräumen, angesichts von zunehmender Macht und steigendem Einfluss undemokratischer und maskulin dominierter Institutionen und angesichts zunehmender Schief lagen drängt die Zeit. Wir müssen als Frauenbewegungen wieder den Kampf um soziale Gerechtigkeit und radikale Demokratisierung aufnehmen. Ein gutes Leben für alle sowie Frieden und Freiheit in Europa und in der Welt gilt es zu erkämpfen.



Anmerkungen

(1) Nach Diane Elson (2002): International Financial Architecture: A View from the Kitchen. Verfügbar: <http://www.cepal.org/mujer/curso/elson1.pdf>

(2) The Strategic Silence – Gender and Economic Policy (1995), hg. von Isabella Bakker, gilt als Standardwerk der feministischen Makroökonomie.

(3) In der EU-Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN) ist 1 Frau unter den 16 Spitzenrepräsentanten (Stand Juli 2016).

Im Governing Council, dem obersten Gremium der EZB, sind 2 Frauen von 25 Mitgliedern.

Am Treffen des Rates der EU Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) am 25.5.2016 nahmen 5 Frauen und 29 Männer teil.

Literatur

KARAMESSINI, MARIA/RUBERY, JILL (Ed.), 2013: Women and Austerity, the Economic Crisis and the Future for Gender Equality. London
KURZ-SCHERF, INGRID/SCHEELE, ALEXANDRA (Hg.), 2013: Macht oder ökonomisches Gesetz. Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster
WOMEN'S BUDGET GROUP, Women's Budget Group Response. Verfügbar: http://wbg.org.uk/wp-content/uploads/2016/12/AFS2016_WBGreport_13Dec_final2.pdf

Autorinnen

CHRISTA SCHLAGER ist Ökonomin und Redakteurin der Zeitschrift *Kurswechsel - Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*.

ELISABETH KLATZER ist Politische Ökonomin in Wien, Forscherin/Aktivistin im Bereich Geschlechtergerechte Wirtschafts- und Budgetpolitik, Vorstandsmitglied von ATTAC und Mitglied von Femme Fiscale.

FRAUEN SIND REICH

Michaela Moser



Als eine, die sich seit Jahrzehnten mit der sozioökonomischen Situation von Frauen beschäftigt, werde ich öfter gefragt, was Frauen denn geraten werden könne, damit sie „nicht in die Armut stürzen“. Die richtige Antwort darauf könnte eigentlich nur lauten: „Besser gar nicht erst als Frau geboren werden oder zumindest nur als Frau reicher Eltern, mit österreichischem Pass, der Garantie eines den herrschenden Normen entsprechenden fitten und gesunden Körpers und Geistes und der Fähigkeit, im Leben immer die richtigen Entscheidungen zu treffen.“

In der Realität antworte ich dann doch meist anders. Tatsächlich gegen Armut „hilft“ letztlich nur die Veränderung politischer und sozioökonomischer Bedingungen und der symbolischen Ordnung, die diese stützt.

Ist die Armut wirklich weiblich?

655.000 erwachsene Frauen in Österreich, das ist fast jede fünfte Frau, die hier lebt, gilt als von Armut oder Ausgrenzung betroffen. Sie lebt in einem Haushalt mit niedriger Erwerbsintensität und/oder mit einem Einkommen unter der sogenannten Armutsgrenze (das sind 60% des mittleren Einkommens, derzeit 1.185 Euro für einen Einpersonenhaushalt). Mindestens 100.000 dieser Frauen sind in der Folge von erheblicher materieller Deprivation betroffen, d.h., sie können sich vieles, was hierzulande als „normal“ gilt – etwa regelmäßiger Fleischkonsum, das Ersetzen abgetragener Kleidung oder einer kaputten Waschmaschine, einen Urlaub ab und an – nicht leisten. Von Beteiligung am politischen und kulturellen Leben ganz zu schweigen.

Besonders betroffen sind Alleinerzieher*innen, ältere Frauen und Migrant*innen, kurz: Frauen, die aus unterschiedlichen Gründen spezielle Schwierigkeiten haben, sich „angemessen“ am Erwerbsarbeitsmarkt zu beteiligen und zwar so, dass sie ein Einkommen lukrieren, das zu mehr als zum blanken Überleben reicht.

Erwerbsarbeit, auch wenn sie zunehmend mehr „Working Poor“ produziert und somit keinesfalls Garantie für ein Leben ohne Armut ist, gilt vielen nach wie vor, auch und gerade für Frauen als zentrales „Heilmittel“ gegen Armut.

Entsprechend deutlich wird vor den Falten der Teilzeitarbeit gewarnt, denn in der Tat sind es nicht nur in Österreich, sondern europaweit vor allem Frauen, die einer solchen nachgehen, in den Ländern der EU viermal so häufig wie

Männer. EU-weit deutlich höher, nämlich doppelt so hoch wie die der Männer, ist auch die sogenannte Inaktivitäts-Rate von Frauen. Womit wir schon beim Kern des Problems wären, denn von ‚Inaktivität‘ der Frauen kann natürlich keine Rede sein, vielmehr ist diese Bezeichnung blanker Zynismus.

Der hohe Preis fürs Sorgen

Frauen arbeiten viel für wenig Geld. Das ist so bekannt, dass es schon – und wohl noch – lange als „normal“ gilt und der alte Slogan, dass Frauen $\frac{2}{3}$ aller Arbeit machen, dafür $\frac{1}{3}$ allen Einkommens bekommen und über $\frac{1}{10}$ des Vermögens verfügen, wohl noch viel Jahrzehnte repetiert werden kann.

Zeitverwendungsstudien, wie jene des österreichischen Frauenministeriums für das Jahr 2008/09, bestätigen dies.¹ Zwei Drittel aller unbezahlten Arbeit leisten hierzulande Frauen, rund 4 Stunden täglich wenden sie im Schnitt allein fürs Kochen, Putzen, Waschen und Einkaufen auf, bei Männern sind es nur 2,5 Stunden. Das wird auch durch die durchschnittlich geringere Zeit, die Frauen in Erwerbsarbeit verbringen, nicht kompensiert, am Ende jedes Tages bleibt Frauen, so die Studie, im Schnitt $\frac{1}{2}$ Stunde weniger Freizeit als Männern.

Doch nicht nur mit Blick aufs Zeit-, mehr noch hinsichtlich ihres Geldbudgets zahlen Frauen einen hohen Preis für die vielfältigen Sorgetätigkeiten, die sie übernehmen. Denn die geringere Beteiligung am Erwerbsarbeitsmarkt wirkt sich auf die damit verbundenen Sozialleistungen aus, konkret auf die Höhe – oder vielmehr Niedrigkeit – von Ar-

beitslosengeld und v.a. von Pensionen. Wesentlicher Grund für die höhere Armutsbetroffenheit und -gefährdung von Frauen ist also genau das: ihre unentgeltliche Übernahme von Sorgetätigkeiten.

Dort, wo es Frauen gelingt, sich zumindest teilweise von diesen zu „befreien“, werden Sorgearbeiten und die damit verbundene Armutsbetroffenheit fast immer auf andere Frauen – meist Migrant*innen – „umgeschichtet“. Nichtsdestotrotz ist nicht das Geschlecht für die höhere Armutsgefährdung ausschlaggebend, sondern die Übernahme bestimmter, mit Geschlechterrollen zusammenhängender Tätigkeiten. Dazu kommt die geringere Entlohnung in jenen Bereichen, die als „Frauenjobs“ gelten.

Wer wenig verdient (hat), bekommt niedriges Arbeitslosengeld, wer nur einen prekären Job, z.B. in (Schein-)Selbständigkeit, ergattert hat, gar keines. Noch immer dominiert die patriarchale Phantasie vom männlichen Broterwerber konservative sozialpolitische Systeme; wen wundert es da, dass diese nur unzureichende Wirkung in Bezug auf die Vermeidung und Bekämpfung von Frauenarmut bringen?

Wer für ein Kind verantwortlich ist und/oder (eine*n) pflegebedürftige Angehörige betreut, kann nicht gleichzeitig auch einer Erwerbsarbeit in vollem Maße nachgehen. Wer Sorgetätigkeiten nicht oder nur teilweise an andere delegieren will oder kann, steht dem Arbeitsmarkt nur eingeschränkt oder für eine Weile gar nicht zur Verfügung und hat – sofern keine* Partner*in vorhanden ist, der oder die den

Verdienstaufschlag ausgleichen kann – schnell ein Einkommensproblem. Auch dort, wo Karenz- und Kinderbetreuungsgelder, Familienbeihilfen, Pflegegelder und/oder Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt werden, reichen diese oft nicht oder nur knapp für ein Leben oberhalb der Armutsgrenze. Wer sorgt, zahlt einen hohen Preis.

Care-Revolution JETZT!

Neben den immer wieder genannten notwendigen Reformen, wie etwa gerechteren Löhnen, der Anhebung von Sozialleistungen, verbesserten Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Arbeitszeitverkürzung und vielem mehr, braucht es folglich mittel- und langfristig weit tiefgreifende Veränderungen, wenn die Armut von Frauen und anderer Sorgetragenden nachhaltig bekämpft und vermieden werden soll.

Es braucht Modelle der Dissidenz, des Abweichens von dem, was derzeit ökonomische und politische Verhältnisse dominiert und diktiert. Es braucht nicht weniger als eine Care-Revolution².

Seit mehreren Jahrzehnten werden von Feministinnen unter dem Stichwort Care (sozial)politische und ökonomische Alternativen entwickelt und diskutiert, die das Leben und seine Erhaltung in die Mitte stellen. Care steht dabei zum einen für das Bewusstsein von Abhängigkeit und Bezogenheit als menschliche Grundkonstitutionen und zum anderen für konkrete Aktivitäten von „Fürsorge“ im weitesten Sinne, also im Sinne einer „Sorge um die Welt“. Dabei geht es nicht nur um pflegerische und sozialarbeiterische Tätigkeiten oder um Hausarbeit, sondern auch und gerade

um den Einsatz für politischen und kulturellen Wandel.³ Es geht also um ein Handeln, das für das Bestehen, Bewahren und die Erneuerung der Welt, und damit für das eigene In-der-Welt-Sein, Verantwortung übernimmt.⁴ Politik und Ökonomie aus der Care-Perspektive zu betreiben, bedeutet eine maßgebliche Verschiebung an gewohnten Gewichtungen und die Aufgabe zahlreicher gängiger Annahmen und Konzepte. Und sie bedeutet auch das Diskreditieren von Bedürftigkeit zu beenden und bspw. Mindestsicherungsbezieher*innen nicht länger als angebliche Sozial-

schmarotzer*innen zu diffamieren. Vorgedacht sind diese Änderungen längst. Es gilt „nur“, die entworfenen Konzepte, wie etwa jenes des „Ganzen der Arbeit“ der Ökonomin Adelheid Biesecker⁵, umzusetzen und grundlegende Institutionen, wie Markt, Staat und Familie, und deren Beziehung zueinander aus einer Care-Perspektive zu überdenken. Sowohl Staat als auch Markt müssen eine stärkere Rolle in der Unterstützung von Fürsorge-Aktivitäten spielen und die Einsicht, dass wir alle nur leben können, wenn wir gefördert werden, muss gestärkt werden.

Konkrete Ansätze, die auch die Veränderungen von monetären Sozialleistungen betreffen, wie etwa jenes eines bedingungslosen Grundeinkommens, aber auch die Ausgestaltung einer qualitätsvollen sozialen Infrastruktur, müssen aus dieser Perspektive neu gedacht werden.

Erst durch einen Paradigmenwechsel in Politik und Ökonomie, der jene Tätigkeiten, die für ein gutes Leben aller unerlässlich sind, ins Zentrum stellt und durch die damit verbundenen neuen (Un-)Ordnungen, die unsere Lebensverhältnisse gründlich umkrempeln, kann es gelingen, den unsichtbar gemachten (Sorge-)Reichtum von Frauen sichtbar und nutzbar und die Wenigen vorbehaltenen klassischen „Reichtümer“ allen gleichermaßen verfügbar zu machen.



Anmerkungen

(1) Statistik Austria (2008): Zeitverwendung 2008/2009.

(2) Vgl.: <http://care-revolution.org>

(3) Der englische Begriff Care wurde dabei weitgehend auch für deutschsprachige Diskussionen verwendet; die in mancher Hinsicht problematische Übersetzung mit „Fürsorge“ wurde dabei umschifft.

(4) Vgl. auch: „Care“ in: Knecht et al (2012): ABC des guten Lebens, Rüsselsheim. Online: <https://abcdesgutenlebens.wordpress.com/category/care/>

(5) Adelheid Biesecker (o.J.): Kooperative Vielfalt und das Ganze der Arbeit, Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2000/p00-504.pdf>

Autorin

MICHAELA MOSER ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Dozentin am Department „Soziales“ der FH St. Pölten und seit vielen Jahren in der Armutskonferenz engagiert.

WIRTSCHAFT IST CARE

Ein Paradigmenwechsel in der Ökonomie ist unterwegs

Ina Praetorius

Der Begriff „Ökonomie“ leitet sich von zwei griechischen Wörtern ab: oikos – Haus oder Haushalt – und nomos – Lehre, Gesetz. Die „Oiko-Nomia“ ist also die Lehre vom (guten) Haushalten. Weil es anerkanntermaßen Aufgabe der Haushalte ist, die Bedürfnisse derer zu befriedigen, die im Haus zusammenleben, definieren Ökonomen auf den ersten Seiten ihrer Lehrbücher folgerichtig, dass es Aufgabe der Wirtschaftslehre sei, zu untersuchen, wie die Mittel zur „Befriedigung menschlicher Bedürfnisse“ am sinnvollsten hergestellt, verteilt und ge- oder verbraucht werden. „Arbeitsteiliges Wirtschaften ist eine gesellschaftliche Veranstaltung zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse der Lebenserhaltung und der Lebensqualität“ (Ulrich 2008, 11).

Der ökonomische Mainstream: eine Lehre vom Geld

Ungefähr ab Seite zwei handeln gängige ökonomische Lehrbücher allerdings nur noch vom Geld, genauer: von geldvermittelten Tauschakten. Zwar bestreitet niemand ausdrücklich, dass auch unbezahlte Arbeit menschliche Bedürfnisse befriedigt. Aber diese Art Arbeit wird – fast immer ohne Begründung – einfach weggelassen oder in „außerökonomische“ Sphären abgeschoben, die „Familie“, „Privatsphäre“ oder „Konsum“ heißen. Wie kommt es zu dieser Diskrepanz zwischen der allgemein akzeptierten Definition und der Praxis gängiger Ökonomie?

Schon in der Antike hat man einer „höheren“ Sphäre herrschaftlicher Freiheit (Polis) einen „niedrigen“ Bereich weiblich-sklavischer Dienstbarkeit (Oikos)

untergeordnet: Im Oikos befriedigten Ehefrauen, SklavInnen, Kinder und Haustiere, also Wesen, von denen man annahm, sie seien von Natur aus zum Dienen bestimmt, die Bedürfnisse aller, während sich die vom Alltagskram befreiten Hausherren mit Theorie und Politik befassten. In der Politik des Aristoteles ist die folgenreiche Unterscheidung zwischen höheren „freien“ und niederen abhängigen Sphären deutlich ausgesprochen: „Das Lebewesen besteht primär aus Seele und Leib, wovon das eine seiner Natur nach ein Herrschendes, das andere ein Beherrschtes ist. ... Desgleichen ist das Verhältnis des Männlichen zum Weiblichen von Natur so, dass das eine besser, das andere geringer ist, und das eine regiert und das andere regiert wird. ... Es ist also klar, dass es von Natur Freie und Sklaven gibt und dass das Dienen für diese zuträglich und gerecht ist... Die Hausverwaltung ist eine Monarchie – denn jedes Haus wird von einem einzigen regiert –, die Staatsverwaltung ist dagegen eine Herrschaft über Freie und Gleichgestellte“ (Aristoteles 1973, 53f). Auch später waren es vor allem Männer der Oberschicht, die definierten, was man unter „Wirtschaft“ verstehen wollte. Weil auch sie meist einem Haushalt vorstanden, in dem Untergebene für alles Lebensnotwendige sorgten, machten sie sich kaum Gedanken über menschliche Grundbedürfnisse, ließen stattdessen die Ökonomie erst mit Markt, Staat, Geld, Handel und Profit beginnen. Adam Smith (1723-1790) und seine Freunde, die im 18. Jahrhundert den Wirtschaftsliberalismus erfanden, ließen die Leistungen des Oikos in der

Idee von der „unsichtbaren Hand des Marktes“ verschwinden. Die dahinterliegende Geschlechterideologie hatte William Petty (1623-1687) ganz auf der Linie der antiken Vordenker formuliert: „Die Arbeit ist der Vater und das aktive Prinzip des Reichtums, so wie die Böden seine Mutter sind“ (zit. nach Kurz 2008, 36).

Auch Karl Marx ließ den Oikos unbeachtet und konzentrierte sich in seiner Kapitalismuskritik auf die Problematik der ausgebeuteten Industriearbeiter. Und noch im Jahr 2008 finden sich in einem Sammelband über „Klassiker des ökonomischen Denkens“ die Biographien von fünfunddreißig Männern, darunter nur einem, der nicht aus Europa oder den USA stammt, und keiner Frau (vgl. ebd. 2008/2009).

Care – Fürsorge – Bedürfnisbefriedigung

In den 1970er Jahren gab es die feministische „Hausarbeitsdebatte“: Aktivistinnen lenkten den Blick auf die un- oder unterbezahlte Arbeit, die noch immer vor allem Frauen in Privathaushalten leisten. Etwa zur gleichen Zeit wuchs das Bewusstsein für die hemmungslose Ausbeutung der außermenschlichen Natur¹ diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs, der den kapitalistisch organisierten Teil der Welt von den kommunistisch regierten Ländern trennte. Das Erschrecken über die Ausbeutung der materiellen² Grundlagen aller Ökonomie mündete in die Ökologiebewegung, zum Beispiel die Gründung grüner Parteien.

Die Hausarbeitsdebatte ihrerseits erreichte zunächst die statistische

Erfassung der unbezahlten Arbeit. Bis heute belegen diese Statistiken, dass die weit überwiegend von Frauen* geleistete Arbeit, die inzwischen den Namen „Care-Arbeit“ bekommen hat, den größten Wirtschaftssektor bildet, der aber bis heute in Bruttosozialprodukten nicht erfasst wird. Zum Beispiel erklärt das Schweizer Bundesamt für Statistik schon seit 1997, dass in der Schweiz mehr unbezahlte Arbeit verrichtet wird als bezahlte. „Im Jahr 2013 wurden 8,7 Milliarden Stunden unbezahlt gearbeitet. Dem gegenüber stehen 7,7 Milliarden Stunden an bezahlter Arbeit. Dabei übernehmen Frauen 62 Prozent des unbezahlten Arbeitsvolumens, die Männer 62 Prozent der Erwerbsarbeit. [...] Der Wert der unbezahlten Arbeit betrug im Jahr 2013 rund 401 Milliarden Franken. Schweizer Frauen hätten nach diesen Berechnungen 241 Milliarden Franken ‚verdient‘, die Männer immerhin noch 159. Beachtet werden muss bei diesen Beträgen aber, dass Männer eher Tätigkeiten verrichten, denen mehr Geldwert zugesprochen wird, wie administrative Arbeiten, ehrenamtliche Aufgaben in Vereinen oder handwerkliche Tätigkeiten. Hausarbeiten – wie Putzen oder Waschen – sind bei ihnen nicht beliebt und werden überwiegend von Frauen erledigt“ (Kobler 2015).

Dass sich aufgrund solcher Daten inzwischen ein ökonomisches Denken entwickelt, das Care-Leistungen und die strukturell vergleichbar ausgeschlossenen Leistungen der außermenschlichen Natur ausdrücklich einbezieht, ist nichts als logisch.

Wirtschaft ist Care

Zunächst konzentrierten sich Feministinnen darauf, die „Berücksichtigung“ des Ausgeschlossenen im obsessiv geldfixierten ökonomischen Mainstream zu fordern, ohne die Autorität dieses Mainstream wesentlich anzufechten. Letztlich geht es aber um mehr, nämlich darum, dass die Ökonomie in Theorie und Praxis zu ihrem selbstdefinierten Kerngeschäft zurückfindet: Wenn sie beansprucht, die Lehre von der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu sein, dann gehören die ausgeschlossenen Leistungen in die Mitte. Niemand wird nämlich im Ernst behaupten wollen, die absurd angewachsene Ungleichverteilung von Reichtümern – acht Männer besitzen heute mehr als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – komme der Befriedigung der Bedürfnisse aller entgegen, oder bei der Herstellung von Streubomben und der hundertsten TV-Castingshow handle es sich um Bedürfnisbefriedigung, nicht aber bei der Pflege, Ernährung, Erziehung und Förderung von Menschen. Wer sollte denn die hundertste TV-Castingshow brauchen, wenn nicht die Leute, die von Frauen* geboren und erzogen werden? Und welchen Sinn sollte Wirtschaften ohne Menschen in einer zerstörten Welt machen?

Was heute „Care-Arbeit“ heißt, ist also nicht ein beliebiges zusätzliches Segment, das eine geldzentriert bleibende Ökonomie am Rande „berücksichtigen“ muss, sondern die *conditio sine qua non* allen Wirtschaftens. Und genau deshalb braucht es eine ‚care-centered economy‘, die von der ursprünglichen

Definition des Ökonomischen, von den natürlichen Lebensgrundlagen und den Care-Tätigkeiten her unser gesamtes Wirtschaften neu denkt: Wirtschaft ist Care.

Es gibt bereits ein Think Net, das sich „WiC – Wirtschaft ist Care“ nennt. In ihm treiben Frauen* auf allen Ebenen – in Wissenschaft, Medien, Politik, Kulturbetrieb, Bildungswesen etc. – den im Gang befindlichen Paradigmenwechsel hin zu einer Ökonomie voran, die den Namen verdient und zukunftsfähig ist.

Anmerkungen

Der Text ist ein Auszug aus: Wirtschaft ist Care. Oder: die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen. Der gesamte Text ist nachlesbar unter:

<https://www.boell.de/sites/default/files/2015-02-wirtschaft-ist-care.pdf>

(1) Der Begriff „Natur“ leitet sich vom lateinischen Verb „nasci“ ab, das „geboren werden“ bedeutet.

(2) Der Begriff „Materie“ leitet sich vom griechischen Wort „Meter“ ab, das Mutter bedeutet.

Literatur

ARISTOTELES, Politik, übersetzt und herausgegeben von Olof Gigon (1973), München
KOBLER, SERAINA (2015), Sie ist doch ein Schatz, in: NZZ vom 19.02.2015. Verfügbar: <https://www.nzz.ch/schweiz/sie-ist-doch-ein-schatz-1.18487104>

KURZ, HEINZ D. (Hg.) (2008/2009), Klassiker des ökonomischen Denkens, Bd. 1 und Bd. 2, München.

ULRICH, PETER (2008), Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie, Bern/Stuttgart/Wien, 4. Auflage.

Autorin

INA PRAETORIUS ist Germanistin und promovierte evangelische Theologin. Sie arbeitete als wissenschaftliche Assistentin am Institut für Sozialethik der Universität Zürich und ist heute als freie Autorin und Referentin tätig. Siehe auch: www.inapraetorius.ch

DIE SUBSISTENZPERSPEKTIVE: EIN ÖKOFEMINISTISCHER BEITRAG ZU DEGROWTH*

Veronika Bennholdt-Thomsen



Die Theorie der Subsistenzperspektive entstand im Zuge unserer Empörung über die weltpolitische Umsetzung der Entwicklungsideologie in den 1960er/70er Jahren. Von Anfang an lehnten wir sowohl die Theorie als auch die Entwicklungspraxen ab, die man damals zu implementieren begann, beides mit der Begründung des ihnen anhaftenden *kolonialistischen Rassismus*. Wir hatten schon viele Jahre in unterschiedlichen Regionen der „Dritten Welt“ verbracht und unsere Empfindungen angesichts des Entwicklungs-rassismus glichen jenen, die wir in Bezug auf den sexistischen Rassismus hatten, mit dem Frauen in unserer Gesellschaft konfrontiert waren und den wir fast zeitgleich zu sehen begannen. Deshalb hieß auch unsere 1983 veröffentlichte Artikelsammlung *Frauen, die letzte Kolonie*.

Die letzte Kolonie

Die Ähnlichkeit zwischen kolonialistischen Zugängen zu ‚primitiven‘ Gemeinschaften und der Unterdrückung von Frauen ist bis heute ein wichtiger Leitgedanke unserer Analyse. Frauen als „die letzte Kolonie“ zu bezeichnen ist mehr als bloß eine Metapher. Der Begriff bringt die Situation und den Prozess zum Ausdruck, die die untergeordnete soziale Stellung der Frau begründen. Er benennt sowohl die *ökonomischen und materiellen* als auch die *ideologischen und kulturellen* (rassistischen und sexistischen) Ebenen von Ausbeutung und Unterdrückung, auf denen die untergeordnete Stellung von Frauen in unseren Gesellschaften beruht; ebenso verweist er auf die versteckte *Gewalt* hinter der Unterwerfung von Frauen. Das Bild von Frauen

als einer Kolonie fasst auch die anti-kapitalistische Triebkraft unserer feministischen Theorie, wobei wir uns insbesondere gegen den kapitalistischen Wachstumsimperativ richten. Wenig überraschend, kritisieren wir aber auch die produktivismusorientierten Aspekte der sozialistischen Vision.

Wir erkannten, dass das ideologisch-geistige Fundament der beiden Kolonialismen in der Abwertung des Natürlichen besteht, dessen, das geboren wird und aus der gegebenen Lebenskraft heraus existiert, was auch eine Abwertung derer beinhaltet, die die Fähigkeit haben, Leben zu schenken und zu reproduzieren. So gesehen stellt die Kolonialisierung von Körpern und Land ein und dieselbe Art von Kolonialismus dar, da beide aus einer patriarchalen Geisteshaltung entstehen.



Darin gibt es weder Respekt noch Anerkennung für Existenz und Leben; was hingegen zählt, ist die Kontrolle darüber. Wert wird nur dem zugeschrieben, das produziert, aus ‚toten‘ Materialien erzeugt wird.

Daraus wird ersichtlich, dass die Subsistenzperspektive seit ihren Anfängen eine ökofeministische war, obwohl sie zu Beginn nicht so genannt wurde. Erst 1993 haben mit Maria Mies und Vandana Shiva zwei Subsistenztheoretikerinnen den Begriff „Ökofeminismus“ als Titel für eine Aufsatzsammlung verwendet. 1980 hatte Carolyn Merchant *The Death of Nature* veröffentlicht, das zur Verbreitung des Begriffs „Ökofeminismus“ beitrug. Merchant konzentrierte sich jedoch auf eine Analyse der europäischen Philosophie und der Werte, die zu Beginn des Zeitalters der Vernunft und der Naturwissenschaften aufkamen – und die zum „Tod der Natur“ und zum Tod von Millionen

Frauen, die als Hexen bezeichnet wurden, führten –, ohne dass sie auch die zeitgleich stattfindende Eroberung der Kolonien mitberücksichtigt hätte. Unsere Gruppe hat andererseits das gewaltsame und patriarchale Einwirken des europäischen Kolonialismus ins Auge gefasst, das die natürlichen und gesellschaftlichen Grundlagen der Reproduktion des Lebens selbst auf der ganzen Welt bedrohte. Wir analysierten, wie durch den Kolonialismus die Welt allmählich bis zu jenem Punkt missioniert wurde, ab dem der Glaube an Entwicklung und Wachstum als globale zivilisierende Religion unserer Zeit verankert scheint.

Die Perspektive des Subsistenzfeminismus im feministischen Diskurs

Unser Zugang betrachtet die Welt aus der Perspektive derjenigen, die geboren wurden und die Fähigkeit haben, Leben

zu schenken, mit anderen Worten: aus einer Perspektive, die menschliche Wesen als Teil der reproduktiven Vorgänge der Natur anerkennt. Sie hat einen antipatriarchalen und anti-monotheistischen Fokus, der sich gegen das Mandat richtet, „sich die Erde untertan zu machen“. In der Entstehungszeit der deutschen Frauenbewegung saßen wir der Illusion auf, dass, aufgrund ihres Charakters als Bewegung zur Befreiung von Frauen, ihr Geist naturgemäß ein antikapitalistischer, gegen die Wachstumsökonomie gerichteter wäre. Aber dem war nicht so. Sehr bald schon wurde die Perspektive der Chancengleichheit zur vorherrschenden, u.a. auch mit Unterstützung durch die Argumente sozialistischer Feministinnen. Dementsprechend groß war der Skandal, als ich in einer Rede am Frauentag 1989 in Zürich zu sagen wagte, dass die einzige Sache, die die meisten Frauen in der Bewegung anstrebten, ihr gleiches Stück

vom Kuchen sei. Mein Vortrag trug den Titel: „Inwiefern ist die Frauenbewegung tatsächlich eine Befreiungsbewegung?“ Einen ähnlichen Skandal hatte es bereits 1986 in Köln im Anschluss an meinen Beitrag zu einer großen Konferenz über „Frauen und Ökologie“ gegeben. Der Titel meines Referats war „Die Ökologiefrage ist eine Frauenfrage“. Obwohl sie sich als umweltbewusst sahen, wollten viele Frauen nichts mit ihrer eigenen menschlich-weiblichen Natur zu tun haben. Sie wollten nicht einmal anerkennen, dass die Gründe für ihre untergeordnete gesellschaftliche Position oder fehlende Chancengleichheit vieles mit den Ursachen der Umweltzerstörung gemein haben, wurzeln doch beide in der patriarchalen Unterwerfung von allem, was aus der gegebenen Lebenskraft heraus von selbst wächst.

Unsere Perspektive wird oft als „biologistisch“ oder, um im Jargon der Gender Studies zu sprechen, als „essentialistisch“ bezeichnet. Dieser abwertende Ton vonseiten der Gender Studies ist nicht überraschend. Die Theorie der Gender Studies selbst ist ja rund um die Annahme konstruiert, dass es keine natürlichen Unterschiede zwischen den Geschlechtern gäbe, dass vielmehr die Eigenschaften jedes Geschlechts *ausschließlich* durch die Normen der jeweils gegebenen Gesellschaft eingeschrieben werden. Einerseits ist der Impuls, einen solch einseitigen Zugang zu entwickeln durchaus verständlich, da er eine Reaktion auf den patriarchalen, biologistischen Sexismus darstellt, der letztlich behauptet: „Sie ist eine Frau, deshalb muss sie das Geschirr wa-

schen“. Weniger verständlich ist hingegen die von der Gendertheorie vorgeschlagene Schlussfolgerung: Damit sie nicht verpflichtet werden kann, das Geschirr zu waschen, wird geleugnet, dass es eine Entität ‚Frau‘ überhaupt gäbe. In ihren Konsequenzen huldigt diese Position dem biologistischen Fundamentalismus, indem sie die Existenz naturgegebener Voraussetzungen leugnet. Aber die Natur ist keine unveränderliche Entität, die vom historischen und gesellschaftlichen Prozess losgelöst werden könnte. Natur und menschliche Gesellschaft formen und beeinflussen einander gegenseitig.

„Gender“ als neoliberales Konzept

Es ist kein Zufall, dass im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung das „Gender“-Konzept den feministischen Diskurs dominiert. „Gender“ ist eine ultraliberale philosophische Terminologie, ähnlich jener der „Wettbewerbsgleichheit“ in der neoliberalen Ökonomietheorie. Dem „Gender“-Konzept zufolge gibt es keine Geschlechter, alles ist von Natur aus homogen in dem Sinne, dass es sich auf ein und demselben Spielfeld befindet, von dem aus eine uneingeschränkte Entwicklung, frei von allen Begrenzungen, möglich ist.

Aus der Subsistenzperspektive heraus lehnen wir diese *vorgeblich säkuläre*, tatsächlich aber *modernistische Transzendenz* mit ihrer allgegenwärtigen Annahme ab, dass die Zukunft eine in jeder Hinsicht uneingeschränkte Freiheit bringen wird. Es ist der *Glaube* an Entwicklung und Wachstum, der diese Hoffnung nährt. Aus unserer Perspek-

tive ist es hingegen wichtig, die eigenständige Kraft zu respektieren, die der Welt innewohnt.

Die Subsistenzperspektive sieht die unbegrenzte Vielfalt, die auf diesem Planeten existiert und sucht nach Zusammenarbeit und Komplementarität innerhalb dieser Vielfalt, statt des eingeebneten Spielfelds auf dem vorgeblich alles möglich ist, am Ende aber doch der Mächtigste gewinnt. Und sie kann uns beim Übergang zu einer Zivilisation des Friedens zwischen Männern und Frauen, zwischen den Generationen und zwischen den Menschen und den anderen Bewohner/innen dieses Planeten helfen.

Anmerkungen

Dieser ursprünglich auf Spanisch verfasste Beitrag wurde von Nadia Johannisova ins Englische übersetzt; Übersetzung vom Englischen ins Deutsche: Red.

* Wachstumsrücknahme

Literatur

BENNHOLDT-THOMSEN, VERONIKA (1987): Die Ökologiefrage ist eine Frauenfrage. Zum Zusammenhang von Umweltzerstörung, Kapitalakkumulation und Frauenverachtung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr.19, 10. Jg.: 27-42

BENNHOLDT-THOMSEN, VERONIKA/ MIES, MARIA/ VON WERLHOF, CLAUDIA (1992): Frauen, die letzte Kolonie, Zürich: Rotpunktverlag; (1983, 1988) Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

MERCHANT, CAROLYN (1980), The Death of Nature. Women, Ecology, and the Scientific Revolution, San Francisco: Harper & Row

MIES, MARIA/ SHIVA, VANDANA (1993), Ecofeminism, London: Zed Books

Autorin

VERONIKA BENNHOLDT-THOMSEN, Anthropologin und Soziologin, Mitschöpferin der deutschsprachigen Frauenbewegung, tätig an Hochschulen in Europa und Lateinamerika. Zahlreiche empirische Forschungen. Lehrt das Fach Subsistenzkultur an der Universität für Bodenkultur, Wien.



EINE HOFFUNGSVOLLE BEZIEHUNG ZWISCHEN FRAUEN-, UMWELT- UND ARBEITERBEWEGUNG?

Nora Rätzzel

Die Frage der Ökonomie ist eine Frage der Transformation der Ökonomie. Nicht nur, weil die profitorientierte Produktion die Bedürfnisse der Vielen immer weniger befriedigen kann, sondern auch weil die Vernichtung der Erde und der Arbeitenden, die Marx als Charakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise analysiert hat, ein Ausmaß erreicht hat, das ihre Grenzen auch über das Lager der üblichen Kritiker_innen hinaus sichtbar macht.

Unser Projekt¹ untersucht das Verhältnis zwischen den zwei Quellen des menschlichen Lebens: der Arbeit und der Erde, und fragt, wie sich die Arbeitenden und ihre Organisationen zu dem Problem verhalten, dass der Kapitalismus nicht nur ihre Arbeitsbedingungen verschlechtert, sondern durch die Zerstörung der Natur auch das Überleben der Menschheit insgesamt aufs Spiel setzt. Ein Aspekt unserer Forschung ist die Frage, welche Rolle Individuen bei der Entwicklung von Umweltpolitik in den Gewerkschaften spielen.

Wir haben über 120 Verantwortliche für Umweltfragen in internationalen und nationalen Gewerkschaften interviewt (Schweden, Vereinigtes Königreich, Spanien, Südafrika, Brasilien, Indien). Angesichts des geringen Frauenanteils in Gewerkschaftspositionen waren wir überrascht, dass über die Hälfte unserer Gesprächspartner_innen Frauen waren. Eine von ihnen, Amanda, stelle ich hier beispielhaft vor. Sie gestaltet die Umweltpolitik des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und verändert dabei die gesamte Organisation.

Damit ein Individuum die Möglichkeit bekommt, eine Organisation zu verändern,

muss die Organisation bereit sein, eine auf Veränderung erpichte Person aufzunehmen. Mich interessierten also zwei Fragen: Wie ist Amanda zur Gewerkschaft gekommen und worin besteht das Interesse der Gewerkschaft an ihr?

Anders sein – politisch werden

Amanda wurde 1980 als erstes von sechs Kindern geboren und wuchs in einem 2000-Seelen-Dorf im Norden Patagoniens auf. Die Familien ihrer Eltern waren aus verschiedenen Teilen der Welt nach Argentinien eingewandert, ihr Vater aus Osteuropa, ihre Mutter aus dem Nahen Osten. Zwei zentrale Themen durchziehen die Geschichte ihrer Jugend und finden sich später in ihrer Gewerkschaftsarbeit wieder: „Anders sein“ und „Neues entdecken“: „In Argentinien sind wir alle bunt gemischt (...). Aber in dem Dorf waren wir damals (...) ziemlich was Besonderes würd' ich sagen, unsere Hautfarbe, alles, irgendwie. Weil: Die meisten Leute waren deutscher Herkunft (...), blond und sprachen gebrochen Deutsch. (...) Das war lustig!“² Das Empfinden, ‚anders zu sein‘ kann ein Motor der Politisierung sein. Eine Normalität, zu der man nicht gehört, weckt das Bedürfnis nach alternativen Zusammenhängen, in denen man selbstbestimmte Formen der Zugehörigkeit entwickeln kann. Von einem solchen Prozess erzählt auch Amanda. Mit 13 beginnt sie, Gedichte zu schreiben und gründet dazu ein Kollektiv, das durch Patagonien zieht und diese Gedichte rezitiert: „Ich wollte nicht dort bleiben, wo ich mich auskannte; mir gefiel der Gedanke, dahin zu gehen, wo ich niemanden kannte, wo ich mich einfach mit anderen austau-

schen konnte. (...) Es macht schon was aus, wenn man in einem sehr kleinen Ort lebt, weil die Leute dran gewöhnt sind (...) ihr Leben einfach so zu beenden wie sie's begonnen haben.“

Zwei komplementäre Themen verbinden sich: weggehen und ankommen, eine alternative Gemeinschaft bilden.

Mit 17 Jahren zieht (oder flieht) Amanda aus der Enge des Dorfes in die Großstadt Buenos Aires. Dort kommt sie mit der Umweltfrage in Berührung, als sie anlässlich eines vorbereitenden COP2-Treffens 1998 eine Versammlung der UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change) simuliert und später an der Konferenz selbst teilnimmt.³

Später, in Paris, wo sie ihr Studium der Politikwissenschaften fortsetzt, kommt Amanda in Berührung mit den Gewerkschaften, die sie in Argentinien nie positiv wahrgenommen hat. Auf einer Gay Pride Parade erlebt sie, „dass die Gewerkschaften dort auch Wagen hatten. Ich sagte mir: ‚Das ist es. Das verbindet die Arbeit, die die Hälfte unseres Lebens ist, mit der Realität der Menschen‘“.

Bei der Arbeit am Gare du Nord während ihres Studiums erlebt sie die Gewerkschaft als das „Frankreich der Solidarität“: „Ich war nicht Teil (des) Betriebs, weil ich ‚outsourced‘ war. Ich hatte also nicht die gleichen Rechte. Aber (...) sie sagten: ‚Das Mädels wird den gleichen Job wie wir machen.‘ (...) Da wurde dir klar, wie schön es sein kann, Teil einer Gewerkschaft zu sein.“

Als „Teil eines Ganzen“ anerkannt zu werden, wird zu einem Motiv, bei der Gewerkschaft zu arbeiten. Ein anderes ist der Wunsch, etwas Neues kennenzulernen: „Seit der Konferenz in Buenos Aires

hat mich die Umweltfrage beschäftigt. Aber mit einer NGO wollte ich nicht arbeiten, weil ich nicht mit den schon Überzeugten arbeiten wollte. (...) Ich wollte mit Leuten arbeiten, die anders sind.“

Ihre Neugier auf das Andere motiviert sie, bei der Gewerkschaft zu arbeiten. Aber was motivierte den IGB, eine junge Frau, die nicht aus ihren Reihen kommt und als Praktikantin gezeigt hat, dass sie Dinge ändern will, zur Leiterin der Abteilung zu machen?

Gewerkschaften auf der verzweifelten Suche nach Erneuerung

Umweltpolitik war 2008, als Amanda ihre Stelle antrat, Bestandteil der Politik des IGB, jedoch fehlte es ihm an Kompetenz. Die eigentlichen Konfliktpunkte, ob Industriezweige aufgegeben oder die Produktionsweise grundlegend verändert werden muss, wurden umgangen. Dass Amanda dort Initiativen entwickelt hat, brachte ihr Vertrauen statt Misstrauen ein, weil die Gewerkschaftsführung einsah, dass sie mehr verstehen mussten, weil sie zunehmend nach ihrer Meinung gefragt wurden: „Zum Beispiel gab es beim G20-Treffen in London vier Themen zu besprechen, eines davon war Klimawandel. Sie mussten also auf dem Gebiet genauso stark sein wie z.B. in Beschäftigungsfragen. (...) Mein Wissen trägt dazu bei, eine Lücke zu schließen.“ Dass Amanda die Möglichkeit erhielt, die Umweltpolitik des IGB entscheidend zu bestimmen, lässt sich als Zusammentreffen dreier Umstände erklären: ihre Kompetenzen in einem Themenbereich, zu dem es bislang kaum Kenntnisse gab; der äußere Druck, unter dem der IGB

stand, einen Standpunkt zu beziehen und die Bereitschaft der IGB-Leitung, sich von ihr belehren zu lassen.

Mehr als der kleinste gemeinsame Nenner

Der IGB hat mit Amanda eine Umweltpolitik entwickelt, die der einer Umweltbewegung kaum nachsteht. Die Prinzipien der „just transition“, des „gerechten Übergangs“⁴, wurden zum Programm. Konkrete Zielsetzungen wurden in der IGB-Erklärung verankert: Senkung der Emissionen um 85 % bis 2050, Solidarität mit den Ländern des Südens sowie die besondere Verantwortung der entwickelten Länder. Dies zu erreichen, verlangte einen Traditionsbruch. Zum ersten Mal wurde eine Erklärung verabschiedet, die nicht von allen Mitgliedergewerkschaften unterstützt wurde. Eine der wichtigsten westlichen Gewerkschaften verweigerte die Zustimmung. Amanda vertraute darauf, „dass das Partikularinteresse letztlich verstanden wird, dass das gemeinsame Ganze wichtiger ist als das Interesse einer Gewerkschaft“ und brachte die Erklärung dennoch durch.

Die Stärken der Außenseiterin

Betrachten wir die Erfolge Amandas, wird deutlich, dass ihre Außenseiterposition ihre Stärke ist: 1. Sie bringt Wissen und Leidenschaft für die Umweltfrage in eine Gewerkschaft, für die dieses Thema fremd ist. Gleichzeitig muss sich die Umweltbewegung auf Fragen der Arbeit einlassen. Amanda kann hier vermitteln. 2. Sie hat das Vertrauen der Gewerkschaften des globalen Südens und des Nordens. 3. Aufgrund ihrer Her-

kunft kann sie Menschen in die Gewerkschaftspolitik einbeziehen, die sich in ihr fremd fühlen: Frauen und Gewerkschaften des globalen Südens.

Überraschenderweise haben wir in unserem Projekt herausgefunden, dass Amanda kein Einzelfall ist. Gewerkschafter_innen, die maßgeblich die Umweltpolitik ihrer Organisation bestimmen, definierten sich als Außenseiter_innen. Was wir aus Amandas Lebensgeschichte lernen können, ist, dass die verändernden Außenseiter_innen Lust auf das Andere aber auch die Fähigkeiten haben müssen, Brücken zwischen Zentren und Peripherien zu bauen.

Anmerkungen

Dieser Artikel ist eine stark gekürzte Fassung des Textes: *Eine hoffnungsvolle Beziehung zwischen Arbeiter-, Frauen- und Umweltbewegung?* Das Argument 287, 2010. Der vollständige Text findet sich hier: https://www.researchgate.net/profile/Nora_Raethzel/publications?sorting=newest&page=2

(1) Das Forschungsprojekt *Moments of Danger, Moments of Opportunity. The Role of Individuals in Transforming Organizations* wurde vom Schwedischen Wissenschaftsrat finanziert.

(2) Übersetzungen der Zitate aus dem Englischen: NR. Auslassungen und Pausen in Klammern.

(3) COP = Conference of the Parties. Mit ‚Parties‘ sind die 193 Staaten gemeint, die bis heute die UN-Rahmenkonvention zum Klimawandel, die 1992 in New York beschlossen wurde, unterzeichnet haben.

(4) <http://www.ituc-csi.org/just-transition-for-an-ambitious.html?lang=en>

Autorin

NORA RÄTHZEL ist Professorin am Institut für Soziologie, Umeå Universität, Schweden. Ihre Forschungsgebiete sind umweltorientierte Arbeitsforschung, transnationale Unternehmen, Kooperativen, die Reproduktion von und der Widerstand gegen Geschlechter-, ethnische und Klassenverhältnisse im Alltagsleben.



DIE VIER-IN-EINEM-PERSPEKTIVE ALS LEITFADEN FÜR POLITIK

Frigga Haug

Wir kommen aus dem Jahrhundert des gescheiterten Experiments eines bürokratischen Sozialismus. Die Vier-in-einem-Perspektive ist der Versuch, mit einer sozialistisch-demokratischen Perspektive wieder Fuß zu fassen. Es ist das Anliegen dieser Perspektive, Frauenpolitik in eine allgemeine Befreiungspolitik zu überführen. Es kann für Frauen nicht einfach um „Gleichstellung“ in der vorherrschenden Systemstruktur gehen, sondern diese Struktur selbst steht in Frage.

Geschlechterverhältnisse sind Produktionsverhältnisse

Das Projekt entstammt jahrzehntelangen Studien zur Frauenunterdrückung und den Erfahrungen mit praktischer Emanzipationspolitik. Seine theoretische Grundlage ist die Erkenntnis, dass Geschlechterverhältnisse nicht bloß Zutat zu den Produktionsverhältnissen, sondern diesen selbst grundlegend eingeschrieben sind. Die Geschichte der Menschheit durchzieht die Spaltung zwischen den Geschlechtern. Menschen reproduzieren ihr eigenes Leben und produzieren fremdes, indem sie Kinder in die Welt setzen, wobei Frauen und Männer hier schon höchst ungleich beteiligt sind. In der kapitalistischen Moderne sind die Bereiche der Produktion und Verwaltung der Mittel zum Leben diejenigen, in denen die Produktivkräfte entwickelt und damit die Grundlagen für die weiteren Teilungen der Arbeit als Dimension menschlicher Entwicklung gelegt werden. Weil dieser Bereich das Akkumulationsfeld des Kapitals ist, gilt er als Grundlage allen Fortschritts. Der Bereich, in dem Leben erzeugt, gepflegt und erhalten wird, rückt

dagegen an den Rand. Er wird Frauen übergeben, die damit als Trägerinnen der Lebensfürsorge selbst marginalisiert werden. Dieses Zusammenspiel bewirkt, dass die Entwicklung der Menschen zugleich mit der Zerstörung ihrer Grundlagen voranschreitet, gestützt und getragen durch Geschlechterverhältnisse, in denen aus Herrschaftsgründen das sozial Überformte als Natur behauptet wird. Vier-in-Einem baut auf die Erfahrung der Vielen. Wir alle beginnen unsere Leben als ein Projekt mit unendlich viel Zeit, die alsbald kanalisiert wird auf einzelne Bereiche, über die unsichtbar verfügt wird. Das machte und macht noch immer die unterschiedlichsten Konflikte zu Kämpfen um Zeit. Immer verzehrender werden die Lernzeiten für das mit Profit vorangetriebene Internetzeitalter, ohne dass die Einzelnen die Müße hätten, andere kulturelle Fähigkeiten zu entwickeln. Die Politik hastet hinter den transnationalen Kapitalen her, die den erwirtschafteten Reichtum immer schon verteilt haben, und sieht sich außerstande, das menschenwürdige Überleben der vielen, aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozess Herausgedrängten zu finanzieren. Immer deutlicher wird, dass die Menschen an der Gestaltung ihrer Verhältnisse beteiligt sein müssen, an der Entscheidung, was produziert wird und wie, an der Verteilung der Güter, an der notwendigen kulturellen Wende vom Konsumzwang zu nachhaltigem Wirtschaften.

Kämpfe um Zeit

Das Kraftfeld, das wir vermessen, sind die Verhältnisse der Menschen zueinander und zur Natur. „Letztlich löst sich

schließlich alle Ökonomie in die Ökonomie der Zeit auf“ (Karl Marx, *Grundrisse*, 89; MEW 42, 105). Letztlich, so übersetzen wir, ist die gesamte Geschichte von Herrschaft und Knechtschaft eine der Verfügung über Zeit.

Das Neue der Vier-in-Einem-Perspektive besteht in der Anordnung der vier Tätigkeitsbereiche — im Erwerbsbereich, im Reproduktionsbereich, im Kulturellen (also in Kunst, im zweckfreien Tun des Lernens und Entfaltens schlummernder Anlagen) und in der Politik — auf zeitlich gleicher Ebene, statt sie einander über- und unterzuordnen. Diese Verschiebung der Tätigkeitsbereiche kann auf Zustimmung der Vielen rechnen, die den Stoßseufzer „Wenn ich mal Zeit hätte“ als Leitmotiv ihres gesamten Lebens kennen. Die Sprengkraft wächst dieser Umstrukturierung dadurch zu, dass sie auf den entscheidenden Herrschaftsknoten unserer Geschichte zielt und so alles in Bewegung bringt. Die zerlegende Organisation des Gesellschaftsprozesses — in den profitgetriebenen Erwerbsbereich, den ‚verweiblichten‘ Reproduktionsbereich, zumeist jenseits der Lohnform, die abgesonderte Politik in den Händen von ‚Stellvertretern‘ — festigt die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse um den Preis der Verkümmern und Vergeudung menschlicher Talente. Werden die Bereiche anders verknüpft, ändern sie sich auch qualitativ. Indem eine solche Veränderung durch die Vielen bewerkstelligt werden muss, löst sich deren einseitige Verwachsenheit mit einer bestimmten Funktion, der alles andere untergeordnet ist. Die spontane Verachtung der Reproduktionstätigkeiten als ‚nicht wirklich Arbeit‘ wird in Hochach-

tung umschlagen, sobald man sie als Teil eigenen Lebens erfährt.

Springen wir in unsere Zeit und landen mitten in einer großen Krise, so sehen wir die Kämpfe der Arbeiterbewegung um die Arbeitszeitverkürzung, also die Wiederaneignung der entfremdeten Zeit an einem kritischen Punkt: Die Entwicklung der Produktivkräfte führte zum Abbau von Arbeitsplätzen, weitere Arbeitsplätze wurden in „Billiglohnländer“ verlagert. Der gewerkschaftliche Kampf konzentriert sich auf Erhalt der verbleibenden Arbeitsplätze und die dort Arbeitenden. Innerhalb dieser Logik gibt es kein Entkommen – der Kampf wird reaktionär, wenn er sich auf die Besserstellung von einigen reduziert, statt um gute Arbeit und gutes Leben für alle geführt zu werden.

Unsere Lebensweise auf dem Prüfstand

Die Frauenbewegung kämpfte für eine andere Gesellschaft, in der auch Frauen ihre Fähigkeiten entfalten, herrschaftsfrei und also aufrecht leben können. Dabei ging es ihr auch um die Anerkennung der Hausarbeit als Arbeit, weil Frauen nur so auf Augenhöhe, also gleichberechtigt, verhandeln können. Die Konzentration auf die Eingliederung der gesellschaftlichen Individualitätsform ‚Hausfrau‘ in die Lohnarbeitsform konnte jedoch unterm Neoliberalismus in eine Politik der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit überführt werden, auch in die Politik des Erziehungsgelds. Sie verschüttete damit die lebenswichtige Diskussion um die Frage, was eigentlich in der Individualitätsform ‚Hausfrau‘ getätigt wird, dass es hier nämlich darum geht, wie

Menschen sich zu Menschen verhalten – zu Kindern, Alten, Schwachen, Behinderten, Kranken. Sie verdeckte, dass hier das „wahrhaft Menschliche“ geschieht, wie Marx das ausdrückt (*Pariser Manuskripte*), für das die Lohnarbeit nur die Mittel besorgt. Verdeckt wurde also die Verkehrung, dass der Kapitalismus die Menschen nicht als Zweck, sondern als Profitmittel setzt. Die Familien wurden und werden zersetzt. Frauenarmut, Teilzeitjobs, alleinerziehende Mütter, arme Kinder sind Teil der breiten Spur, die dieser Prozess hinterlässt. Offenbar geht es heute, da die Gesellschaften mit den enorm entwickelten Produktivkräften an sich immer reicher werden und ihre Regierungen mit Milliarden Euros wie mit Spielgeld zu hantieren scheinen, nicht um eine gute Gesellschaft und schon gar nicht um die Entwicklung eines jeden, sondern bestenfalls um die Herausbildung von Eliten, die „Exzellenz“ als Exportfaktor versprechen. In dieser Lage wird es zum Politikum, vergessene Visionen neu zu gewinnen, in denen alle der Möglichkeit nach alles lernen können.

Dafür muss die Politik heruntergeholt werden aus der Struktur verselbständigter Stellvertretung und Gemeingut werden. Solange Erwerbsarbeit, Reproduktions- oder besser fürsorgliche Arbeit, kulturelle Selbstentwicklung und Politik je getrennt verfolgt werden, geraten sie in eine Sackgasse. Ihre Verknüpfung bringt dagegen eine andere politische Dynamik. Sie braucht den utopischen Atem, nicht einfach um Arbeitszeitverkürzung zu streiten, sondern um eine Umverteilung der gesamten Lebenszeit und aller Tätigkeiten. Diese Umwälzung der Zeitökonomie verknüpft die ge-

sellschaftliche Ebene mit der individuellen. Mit ein bisschen Phantasie wird man leicht sehen, dass es tatsächlich einer anderen Lebensweise, weil eines anderen Zeitregimes bedarf. Fängt man jedoch erst einmal damit an, sein Leben anders zu organisieren, sieht man auch, dass einem guten Leben nicht nur die Verhältnisse, also der Lohnarbeitstag entgegenstehen, sondern auch man selbst, die man sich an einseitige Vernutzung gewöhnt hat. Zugleich wird man erkennen, dass diese Perspektive nicht als Aufruf an einzelne gehen kann, mit dem Rotstift andere Zeiten einzutragen und sich danach zu disziplinieren, sondern dass eine ganze Lebensweise auf den Prüfstand gehört, was nur in kollektiver Veränderungskultur geleistet werden kann. Unsere Zeit der Krisen und der Infragestellung der kapitalistischen Werte ist die richtige dafür.

Anmerkung

Der Text ist ein von der Autorin überarbeiteter Auszug aus dem gleichnamigen Beitrag in *Das Argument* 291, 2011 und wurde von der *aep*-Redaktion für diese Ausgabe gekürzt. Frigga Haugs Grundthese, dass Politik nur dann gerecht gestaltet werden kann, wenn die vier Bereiche – Reproduktion, Erwerb, Politik und Kultur – verknüpft werden, wurde zum ersten Mal umfassend in ihrem Buch *Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke* (Argument, Hamburg 2008) entwickelt.

Autorin

FRIGGA HAUG ist Professorin em. und Autorin zahlloser Publikationen. Sie hat die Erinnerungsarbeit entwickelt, die Berliner Volksuni mitgegründet, ist Mithg. der Zeitschrift *Das Argument* und des *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus*, war bis 2017 Vorsitzende des Berliner Instituts für kritische Theorie und hat die Konferenzen zu Marxismus-Feminismus begründet.



FEMME FISCALE: FEMINISTISCHE KÄMPFE RUND UMS BUDGET

Elisabeth Klatzer

Vor 15 Jahren ist das Buch *Frauen macht Budgets* erschienen. Eine Gruppe von engagierten Frauen hat es mit dem Ziel, feministische Einmischung in Budgetpolitik zu stärken, geschrieben. Der Titel ist Programm in einem zweifachen Sinn. Es ist ein Aufruf an Frauen, sich in die Budgetpolitik einzumischen und gleichzeitig ein Verweis, dass Entscheidungen über öffentliche Budgets das Resultat gesellschafts- und geschlechterpolitischer Machtverhältnisse sind. Das wird gerne verschleiert. Regeln über Defizite und Schulden lassen den Eindruck entstehen, Budgetkürzungen wären alternativlos und es gäbe „technische“, objektive Lösungen. Es sind aber politische Strategien, den immerwährenden Kampf um die Verteilung des Budgets aus dem Blickfeld zu nehmen. Und demgegenüber braucht's dringend feministische Gegenmacht.

Seit der Veröffentlichung von *Frauen macht Budgets* hat diese (kleine) Gruppe von Frauen weiter an „geschlechtergerechter Budgetgestaltung“ (Gender Budgeting) in Österreich gearbeitet. Die Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen, vereint unter dem Namen „Watchgroup. Gender & öffentliche Finanzen“, haben sich zum Ziel gesetzt, die politische Umsetzung von Gender Budgeting in Österreich – als unabhängige zivilgesellschaftliche Gruppe – voranzutreiben, zu beobachten und sich mit kritischer Stimme einzumischen. Damit verbunden ist das Anliegen, Frauen- und Geschlechterperspektiven in die weitgehend geschlechterblinde Wirtschaftspolitik und Ökonomie zu integrieren.

Von Steuersenkungen profitieren Männer mehr

Wesentliche Punkte in der Budgetpolitik sind nicht nur die Fragen der Verteilung des Geldes, sondern auch, wie viel Geld zur Verfügung steht. Die immer wiederkehrenden Rufe nach Steuersenkungen (zuletzt auch von „Geil-o-Mobil“ Kurz, ÖVP) sind eine Kampfansage gegen Geschlechtergerechtigkeit und Solidarität, denn Einnahmen und Ausgaben sind eng miteinander verbunden. Es handelt sich um zwei Seiten derselben Münze. Unter dem Motto „Einen schlanken Staat können sich maximal reiche Männer leisten!“ greift die Watch Group die Diskussion um die Senkung der Abgabenquote in Österreich auf und argumentiert, dass sich eine solche Maßnahme doppelt zu Lasten von Frauen und Geschlechtergerechtigkeit auswirkt. Von Steuersenkungen profitieren vor allem jene – viel stärker Männer – mit hohem Einkommen und große Unternehmen. Und über Ausgabenkürzungen verschlechtert sich die Situation von Frauen, wenn Geld für wichtige öffentliche Investitionen und Leistungen fehlt. Vielmehr sind Steuerreformen nötig, die Überfluss – hohe Einkommen, Erbschaften, Kapital und Vermögen sowie Ressourcenverbrauch – stärker besteuern, gegen Steuerhinterziehung von Unternehmen und Vermögenden striktest vorgehen und Leute mit niedrigen Einkommen entlasten.

Teilweise war die Watch Group erfolgreich. In Kooperationen mit engagierten Personen in der Verwaltung und in politischen Parteien konnte erreicht werden, dass in der Verfassung

festgeschrieben wurde, dass mittels Budgetpolitik die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben ist. Allerdings zeigen sich – trotz formaler Umsetzung von Gender Budgeting – keine wirklichen Fortschritte in diese Richtung. Eine langjährige Forderung der Watch Group ist die Einrichtung eines unabhängigen Beirates für Gender Budgeting mit Personen aus Zivilgesellschaft und Forschung, der die öffentliche Budgetpolitik kritisch verfolgt und Empfehlungen zur Umsetzung der verfassungsrechtlichen Verpflichtungen abgibt.

Breite Allianzen für solidarische Budgetpolitik

Eine der weiteren Strategien der Watch Group war es, breitere Allianzen zu bilden. Unter dem Namen „Wege aus der Krise“ arbeiten NGOs, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Netzwerke seit mehreren Jahren zusammen, um ein „Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget“ zu erarbeiten. Dieses wird, ebenfalls seit Jahren, zeitgleich mit dem offiziellen Budget der Bundesregierung präsentiert. Im Zukunftsbudget 2017–2019 wird unter dem Motto „70 Schritte in ein gutes Leben für alle!“ ein alternatives Budget vorgelegt, das Geschlechtergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit, Umverteilung von oben nach unten, ökologische Nachhaltigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt, friedliches Zusammenleben lokal und global und eine Stärkung von Demokratie und Menschenrechten in den Mittelpunkt stellt. Durch die jahrelange verstärkte Kooperation wurden feministische

Anliegen im Zukunftsbudget zentral verankert. Die Allianz nutzt das Zukunftsbudget, um Öffentlichkeits- und Medienarbeit zu leisten, aber auch um alternatives Wissen zur Haushalts- und Steuerpolitik zu erweitern.

Von Frauen macht Budgets zur „Femme Fiscale“

Eine der Einsichten der langjährigen Arbeit war, dass es gerade bei Themen rund um Budget- und Wirtschaftspolitik nicht gerade einfach ist, breitere Allianzen mit feministischen Bewegungen und Gruppen zu bilden, weil oft das Gefühl vorherrscht, selbst nicht genug „ExpertIn“ zu sein. Die Initiative zur Femme Fiscale, die 2014 gestartet wurde, war ein weiterer Versuch, Kräfte zu bündeln. Sie ist ein Netzwerk von feministischen Gruppen und Aktivistinnen – u.v.a. von Frauenring, Plattform 20000 Frauen, Katholischer Frauenbewegung, feministAttac –, die sich mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Medienarbeit für eine geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzen, wie z.B. mit der Aktion zu Steuerreformvorhaben der Regierung „Wer hat, dem wird gegeben!“.

Um Budgetpolitik zu verändern, braucht es eine breite Bewegung und das Engagement möglichst vieler, beim Bundesbudget, aber auch im Land und in der Gemeinde. Daher hat die Femme Fiscale in Zusammenarbeit mit der Allianz „Wege aus der Krise“ ein kleines Büchlein zum Thema *Für Budgets, die alle im Blick haben! Geschlechtergerechtigkeit muss sein!* erarbeitet. Es zeigt mit Beispielen auf,

wie Budgets für eine bessere Lebenssituation von Frauen eingesetzt werden können und will dazu motivieren, dass sich Frauen vermehrt in der Budgetpolitik zu Wort melden.

Die Notwendigkeit, über vielfältigste Bereiche feministischen Engagements in Fragen des Geldes und öffentlicher Budgets zusammenzukommen und für eine solidarische Wirtschaftspolitik Kräfte zu bündeln, ist groß. Ohne Geld, d.h. nur ehrenamtlich wie bisher, wird das nicht gehen. Es wäre Zeit für ein Minimum an Geld und bezahlter Arbeit, um das Engagement auf nachhaltigere Beine stellen zu können.

Feministische Perspektiven in der Budget- und Wirtschaftspolitik – nötiger denn je!

Die gegenwärtigen Entwicklungen machen den Kampf herausfordernder, aber umso notwendiger: eine zunehmend autoritäre Politik und die Einnengung demokratischer Räume – gerade in der Budgetpolitik ist hier die EU eine treibende Kraft, über Budgetregeln Gestaltungsspielräume drastisch zu kürzen und Krisen zu prolongieren; die zunehmende Konzentration von Reichtum und Macht in den Händen einer männlichen politischen und ökonomischen Elite; die weiterhin bestehende Arbeitsteilung, die Frauen auf unbezahlte und unterbezahlte Haus- und Pflegearbeit und dienende Berufe verweist und sie mit mageren Einkommen und Pensionen abspeist. Kämpfe um öffentliche Ressourcen und um alternative wirtschaftspolitische Konzepte sind ein wesentlicher Teil feministischer Anliegen, die nach neuen

und wirksameren Strategien suchen müssen, um öffentliche Debatten und Diskurse zu beeinflussen, Widerstand zu leisten und Veränderungen auf den Weg zu bringen.

Eine Überlegung geht in Richtung der Schaffung eines Zentrums für feministische Budget- und Wirtschaftspolitik, das forschungsbasiert in öffentlichen Diskursen rund um diese Bereiche präsent ist und feministische Perspektiven und Themen einbringt. Das könnte auch die Arbeit der Femme Fiscale und der Watch Group, aber vor allem breiter feministischer Bewegungen unterstützen, als Teil einer Strategie, Forschungsarbeit und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten besser zu verknüpfen. Konkrete Pläne dazu gibt's, es braucht nur noch die Kleinigkeit einer ausreichenden Finanzierung.

Literatur

BEIGEWUM (2002): Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive, Wien

Femme Fiscale auf Facebook: <https://facebook.com/FemmeFiscale/>

WATCH GROUP. GENDER UND ÖFFENTLICHE FINANZEN: Geschlechtergerechte Budgetgestaltung. http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/themen/watchgroup_genderbudgeting_darstellung.pdf

WEGE AUS DER KRISE (2016): Für Budgets, die alle im Blick haben! Geschlechtergerechtigkeit muss sein! Wien. http://www.wege-aus-der-krise.at/fileadmin/dateien/Neu_2014/Materialien/Fure_Budgets_die_alle_im_Blick_haben.pdf

Autorin

ELISABETH KLATZER ist politische Ökonomin, feministische Forscherin, Aktivistin und Lektorin; Engagement für feministische, emanzipatorische und solidarische Alternativen und ein gutes Leben für Alle; u.a. bei Femme Fiscale, Attac, und beim European Gender Budgeting Network.



GENDER BUDGETING. EIN (TAUGLICHES) INSTRUMENT FÜR MEHR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT?

Katharina Mader

Österreich gilt mit der verfassungsmäßigen Verankerung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern im Jahr 2009 als Vorbildland. Im Wortlaut heißt es (Artikel 13 (3)): „Bund, Länder und Gemeinden haben bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben“. Doch wie ist dieser Erfolg zu sehen und welche Probleme ergeben sich in der Umsetzung? Konnte Gender Budgeting als erfolgreiche Strategie für mehr Geschlechtergerechtigkeit implementiert werden?

Vielfältige Gender Budgeting-Initiativen

Im Jahr 2007 zählte Rhonda Sharp 60 Gender Budgeting-Initiativen, die sich seit der ersten Initiative in Australien 1983 weltweit entwickelt hatten (Sharp 2007, 2). Diese unterscheiden sich je nach Region aufgrund spezifischer sozialer und politischer Kontexte sowie aufgrund der unterschiedlichen Arten der Institutionen, die eine Gender Budgeting-Implementierung forcieren. Resultat dessen ist, dass es kein einheitliches Verständnis von Gender Budgeting¹ gibt und sich, je nach dem jeweiligen Kontext, eine breite Palette hinsichtlich der AkteurInnen, inhaltlichen Reichweite, zeitlichen Ausrichtung und der verwendeten Methoden und Zugänge zeigt. Der gemeinsame Ausgangspunkt verschiedener Gender Budgeting-Initiativen ist jedoch die Annahme, dass Budgets zwar formal gesehen eine Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben sind, ihre Ausgestaltung und Wirkung allerdings alles andere

als neutral ist. Vielmehr reflektieren sie ökonomische, soziale und gesellschaftliche Prioritäten und spiegeln so die Werte einer Gesellschaft wider. Das Budget ist Resultat politischer Entscheidungen darüber, wie und von wem Einnahmen erhoben und für welche Zwecke, also für wen Ausgaben getätigt werden und bildet so Machtverhältnisse in der Gesellschaft ab. Im Zuge dessen spiegeln Budgets auch Geschlechterverhältnisse wider: Sie wirken infolge der sozioökonomischen und gesellschaftlichen Positionen von Frauen und Männern als Arbeitskräfte, in der Familie und in der Gesellschaft unterschiedlich auf Frauen und Männer und (re-)produzieren damit Geschlechterungerechtigkeiten. Gender Budgeting zielt daher darauf ab, die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Budgets zu eruieren, um eine geschlechtergerechte(re) Budgetpolitik – eine Revision öffentlicher Budgets hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit – zu erwirken.

Gender Budgeting in Österreich

Wie in vielen anderen Ländern auch, fand in Österreich die erste eingehende Beschäftigung mit Gender Budgeting – bevor es zu einem Verfassungsbestandteil wurde – auf zivilgesellschaftlicher Ebene statt: Zum Ende der 1990er Jahre gab es vor allem Einzeldiskussionen zum Thema, im Jahr 2000 wurde ein Arbeitskreis gegründet, dessen unmittelbarer Anlass eine politisch heftige Debatte über Sparpakete und die Sinnhaftigkeit von Nulldefiziten war (BEIGEWUM 2002). Im Jahr 2009 fiel die kritische Phase

der Implementierung des Verfassungsgrundsatzes genau in die Zeit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Wirtschaftskrise schien dabei eine geeignete Entschuldigung zu sein, um Geschlechtergerechtigkeit hintanzustellen: Gleichstellungsforderungen galten wieder verstärkt als „Luxusprobleme“ im männlich geführten Expertendiskurs. Gleichzeitig wurden auch die Geschlechtereffekte der Krise sowie die der Konjunkturprogramme und die der Konsolidierungs- und Sparpolitiken von öffentlicher Seite nicht untersucht. Gesetzlich zwar gut verankert, stand Gender Budgeting in der Umsetzung vor dementsprechend großen Herausforderungen, die von schwer zu verortender Verantwortung und mangelndem politischen Willen bis über unzureichende Zielsetzung hin zu fehlenden Sanktionen führten. So war seit der Verankerung von Gender Budgeting in der österreichischen Bundesverfassung nicht unbedingt mehr Aktivität entstanden, sondern eher im Gegenteil: Der politische Druck war fast versiegt und auch zivilgesellschaftlich das Interesse erlahmt (Mader/Schlager 2012, 7f). Im Rahmen der weitergehenden, im Jahr 2013 in Kraft tretenden Haushaltsrechtsreform wurde Gender Budgeting als Teil der wirkungsorientierten Haushaltsführung verankert. Die konkrete Ausgestaltung ist im Bundeshaushaltsgesetz 2013 samt den dazugehörigen Durchführungsverordnungen festgelegt. Diese sehen vor, dass jedes Ressort sowie die obersten Organe im Rahmen der Budgeterstellung verpflichtet sind, für ihre Untergliederungen ein bis maximal fünf Wirkungsziele zu formu-

lieren. Zumindest eines der Wirkungsziele ist direkt aus einem Gleichstellungsziel abzuleiten. Gender Budgeting wird somit zum integralen Bestandteil der wirkungsorientierten Haushaltsführung, die die bisher dominierende Input-Orientierung von Budgetplanung durch eine Output- und Outcome-Orientierung ersetzen soll. Dies eröffnet neue Möglichkeiten für Gender Budgeting, vor allem in Hinblick auf ein besseres Verständnis von Gleichstellungswirkungen durch die Integration von Gleichstellungsmaßzahlen und -indikatoren (Mader 2017, 6f).



Das große Potential des Gender Budgeting

Gender Budgeting hat großes emanzipatorisches Potential, es mag mitunter ein schwieriges, jedenfalls aber lohnendes Unterfangen sein – schließlich hat es zum Ziel, die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern. Gender Budgeting geht dabei weiter als übliche Analysen, weil es in seiner Betrachtungsweise auch die Auswirkung auf die unbezahlte Arbeit miteinbezieht. Der Fokus auf unbezahlte Arbeit ist einer der Schlüsselaspekte, der Gender Budgeting-Initiativen von anderen Budget-Initiativen unterscheidet oder unterscheiden sollte. Denn die Auswirkung eines Budgets auf die Gleichstellung von Frauen und Männern zeigt sich oftmals vor allem in seinem Effekt auf das Maß an unbezahlter Arbeit, die erbracht werden muss. Gerade in Krisenzeiten übernehmen Frauen mit ihrer unbezahlten Arbeit eine „Airbag“-Funktion in der Gesellschaft – sie versuchen die Anpas-

sungslasten von Krisen abzufedern und zu kompensieren. Wird diese stabilisierende Rolle in der Krisenpolitik nicht berücksichtigt, wird der Anschein erweckt, dass sie als eine Ressource wahrgenommen werden kann, die in unbegrenztem Ausmaß zur Verfügung steht. Und deshalb bei einer Untersuchung von Auswirkungen der Kürzung, z.B. von Sozialleistungen, nicht in entsprechendem Ausmaß berücksichtigt werden muss. Die spezifischen Bedürfnisse von Frauen als überwiegend unbezahlte Arbeit Leistende bleiben damit unberücksichtigt (Mader 2015, 53). Passiert dies im Rahmen von Gender Budgeting nicht, bleibt das Budget auf einem Auge (geschlechter-)blind.

[Zwischen-]Resümee

Bisherige Erfahrungen mit Gender Budgeting – nicht nur in Österreich, aber auch hier trotz verfassungsrechtlicher Verankerung – zeigen, dass es wesentliche Hindernisse für Gender Bud-

geting als wirksames gleichstellungspolitisches Instrument gibt: Die politischen Veränderungen, die mit Gender Budgeting erreicht werden sollen, sind den AkteurInnen oftmals unklar; es gibt vielfach nur punktuelle Ansätze, es werden keine bzw. kaum Ressourcen zur Verfügung gestellt und es fehlen zu meist wesentliche Daten und Informationen – vor allem im Bereich der unbezahlten Arbeit.

Zurzeit ist Gender Budgeting oft nicht mehr als ein Schlagwort. In Österreich scheinen sich die beteiligten ProtagonistInnen darauf auszuweichen, weltweit der erste Staat mit einer Gender Budgeting-Bestimmung in der Verfassung zu sein. Es bleibt offen, ob die verfassungsrechtliche Verankerung „totes Recht“ wird. Aus der politischen Debatte und der medialen Öffentlichkeit ist das Thema jedenfalls größtenteils verschwunden. Damit wäre die juristische Festschreibung ein Pyrrhussieg. Soll Gender Budgeting nicht nur eine

inhaltsleere und zahnlose Strategie werden, bedarf es – neben der rechtlichen Festschreibung – ganz wesentlicher Bestrebungen hin zu mehr Transparenz, Entwicklung von Qualitätsstandards, Zurverfügungstellung von Ressourcen, Klärung und Festschreibung von Zuständigkeiten, Verbindlichkeiten und Rechenschaftspflicht ebenso wie wirksamer Sanktionsmechanismen.

Anmerkungen

(1) Dementsprechend finden sich international auch als Resultat der vielfältigen Wurzeln und Entstehungszusammenhänge oftmals folgende Begriffe: Women's Budgets, Gender-Responsive Budgeting, Gender-Sensitive Budgeting oder im deutschen Sprachgebrauch auch Geschlechtergerechte Budgetgestaltung

Literatur

BEIGEWUM (2002): Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien: Mandelbaum Verlag.

MADER, KATHARINA/ SCHLAGER, CHRISTA (2012): Gender Budgeting – A Feminist Strategy to Increase Gender Equality? Achievement of Objectives and Effectiveness by Way of Example of Austria, Paper für die IAFFE Annual Conference, 27.-29.6.2012, Barcelona.

MADER, KATHARINA (2015): Gender Budgeting in der österreichischen Bundesverfassung – Fortschritt oder Falle? In: WSI-Mitteilungen 68 (1) 51-58.

MADER, KATHARINA (2017): Gender Budgeting und Wirkungsorientierung – Erfolgsrezept und Herausforderung. In: Öst. Städtebund (Hg.): Gender Budgeting – Wirkungskontrolle, 1-11.

SHARP, RHONDA (2007): Financing for gender equality and the empowerment of women. In: United Nations, Written statement for the Commission on the Status of Women, Fifty-first session, 26.2.-9.3.2007, New York.

Autorin

KATHARINA MADER ist Habilitandin am Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Feministische Ökonomie, Gender Budgeting und Care-Ökonomie.



FEMINISTISCHE ÜBERLEGUNGEN ZU NEUEN GELDPOLITIKTHEORIEN

Käthe Knittler

Die Krise erschüttert nicht nur die Wirtschaft selbst, sondern auch einige der Grundkategorien ökonomischer Theorien. Für ÖkonomInnen bestehen gegenwärtig zwei Themenbereiche, über die nochmals sehr grundsätzlich diskutiert wird: die Wachstums- bzw. Stagnationsdebatten sowie Diskussionen rund ums Geld. In Bezug auf das Geld geht es nicht nur um wirtschaftspolitische Fragen, also darum welche Geldpolitik angewendet werden soll, sondern grundsätzlicher um die Frage, was Geld überhaupt ist und wie es entsteht. Für feministische ÖkonomInnen kommt noch eine Dimension hinzu: Geld selbst und makroökonomische Aggregate, wie u.a. die Geldmenge, Zinsen oder der private oder öffentliche Schuldenstand, erscheinen nur auf den ersten Blick als geschlechtsneutral.

Geldtheorien sind politisch

Die strukturelle ökonomische Ungleichheit von Männern und Frauen führt dazu, dass Geldpolitik oder geldbezogene Phänomene auch geschlechtsspezifische Auswirkungen haben sowie dazu, dass Männer und Frauen auf Geld- und Finanzmärkten unterschiedlich positioniert sind. Die Fragen, wo und wie Geld entsteht und wer über Geldströme entscheidet, sind eng damit verknüpft, was gesellschaftlich finanziert und produziert wird, was unfinanziert produziert wird und wer davon profitiert. Ob diese Fragen überhaupt ins Blickfeld kommen, hängt davon ab, wie Geld theoretisch begriffen wird und ist immanent politisch. Eng verknüpft damit ist die Frage nach ökonomischer Entscheidungsmacht.

Die Neoklassik wurde bereits umfassend sowohl für ihre unrealistischen modelltheoretischen Annahmen als auch für ihre Geschlechterblindheit kritisiert und auch deren Geldtheorie ist für feministische Überlegungen nicht brauchbar. Hingegen wird von post-keynesianischen und marxistischen Geldtheorien die Konzeption von Geld als sozialem Verhältnis geteilt. Geld ist „auf ökonomischer Ebene eine Quelle von Profit und auf soziale Ebene eine Quelle von Macht“ (Graziani 2009, 26). Diese Perspektive ist für geschlechtsspezifische Überlegungen anschlussfähig.

Zwei neuere Geldtheorien scheinen für eine feministische Geldtheorie lohnend: die von Graziani entwickelte marxistisch-keynesianisch orientierte Kreislauftheorie des Geldes sowie die aus den USA stammende Modern Monetary Theory (MMT). Diese möchte ich hier kurz darstellen, weil sie sich dezidiert gegen die in Europa vorherrschende neoliberale Defizit-Hysterie stellen. Beim theoretischen und praktischen Verständnis der MMT werden Geld- und Fiskalpolitik verschmolzen und werden zu einem Instrument der wirtschaftlichen Stabilisierung. Steuern werden – entgegen vorherrschender Vorstellungen – nicht eingehoben, um staatliche Ausgaben finanzieren zu können, sondern umgekehrt: über staatliche Ausgaben wird Geld, das von der Zentralbank bereitgestellt wird, geschaffen und in den Wirtschaftskreislauf gespeist. Zugleich erfolgt eine Umdrehung geldpolitischer Zielsetzungen. Primäres Ziel ist nicht wie gegenwärtig bei der Europäischen Zentralbank

(EZB) die Geldwertstabilität, sondern – klassisch keynesianisch – die Vollbeschäftigung. Bei konjunkturellen Abschwüngen gilt es, über von der Zentralbank finanzierte, gesteigerte staatliche Ausgaben die Beschäftigung und damit die gesamtgesellschaftliche Nachfrage zu stabilisieren.

Pavlina Tcherneva analysiert am Beispiel Argentiniens, inwiefern die Ansätze der MMT auch für gleichstellungspolitische Maßnahmen genutzt werden könn(t)en. Eine feministische Theoretikerin, die sich sowohl auf die MMT als auch auf die Kreislauftheorie des Geldes bezieht, ist Mary Mellor. Sie macht sich grundlegende Gedanken über die Finanzierbarkeit und Gestaltung von sozialen Dienstleistungen und welche Geldsysteme es dafür braucht.

Jefes y Jefas de Hogar

Wirtschaftspolitische Umsetzung fand die Modern Monetary Theory erstmals in Argentinien im Zuge der Wirtschaftskrise 2001. In der Hochzeit des Programms erreichten die Ausgaben 1% des BIP. Es umfasste zwei Millionen TeilnehmerInnen, was in etwa 13% der Erwerbspersonen entsprach. Tcherneva hält bereits zu Beginn fest, dass das Programm nicht im Hinblick auf besondere Frauenförderungs- und Gleichstellungsaspekte konzipiert war – eher im Gegenteil. Vorrangiges Ziel war die makroökonomische Stabilisierung. Angedachte Zielgruppe war der Haushaltsvorstand, also der Mann. Dies verdeutlicht sich bereits am ursprünglichen Programmnamen „jefes de hogar“ („Haushaltsvorstand“). Allein dem Umstand, dass in der überwiegenden Mehrheit

der Haushalte (3/4), die am Programm teilnahmen, die Wahl auf die Frau fiel, ist es geschuldet, dass die Umbenennung auf „jefes y jefas de hogar“ erfolgte. Bezahlt wurden für die neu geschaffenen Arbeitsstellen Mindestlöhne. Im Gegensatz zu „klassischen“ Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen handelt es sich bei den Projekten um Beschäftigungsprogramme von unten. Die finanziellen Mittel kommen vom Staat, die Projektentwicklung und Umsetzung erfolgt hingegen auf lokaler Ebene. Darin lag auch das emanzipative Potential: Es entstand eine Vielzahl unterschiedlicher, emanzipatorischer und im Reproduktionsbereich verankerter Projekte, u.a. Gemeinschaftsküchen, Kinder- und Altenbetreuung sowie Mechanikerinnenworkshops. Manche der Projekte waren so erfolgreich und beliebt, dass massive Proteste folgten, als sie wieder eingestellt wurden. Entsprechend dem vorrangigen Ziel, als automatischer Stabilisator in Zeiten der Krise zu dienen, werden die Programme infolge wirtschaftlichen Aufschwungs wieder zurückgefahren. Folglich verschwinden dann auch all jene Projekte, die der sozialen Reproduktion gedient und Aufgaben übernommen haben, die „normalerweise“ unbezahlt sind oder gar nicht passieren. Daher ergibt sich aus feministischer Perspektive ein konzeptioneller Nachteil: Care- und Reproduktionstätigkeiten werden nur antizyklisch bezahlt, bei konjunktureller Besserung sollen sie wieder wie zuvor gratis verrichtet werden. Für den gesamten Tätigkeitsbereich der gesellschaftlichen Reproduktion bedarf es nachhaltigerer Lösungen.

Social Provisioning und Modern Money

Mary Mellor zählt zu jenen Theoretikerinnen, die sich gegenwärtig am umfassendsten mit dem Fragenkomplex Geld, Wirtschaft und „social provisioning“ befassen. Für „social provisioning“ besteht keine eindeutige deutsche Übersetzung; der Begriff umfasst jedenfalls soziale Dienstleistungen und andere Aspekte der gesellschaftlichen Reproduktion. Hierfür bezieht sie sich auf unterschiedliche geldtheoretische Ansätze, u.a. auch auf die MMT.

Konsequent geht sie der Frage nach, wie diese Bereiche gesellschaftlich organisiert und vor allem finanziert werden können. Bezüglich des Geldsystems stellt sie auch die Frage nach einer möglichen Demokratisierung ins Zentrum. Ihre Kritik konzentriert sich – neben einer sehr grundsätzlichen Kritik am Neoliberalismus und an der Mainstreamökonomie – sehr stark auf jenen Geldkreislauf, der auf von Banken geschaffenen Kreditgeld beruht. Als Konsequenz fordert sie eine Demokratisierung des Geldes. Neu geschaffenes Geld, also der Prozess der Geldschöpfung, sollte gesellschaftlichen Interessen dienen – allen voran auch der Finanzierung von Care-Dienstleistungen – und nicht dem Bankensektor mit privaten Profitinteressen überlassen werden.

Als Reformvorschlag setzt sie auf die Schaffung von „public money“, das von der Zentralbank ohne zugrundeliegendes Schuldverhältnis geschaffen werden kann. Trotz der Notwendigkeit einer Geldreform weist sie zugleich auf deren Beschränktheit hin. Geld und

Geldpolitik zu demokratisieren ist, ihrer Meinung nach, dringend notwendig, aber kein Wundermittel, denn an den bestehenden kapitalistischen Eigentums- und Machtstrukturen würde sich dadurch noch nichts ändern. Geldreformen sind für sie ein zentrales Element in einer Reihe von Maßnahmen, die zu einer sozial gerechten und nachhaltigen Gesellschaft beitragen können.

Fragen der Geldtheorie und -politik sowie Möglichkeiten zur Finanzierung von Care- und (Re-)Produktionsarbeiten sind aus feministischer Perspektive zentral. Fertige Konzepte gibt es noch nicht, aber reichhaltige Ansatzpunkte für weiterführende Debatten.

Anmerkung

BEIGEWUM (2002): Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive, Wien

Literatur

GRAZIANI, AUGUSTO (2009): The Monetary Theory of Production, Cambridge.

MELLOR, MARY (2016): Debt or Democracy. Public Money for Sustainability and Social Justice, London, New York.

TCHERNEVA, PAVLINA R. (2012): Beyond Full Employment: The Employer of Last Resort as an Institution for Change, New York.

Autorin

KÄTHE KNITTLER ist feministische Ökonomin, Autorin und Aktivistin. Lebt und arbeitet u.a. als Lehrbeauftragte in Wien und ist gemeinsam mit Bettina Haidinger Autorin von „Feministische Ökonomie – Intro“, erschienen 2014 im Mandelbaumverlag/Wien.

GEGEN KLEINFAMILIEN, KOKOSNUSSÖKONOMIE UND KAPITALISMUS – EINE FEMINISTISCHE, QUEERE UND ANTIKOLONIALE KRITIK

Karin Schönflug



Die feministische Ökonomie beschäftigt sich mit zwei großen Themen: auf der einen Seite den (vergeschlechtlichen), unsere Existenz bedrohenden Auswirkungen einer neoliberalen globalen Wirtschaftsordnung auf Ebene staatlicher und transnationaler Wirtschaftspolitik und auf der anderen Seite der Organisation der Reproduktion in privaten Haushalten. Diese beiden Themen sind natürlich keine getrennten Bereiche, sondern gänzlich miteinander verschmolzen, was schon in der theoretischen Etablierung beider Bereiche in der Mainstreamökonomie deutlich wird: So gelten die Ökonomen der „Chicagoer Schule“ (allen voran Friedrich von Hayek und Milton Friedman) nicht nur als Gründungsväter der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin in den 1970er und 80er Jahren, sondern auch (und hier insbesondere der Nobelpreisträger Gary Be-

cker) als Begründer der „New Home Economics“, die die ökonomischen Interaktionen innerhalb der Familie erklären will.

Modellhaushalte

Feministische Ökonominen übten heftige Kritik an den Theorien der „Chicago Boys“ über die Arbeitsteilung in der Familie (*Treatise of the Family*, Becker 1981). Becker erklärt mithilfe mathematischer Modelle, wie auf Grund „natürlicher Bestimmung“ und rationaler Überlegungen jeweils ein Mann und eine Frau einen Haushalt gründen, der wie eine kleine Fabrik agiert und eigene Kinder aufzieht (Becker 1973). Sein Modell zeigt außerdem, dass Frauen aufgrund ihrer Natur und auch aus gesellschaftlichen Gründen besser geeignet seien, daheim zu bleiben und Kinder aufzuziehen. (Vermeintlich) Rational agierend, verzichten sie

dabei auf Investitionen in ihre Bildung, was einerseits auch niedrige Frauenlöhne am Markt erklärt und andererseits wiederum die rationale Entscheidung bekräftigt, dass Männer „besser“ die Erwerbsarbeit leisten, da ihre Löhne (aufgrund des Gender Pay Gaps) höher sind. Die Angriffspunkte feministischer Ökonominen sind in Folge die Legitimierung geschlechtsbedingter Lohnunterschiede, die Naturalisierung der Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit und Entscheidungsmacht, sowie die Abhängigkeitsstrukturen in diesen heteronormativ gesetzten Haushalten. Spannend ist, dass es dieses Haushaltsmodell auch in einer Kolonialversion gibt, die ebenfalls von feministischen Ökonominen nachhaltig kritisiert wird, sich aber immer noch in jedem Ökonomielehrbuch findet: Der berühmteste Modellhaushalt in der Mikroökonomie

ist merkwürdigerweise jener von Robinson Crusoe und Freitag aus dem Roman Daniel Defoes von 1719. Der langweilige Alltagshaushalt verwandelt sich hier in eine koloniale Abenteuerphantasie von zwei Männern, die jahrelang zu zweit auf einer einsamen Insel leben und sich in ihrem Haushalt arbeitsteilig spezialisieren (Freitag kann besser Kokosnüsse sammeln, Robinson wiederum ist ein besserer Fischer – und wenn sie kooperieren, haben beide ein Maximum an Nahrung). Robinson ist ein schiffbrüchiger Plantagenbesitzer und Sklavenhalter und Freitag ein dankbarer Kannibale, der von ihm vor dem Tode gerettet wird. So ist das bekannteste Paar der Neoklassik mit einem Herrn und einem Sklaven ausgestattet. Doch im Zuge der Modellbeschreibung werden, genauso wenig wie in Beckers New Home Economics, die Machtbeziehungen innerhalb dieses Haushalts thematisiert (Grapard 1995: 48). Somit beeindruckt die Robinson-Metapher nicht, wie intendiert, durch die gewitzte Erklärung von komparativen Kostenvorteilen in der Arbeitsorganisation, sondern durch die Auslassung von (Macht-)Beziehungen und Ausbeutungsverhältnissen durch die Konstruktion des „Anderen“ in einem kolonialen Setting.

Relevant für die feministische Kritik ist aber nicht nur das gegenwärtige Fortbestehen solcher ökonomischen Denkmotive, sondern auch der geschichtliche Hintergrund der Hervorbringung dieser arbeitsteiligen Zwei-Personen-Haushalte, deren Mitglieder mit unterschiedlichen Machtpositionen ausgestattet sind. Die Neustrukturierung der Reproduktion in der heteronormativen Kern-



familie erfolgte im 18. Jahrhundert am Übergang zur Bürgerlichen Gesellschaft (u.a. Degele 2008): „Die Verwandlung der Frauen in eine heimliche Dienstklasse war eine ökonomische und ideologische Leistung ersten Ranges. Diener für niedere Arbeiten konnte sich nur eine Minderheit der vorindustriellen Gesellschaft leisten. Im Zuge der Demokratisierung steht heute fast dem gesamten männlichen Bevölkerungsteil eine Ehefrau als Dienerin zur Verfügung“. (Galbraith 1974: 51)

Feministische Kritik setzt genau an diesem Punkt an: Ihr geht es also nicht bloß um Geschlechterrollen, sondern um die globale Verteilung von Macht und Reichtum bzw. Land, Produktionsmitteln und Einkünften. Die Hausfrauisierung ist nur ein Aspekt dieses Herrschaftsmechanismus. Gleichzeitig werden Heteronormativität und Geschlechterdichotomie etabliert, ebenso wie die Ausbeutung der Arbeiterklasse und das Ausbluten der rassifizierten Kolonialbevölkerung.

Ebenen von Ausbeutung

Die Herrschaftsstrategie funktioniert auf allen (intersektional verwobenen) Ebenen ähnlich: Etablierung der herrschenden Gruppe und Befriedung der unterdrückten, ausgebeuteten Bevölkerung mittels „Teile und Herrsche“. Bspw. dürfen nicht mehr nur die Männer gehobener Klassen, sondern alle (weißen) Männer heiraten und erhalten so Macht über eine eigene Hausfrau und Gattin; einfache weiße Arbeitende und auch weiße Sträflinge in den Kolonien werden gegenüber der indigenen, nicht-weißen Bevölkerung privilegiert; und Menschen mit Staatsbürgerschaft erhalten Clubrechte wie Sozialleistungen und Aufenthalt in ihrer Nation.

Der Vertragstheoretiker John Locke hatte im 17. Jahrhundert die Idee der Entstehung von Eigentum und Arbeitsteilung begründet. Er leitete her, dass nur rationale Individuen im Vollbesitz ihres Selbst Eigentum begründen kön-

nen, was letztlich eine zentrale theoretische Grundlage für den Ausschluss von Leibeigenen, Sklaven, aber auch „nicht-rationaler“, „naturnaher“ Menschen wie Frauen oder der indigenen Bevölkerung der „neuen Kontinente“ vom Eigentum (insbesondere auch Landbesitz) wurde (Schönpflug und Klapeer 2017).

Solcherart lieferten Locke u.a. politische Philosophen der Neuzeit zentrale theoretische Bausteine, die für die Entwicklung und Etablierung des Kapitalismus zentral waren: Unterjochung, Ermordung und Zu-Tode-Schinden der indigenen Bevölkerung in den Amerikas, Versklavung und Verschleppung insbesondere aus der Afrikanischen Bevölkerung, Verschiffung von Schuldknechten und Strafgefangenen von Europa nach Amerika, sowie staatliche Verfolgung und Bestrafung nicht-sesshafter, familienloser oder in Sippen lebender Menschen, um industrielle Lebensrhythmen und Zwänge zu forcieren (Federici 2012). Aber auch die Verfolgung, Bestrafung und Ermordung von Menschen jenseits der Normen von Heterosexualität und binären Geschlechtern, oder in den Worten Leslie Feinbergs: „Die institutionalisierte Bigotterie und Unterdrückung [von „Gender-Outlaws“ und der Transgender-Gemeinschaft] heute haben nicht immer schon existiert. Teile und Herrsche-Taktiken haben es Sklavenbesitzern, feudalen Landherren und den herrschenden unternehmerischen Klassen gestattet, den Löwenanteil des Reichtums einzubehalten, der von der Arbeiterklasse geschaffen wurde.“ (Feinberg 1992: 6)

Konkurrenzverhältnisse

Knappe Ressourcen aufgrund von Bereicherung und ungleicher Verteilung sind somit Ausgangsbasis für Wettbewerbsprozesse innerhalb der verlierenden Klassen. Will die bürgerliche Hausfrau sich in einer Karriere verwirklichen, muss ein Kindermädchen, eine Haushaltshilfe oder eine Putzperson ihre Haus- und Familienarbeit übernehmen; oftmals sind diese Frauen* Migrant*innen aus Ländern oder Schichten mit niedrigeren Einkommen, und/oder entlang rassialisierter Unterschiede organisiert, was die feministische Ökonomie mit dem Begriff „Global Care Chains“ umschreibt (Ehrenreich und Hochschild 2004; Yeates 2009; Barker 2012; Manalansan 2000). Arbeiter*innen in Europa organisieren sich in Gewerkschaften, die bspw. in den Billigarbeitskräften Asiens Konkurrenz statt Verbündete im Kampf gegen globalen Kapitalismus sehen. In den „Westlichen Ländern“ erkämpfen sich Lesben und Schwule in den letzten Jahren vermehrt Rechte zur Gleichstellung in der Ehe und in eingetragenen Paarkonstellationen, die Lebensweisen abseits vom Zweierhaushaltskonzept in der LGBTIQ-Community marginalisieren.

Das Aufzeigen dieser, auf Basis von „sex, race, class“ organisierten Prozesse der kapitalistischen Ausbeutung der letzten 500 Jahre in der Organisation von Arbeit, Unterdrückung und Herrschaft durch feministische, queere und post-/antikoloniale Kritik verstehe ich somit als einen wichtigen Schritt in der solidarischen Widerständigkeit gegen die gegenwärtige Wirt-

schafts- und Weltordnung und die vorherrschenden Praxen des Hyperkapitalismus wie (Neo-)Kolonialismus, Land Grabbing, Rohstoffkriege und Umweltzerstörung.

Anmerkung

Die Literaturangaben sind bei der Autorin erhältlich: schoenpf@ihs.ac.at

Autorin

KARIN SCHÖNPFLUG ist Ökonomin am IHS Wien und Lehrende am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien, sowie am Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien der Universität Klagenfurt. Ihre Schwerpunkte sind theoretische Aspekte in der feministischen Ökonomie und die sozioökonomische Situation von LGBTIs. Sie ist langjährige Aktivistin der Lesbenberatung in der Rosa Lila Villa.



„DARAN GLAUBEN MÜSSEN“ – VOM DIENST AM GELD

Christina von Braun

Der Finanzkapitalismus kennt zwei Arten von Dienstleistungen: Agenten, die dem Vermehrungstrieb des Geldes dienen; und die anderen, die das Geld zu beglaubigen haben – mit ihrem Leib. Da im Finanzkapitalismus materielle Werte wie Waren und Dienstleistungen nur einem Bruchteil des zirkulierenden Kapitals entsprechen und auch der Souverän als Garant des Geldes versagt, wächst der Bedarf an Körpern, die zur Beglaubigung des Geldes benötigt werden (vgl. von Braun 2012).

Logik des Geldes

Über Jahre gab es eine direkte Korrelation zwischen dem Aktienwert eines international operierenden Unternehmens und der Entlassung von Mitarbeitern. Die Tatsache, dass die Aktien eines Unternehmens steigen, sobald es ihm gelingt, die Zahl der Arbeitnehmer zu reduzieren, wird zumeist mit der wirtschaftlichen Logik der Rationalisierung erklärt. Könnte es nicht auch der Logik des Geldes entsprechen? Damit alle ans Geld glauben können, müssen einige dran glauben.

In den USA verdient heute ein Vorstandschef etwa das Vierhundertfache des normalen Arbeitnehmers, oft mehr. Vor einigen Jahrzehnten lag das Niveau beim Vierzigfachen, was ja auch nicht schlecht war. Ende des 19. Jahrhunderts hatte der Gründer einer Bank noch festgehalten, dass der Bestbezahlte einer Firma nicht mehr als das Zwanzigfache des Geringstverdienenden erhalten darf. Da hing das Geld noch am Tropf des Goldstandards. Inzwischen wird es nur noch durch den realen oder sozialen Tod von Menschen beglaubigt.

Mit ökonomischer Rationalität ist der Unterschied zwischen Arm und Reich nicht zu erklären. In dem Buch *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind* (von Richard Wilkinson, Kate Pickett, 2009) wird nachgewiesen, dass soziale Ungleichheit für die Wirtschaft unrentabel ist, da sie Kosten für Erkrankungen, Schulversagen, niedrige Lebenserwartung und Kriminalität verursacht. Ungerechtigkeit, so die Autoren, schadet der Gesellschaft insgesamt. Denn die Schere zwischen Reich und Arm sei volkswirtschaftlich unsinnig: nicht nur wegen der durch die Ungleichheit bewirkten hohen Bewachungs- und Krankheitskosten, sondern auch wegen der Produktivität, die in den Ländern mit geringeren Einkommensunterschieden höher ist als in denen mit großen Einkommensunterschieden.

Eines übersieht diese ökonomisch zweifellos richtige Argumentation allerdings: Die, die mit dem Geld handeln, haben vor allem Angst davor, dass ihnen jene, die das Geld – mit ihrem Körper – beglaubigen, ‚ausgehen‘ könnten. Sie verweigern Sozialprogramme und Bildungsausgaben, weil jedes von ihnen den ‚Vorrat‘ an ‚Beglaubigern‘ reduzieren könnte. Dafür sind sie sogar bereit, auf eine ökonomische Rationalität zu verzichten, die ihnen selbst zugutekäme.

Rohstoff Mensch

Karl Marx dachte nicht in Kategorien des sakralen Opfers. Seine Unternehmer brauchten eher die lebendigen Körper der ‚Geldlosen‘: als Arbeitskraft zur Akkumulation des Kapitals. Im Finanzkapitalismus ist das anders. Der, der über Geld verfügt, bedarf des ‚Geldlosen‘, da-

mit das Kapital nicht seinen Wert verliert. In dieser Konstruktion liegt der entscheidende Unterschied zum Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts. Bei Karl Marx war die Wertsteigerung des Kapitals der Arbeit von vielen geschuldet, die am Gewinn nicht beteiligt wurden. Im Finanzkapitalismus geht es nicht um die *Ausbeutung* der Arbeiterschaft, sondern um die *Aussonderung* von Menschen, die zu dem ‚Rohstoff‘ gemacht werden, der das Kapital beglaubigen soll. Für Keynes war die Verhinderung der Arbeitslosigkeit noch ein zentrales Anliegen. Der Finanzkapitalismus dagegen braucht diese Form der Verwertung von Menschen.

Erinnert man sich daran, dass das Geld in der Antike seine Beglaubigung fand, weil es durch den Opfervorgang theologisch legitimiert wurde, so erkennt man, dass auch das moderne Geld nach einer theologischen Beglaubigungsstrategie verlangt, die im Opfer des menschlichen Körpers, seinem Leiden und seiner Passionsgeschichte verankert ist. Die auf die Finanzkrise von 2008 folgende Arbeitslosigkeit (sechs Millionen Arbeitslose allein in den USA) wurde als die Konsequenz des deregulierten Marktes gesehen. Müsste man sie nicht vielmehr als eine dem Finanzkapitalismus inhärente Notwendigkeit interpretieren? Sind nicht Inflationen, wiederholte Depressionen und Arbeitslosigkeitskrisen ein unerlässlicher Bestandteil des modernen Geldes? Auch die Antike kannte Schuldscheine und Kredite. Aber diese mussten in irgendeiner Weise an materielle Werte gebunden sein. Die moderne Emission von Geld hat sich von solchen Garantien frei gemacht. Denn sie kann selbst



die ‚Wirklichkeit‘ erschaffen. Aber diese Potenz des Geldes hat auch ihren Preis. Im Zusammenhang mit der Eurokrise war und ist viel von der Staatsverschuldung die Rede. Dabei wird gerne vergessen, dass nach der Finanzkrise von 2008 die Regierungen gezwungen wurden, tiefe Einschnitte in die Sozialsysteme vorzunehmen, um die Banken zu retten und ‚den Markt‘ zu besänftigen. Deutlicher lässt es sich kaum ausdrücken, dass der Markt das Geld durch menschliche Körper beglaubigt sehen will. Immer häufiger kommt es vor, dass ein ‚Agent‘ des Geldes ins Lager der ‚Beglaubigter‘ wechseln muss. Das Geld impliziert soziale Mobilität – nicht nur von unten nach oben, sondern auch umgekehrt. Das galt schon für die Antike, wo es – noch unterhalb der Klasse der Sklaven – die total Verworfenen und Randständigen, die *abjectissimi* gab: Bettler,

Witwen, Waisen, Kranke und Alte. Sie waren die ‚sozial Toten‘. In seinem Buch *Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne* hat Zygmunt Bauman gezeigt, dass sich heute ähnliche Prozesse der Verwerfung vollziehen. Und dabei passiert es auch sehr schnell, dass ein Mensch die Seite wechselt und vom Agenten zum Beglaubiger des Geldes wird.

Angst vor sozialem Tod

Nach der Lehman-Pleite von 2008 wuchs bei vielen die Angst, auf die Seite der Verlierer zu geraten. Genau dies belegte eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von Juni 2010, laut der im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sowohl die Gruppe der Reichen als auch die der Armen wuchs – ein Phänomen, das sich auch in anderen Industrieländern und auf glo-

baler Ebene im Verhältnis von reichen und armen Ländern beobachten lässt. „Die Polarisierung der Einkommen kann die soziale Kohäsion gefährden, da die stabilisierende Wirkung einer breiten Mittelschicht nachlässt“ – mit der Folge einer „Statuspanik“, das heißt, der Tendenz, „eine andere Bevölkerungsgruppe für diesen Status-Verlust verantwortlich zu machen und so zur Ausbreitung von diskriminierenden Einstellungen (wie Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass) beizutragen“ (Goebel et al 2010). Diese Warnung des Wirtschaftsrats erzählt nicht nur von der Furcht vor Verlust von Sozialstatus, sondern auch vom Horror, auf die andere Seite des sakralen Opferkults zu geraten. Das Geld, das einerseits dazu beitrug, Menschen aus der Leibeigenschaft zu befreien, hat andererseits auch eine Barriere errichtet, die der zwischen

sozialem Tod und Leben entspricht. Die ‚Beglaubigungsstrategie‘ des Geldes durch das Opfer wird an dem Ereignis evident, das als der tiefste historische Einschnitt des 20. Jahrhunderts, wenn nicht überhaupt als *der* Zivilisationsbruch der Geschichte betrachtet wird: der Genozid an den Juden Europas. In *Masse und Macht* hat Canetti am Beispiel der großen Inflation der 1920er Jahre eindringlich beschrieben, wie tief die Gefühle des Einzelnen vom Geld geprägt waren. „Nicht nur gerät durch die Inflation alles äußerlich ins Schwanken, nichts ist sicher, nichts bleibt eine Stunde am selben Fleck – durch die Inflation wird er selber, der Mann, *geringer*. Er selbst oder was er immer war, ist nichts, die Million, die er sich immer gewünscht hat, ist nichts. Jeder hat sie. Aber jeder ist nichts.“ Diese Erfahrung der Entwertung durch die Inflation wurde an den Juden weitergegeben. „Keine

plötzliche Entwertung der Person wird je vergessen, sie ist zu schmerzlich. [...] es sei denn, man kann sie auf einen anderen werfen. [...] Was man braucht, ist ein dynamischer Vorgang der *Emiedrigung*: Es muß etwas so behandelt werden, daß es weniger und weniger gilt, wie die Geldeinheit während der Inflation, und dieser Prozeß muß sich fortsetzen, bis das Objekt in einem Zustand kompletter Wertlosigkeit angelangt ist.“ Durch die traditionelle Gleichsetzung von ‚Jude‘ und Geld waren die Juden für diese Rolle prädestiniert, und in ihrer Behandlung hat der Nationalsozialismus „den Prozeß der Inflation auf das genaueste wiederholt“: Sie wurden entwertet und schließlich zu ‚Ungeziefer‘ gemacht, „das man ungestraft in Millionen vernichten durfte“ (Canetti 1980, 205 ff.). Natürlich unterstelle ich nicht, dass der Verlust der Glaubwürdigkeit des Geldes die einzige Ursache für die massen-

hafte Bereitschaft war, Menschenleben zu vernichten. Aber Canettis Beschreibung macht deutlich, wie eng das Selbstwertgefühl mit dem Geld zusammenhängt und welche Gewalt die Angst auslöst, nicht mehr das Geld zu *haben*, sondern beglaubigen zu müssen.

Literatur

CHRISTINA VON BRAUN, *Der Preis des Geldes. Eine Kulturgeschichte*, Berlin 2012

ELIAS CANETTI, *Masse und Macht* (1960), Frankfurt/M. 1980

JAN GOEBEL/MARTIN GORNIG/HARTMUT HÄUßERMANN, *Die Polarisierung der Einkommen. Die Mittelschicht verliert*, in: *Wochenbericht des DIW*, Berlin Nr. 24, 2010

Autorin

CHRISTINA VON BRAUN ist Kulturtheoretikerin, Autorin und Filmemacherin. Professorin i.R. für Kulturwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 2012 Gründungsleiterin und jetzt Ko-Direktorin des ‚Zentrums Jüdische Studien Berlin-Brandenburg‘. Homepage: <http://www.christinavonbraun.de>



WARENFETISCHISMUS HEUTE

Barbara Eder

Wer im November 1989 noch geglaubt haben mag, mit dem Ende der DDR auch einem ihrer wichtigsten Ideengeber ein Grab schaufeln zu müssen, durfte spätestens im Jahr 2008 jenes blaue Wunder erleben, das Karl Marx zu prognostizieren gewusst hätte. Dass man, angesichts des Zusammenbruchs des internationalen Finanzsektors, mit Blick auf die krisenhaften Konjunkturzyklen des globalen Kapitalismus und die sich derzeit wiederholende „ursprüngliche Akkumulation“ (vgl. Marx [1867] 2000a, 659) von Arbeitskräften zwecks Bewirtschaftung europäischer Billiglohnsektoren, den Namen Marx nicht – oder nicht oft genug – herbeizitiert hat, mag angesichts der allzu ernsten Lage frivol erscheinen. *Theoría* – und dies gilt freilich auch für die marxistische Theorie – sollte nämlich, ganz im Sinne des etymologischen Ursprungs dieses Wortes – Augen öffnen, indem sie Verhältnisse ins rechte Licht rückt. Dieses Unternehmen verfolgen Marxist_innen unterschiedlicher Provenienz bis heute und sie tun es inmitten einer Gesellschaft, in der kaum noch jemand gut sehen kann. Es ist gerade der von Adorno und Horkheimer später als „Verblendungszusammenhang“ bezeichnete Schleier über den Verhältnissen, den Karl Marx im Rahmen seiner ökonomischen Analysen zu lüften versucht hat. Aus diesem Grund greift er im Warenfetischismus-Kapitel aus *Das Kapital* auch auf zahlreiche optische Metaphern zurück. Marx spricht davon, dass sich unter der Bedingung eines hoch entwickelten Güterverkehrs das Bild der Ware in verkehrter Form der Netzhaut aufpräge; davon, dass Physisches – der Sehnerv

– und Empirisches – die Realität der Dinge – einander nicht länger entsprechen; und davon, dass jene dinglichen und verdinglichenden Beziehungen, die der Produktion einer Ware zugrunde liegen, in keinem Verhältnis mehr zu ihrem Arbeitswert stünden (vgl. Marx [1867] 2000, 84). Im übertragenen Sinne heißt dies: Die visuell pikante Ware – als das Ding außerhalb des menschlichen Auges – deutet nicht einmal mehr auf eine wie auch immer geartete Realität dahinter hin. Stattdessen müssten wir, so Marx, „in die Nebelregion der religiösen Welt“ (ebd., 85) flüchten, um eine adäquate Metapher für das (Nicht-)Verhältnis zwischen dem naturalen Gebrauchswert der sinnlichen Dinge und ihrer Transsubstantiierung zum sinnlich-übersinnlichen Glanz einer Ware zu finden. Die Frage, ob Erkenntnis unter diesen Voraussetzungen überhaupt noch möglich ist, wäre somit mit einem klaren „Nein“ zu beantworten. Dennoch macht ein Exkurs an dieser Stelle Sinn. Marx selbst hat ihn im Jahre 1857 mit dem Verfassen des Kapitels „Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis“ erstmals unternommen.

Ware, Warenfetisch und Gebrauchswert

Im Kapitel „Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis“ geht es – dies wurde bereits angesprochen – dem Anschein nach nicht ganz mit rechten Dingen zu. Marx scheint darin Kräfte zu beschwören, die seiner aufgeklärt-rationalen Vorgehensweise diametral entgegengesetzt sind. Um den Kopf auf die Füße zu stellen, braucht es den scheinbaren Rückfall in die Metaphysik – und

in diesem Moment beginnt selbst ein Kopf, der die Verhältnisse so kühl sehen kann wie der von Karl Marx, Grillen zu gebären. An der dazugehörigen Stelle heißt es: „Eine Ware scheint auf den ersten Blick ein selbstverständliches, alltägliches Ding. Ihre Analyse ergibt, daß sie ein sehr vertracktes Ding ist, voll metaphysischer Spitzfindigkeit und theologischer Mucken. Soweit sie Gebrauchswert, ist nichts Mysteriöses an ihr, ob ich sie nun unter dem Gesichtspunkt betrachte, daß sie durch ihre Eigenschaften menschliche Bedürfnisse befriedigt oder diese Eigenschaften erst als Produkt menschlicher Arbeit erhält. Es ist sinnenklar, daß der Mensch durch seine Tätigkeit die Formen der Naturstoffe in einer ihm nützlichen Weise verändert. Die Form des Holzes z.B. wird verändert, wenn man aus ihm einen Tisch macht. Nichtsdestoweniger bleibt der Tisch Holz, ein ordinäres sinnliches Ding. Aber sobald er als Ware auftritt, verwandelt er sich in ein sinnlich übersinnliches Ding. Er steht nicht nur mit seinen Füßen auf dem Boden, sondern er stellt sich allen andren Waren gegenüber auf den Kopf und entwickelt aus seinem Holzkopf Grillen, viel wunderlicher, als wenn er aus freien Stücken zu tanzen begänne.“ (Marx [1867] 2000, 83) Im Zitat werden drei unterschiedliche, für die Hervorbringung von Waren wesentliche Größen angesprochen, die infolge ihrer Pervertierung unter kapitalistischen Verhältnissen zu der von Marx konstatierten Grillengeburt – d.h. der Hervorbringung des Warenfetischs – führen mussten. Dies sind der Gebrauchswert eines Dings, sein Tauschwert und die Wertgröße.

Während des Produktionsprozesses findet eine Transformation von Natur zu Kultur statt, d.h., qua Einwirkung von Arbeit wird ein sinnlich gegebener Rohstoff verändert. Die Wertgröße kann dabei als das Maß für die Ver- ausgabung menschlicher Arbeitskraft über eine bestimmte Zeitdauer hinweg definiert werden. In jenem Moment, in dem die Verfertigung der Ware be- ginnt, setzt somit auch der Prozess der Verdinglichung von Arbeit ein. Arbeit als produktives Verhältnis und gesell- schaftlicher Sinnzusammenhang geht damit verloren. Stattdessen machen – um hier beim einfachen Beispiel eines Tisches zu bleiben – fabelhafte Kräfte – gemeint sind hier die Marktkräfte – ein ordinäres Stück Holz zu einem my- thisch aufgeladenem Tischlein-Deck- Dich. Damit liefert Marx die Definition für das, was unter dem Begriff des Fe- tischismus in die Geschichte der poli- tischen Ökonomie eingegangen ist. An der dazugehörigen Stelle schreibt er: „Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Cha- raktere ihrer eignen Arbeit als gegen- ständliche Charaktere der Arbeitspro- dukte selbst, als gesellschaftliche Na- tureigenschaften dieser Dinge zurück- spiegelt, daher auch das gesellschaft- liche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen exi- stierendes gesellschaftliches Verhält- nis von Gegenständen. Durch dies Quid pro quo werden die Arbeitsprodukte Waren, sinnlich übersinnliche oder ge- sellschaftliche Dinge. [...] Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeits- produkten anklebt, sobald sie als Wa-

ren produziert werden, und der daher von der Warenproduktion unzertrenn- lich ist.“ (Marx [1867] 2000, 84)

Der mythische Charakter der Ware und ihre feministische Rezeption

Marx stellt bereits zu Beginn seiner Ausführungen fest, dass der mythische Charakter der Ware keineswegs auf ih- ren Gebrauchswert zurückzuführen sei; später merkt er an, dass dieser ebenso wenig aus externen Wertbestimmungen resultieren kann. Worin also gründet sich das Rätselhafte der Ware und da- mit auch ihr Fetisch-Potenzial?

Marx zufolge erscheint der Warenfe- tisch in jenem Moment auf der Büh- ne der Weltgeschichte, in dem sämt- liche Wertsphären miteinander kollidie- ren. Tausch- und Gebrauchswert drif- ten ebenso auseinander wie das Geld nicht länger als Äquivalent für das, was gegen es gegeben wird, fungiert. Ursprünglich war letzteres nicht mehr als ein Vergleichsmaßstab im Moment eines Vertragsabschlusses; im Kapita- lismus wird das Geld jedoch zu einem unzulänglichen Äquivalent. Aus der Pseudo-Äquivalenz von Geld und Ware resultieren auch die zahlreichen Produk- tions- und Handelskrisen innerhalb der Geschichte des Kapitalismus – darunter nicht zuletzt auch die Finanzkrise des Jahres 2008.

Mit dem Wachsen der Stelzen, durch die Marxens Tisch sich fortbewegt ha- ben soll, könnte eine andere Geschich- te beginnen. Es wäre die Geschich- te des Widerstands gegen ein Regime des ungleichen Tausches, das seit je- her durch eine fundamentale Asymme-

trie – nämlich den Klassenwiderspruch – bestimmt ist: Arbeiter_innen müssen ihre Arbeitskraft verkaufen und kaufen, um zu leben, Vermögende hingegen kön- nen die Arbeit anderer Leute kaufen und sich damit dem Prozess der Verdingli- chung ihrer Arbeitskraft entziehen. Für eine andere Form des Entzugs hat die französische Poststrukturalistin Luce Irigaray im Jahr 1979 plädiert. In *Das Geschlecht, das nicht eins ist* entkommt auch sie der allorts vorgenommenen Gleichsetzung von „Frau“ und „Ware“ nicht; gegen Ende ihres Buches kehrt sie den Spieß jedoch zugunsten einer Geschichte des „anderer‘ Handels“ um: „Wenn nun die ‚Waren‘ sich weigerten, auf den ‚Markt‘ zu gehen? Wenn sie un- tereinander einen ‚anderer‘ Handel un- terhielten?“ (Irigaray 1979: 203)

Literatur

MARX, KARL ([1867] 2000): „Der Fetischcha- rakter der Ware und sein Geheimnis“. In: Ders.: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Köln: Parkland Verlag.

MARX, KARL ([1867] 2000a): „Die sogen. ur- sprüngliche Akkumulation“. In: Ders.: *Das Ka- pital. Kritik der politischen Ökonomie*, Köln: Parkland Verlag.

IRIGARAY, LUCE (1979): *Das Geschlecht, das nicht eins ist*. Übersetzt von Eva Meyer und Heidi Paris, Berlin: Merve 1979.

Autorin

BARBARA EDER ist freie Autorin und Journa- listin. Sie studierte Sozial- und Wirtschafts- wissenschaften, Philosophie und Femini- stische Wissenschaften in Wien, Berlin und Frankfurt/Main. 2014 wurde sie mit einer Ar- beit zu *Migrationsdarstellungen in Graphic No- vels* an der Universität Wien promoviert.

VOM KLASSEN- ZUM REGIONALBEWUSSTEN SOLIDARISCHEN KONSUM

Andrea Ellmeier

Einkaufengehen – Waren aus dem kapitalistischen Marktangebot auswählen – gilt in der klassischen wie auch marxischen Ökonomie nicht als Arbeit, sondern zählt zu den vielen Tätigkeiten im Privaten, die zwar permanent, aber unentgeltlich verrichtet werden (müssen) und daher nicht als politisch gewertet werden. In diesem Beitrag soll an eine Organisation(sform) des solidarischen Einkaufs erinnert werden, die österreichischen Konsumgenossenschaften.

Im Zeichen der Selbsthilfe: Gründung von Konsumgenossenschaften

Vor rund 150 Jahren waren Arbeiterinnen und Arbeiter in ruralen Gebieten dem einzigen Geschäft/Greißler vor Ort bzw. dem Betriebsgeschäft/-greißler ausgeliefert. Engagierte ArbeiterInnen wünschten sich eine Alternative zu diesem kleinkapitalistisch organisierten Handel, die sie auch fanden: Die Rochdaler Pioniere (England) gründeten 1844 die erste Konsumgenossenschaft der Welt, bald folgten Konsumgenossenschaften am Kontinent. Im niederösterreichischen Teesdorf wurde im Jahr 1856 der erste österreichische Konsumverein eröffnet. Durch die Einzahlung eines Genossenschaftsanteils bildeten die ArbeiterInnenhaushalte selbst die Geschäftsgrundlage der Konsumgenossenschaft, schufen so ihr „eigenes Geschäft“, in dem der Einkauf bis nach 1945 nur Mitgliedern erlaubt war. Die Konsumvereinsgebäude wurden teilweise – vor allem am Land – durch unentgeltliche Mitarbeit von Mitgliedern baulich errichtet, wodurch die ArbeiterInnenbewegung bewies, dass sie sich

zu helfen wusste und nicht auf die kapitalistische Handelsorganisationsform des „Klassenfeindes“ – wie es bis in die 1930er Jahre hieß – angewiesen war.¹ Die Zielgruppe war die Arbeiterbewegung, eigentlich diejenigen, die den Einkauf der Waren als Teil der (unbezahlten) Hausarbeit zu besorgen hatten (Konsumarbeit): Das waren die Frauen der Arbeiter, die Arbeiterinnen bzw. hieß es im Jargon der Zeit vielfach „Arbeiterfrauen“. Die einkaufenden (Ehe-)Frauen waren aber meist nicht die eingetragenen Mitglieder der Genossenschaft (ein Mitglied pro Haushalt). Diese Position stand dem rechtlich besser gestellten (Ehe-)Mann zu, der Vorstand jenes Haushalts war, der von seiner Ehefrau bewältigt werden musste.

Konsumgenossenschaftlicher Einkauf: „die Macht der Hausfrau“

Die Haushaltseinkommen der Arbeiterschaft, das verdiente Geld der Arbeiterinnen und Arbeiter, sollte also nicht mehr zu den kapitalistischen VertriebshändlerInnen – seien es die kleinen selbstständigen Kaufleute oder die großen Kaufhäuser (Warenhäuser) – getragen werden, sondern ins eigene, selbst organisierte Geschäft, das dazu beitragen sollte, dass eine sozial gerechtere – eine sozialistische Welt – (auf-)gebaut werden kann. Die Konsumgenossenschaften waren – neben der Partei als erste und den Gewerkschaften als zweite Säule – die seit Beginn des 20. Jahrhunderts anerkannte dritte Säule der Arbeiterbewegung. Diese hatte aber keinen guten Stand im sozialistischen politischen Organisa-

tionengefüge rund um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Galt doch die Konsumgenossenschaftsbewegung als so genannter „kleinbürgerlicher“ bzw. politisch unzuverlässiger Teil der Bewegung, weil es sich dabei um die Organisierung eines schwierigen – im klassischen Sinne wenig politisch bewussten – Sektors handelte: die Organisierung des Reproduktionsbereichs, des Privaten, wodurch die (Arbeiter-)Frauen als politisch Handelnde, als politische Subjekte in den Fokus traten. Die Genossinnen waren deutlich weniger „organisiert“, d.h., viel seltener Gewerkschafts- oder Parteimitglieder, als ihre männlichen Kollegen; sie hatten ja auch die volle Last der Zwei- und Mehrfachbelastung von Erwerbsarbeit und Hausarbeit zu tragen. Diese weniger politisch organisierten Frauen sollten nun aber in den Konsumvereinen einkaufen. Bekanntlich war im sozialistischen Narrativ die Geschlechterfrage ein sozialer Nebenwiderspruch und dem Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit nachgereiht. Gleichwohl wurde in den 1890er Jahren, kurz nach Gründung der österreichischen Sozialdemokratie, eine eigene Frauenorganisation von den aktiven Sozialdemokratinnen ins Leben gerufen, die die vielen – wie es hieß – „indifferenten“ Arbeiterfrauen politisieren sollte. 1913 wurde von der bis zum Verbot der Sozialdemokratie unermüdlich tätigen Emmy Freundlich – sie war unter den ersten acht Frauen, die nach der ersten demokratischen Wahl im Februar 1919 ins österreichische Parlament einbezogen war – die Frauenorganisation der Konsumgenossenschaftsbewegung gegründet. Diese versuchte mithilfe von

typisch differenter Frauenpolitik durch Hausfrauen-Nachmittage, Häkel- und Backrunden nicht an Parteipolitik interessierte Frauen für die Konsumvereine zu gewinnen, weil die Hausfrau mit ihrem Einkaufskorb „Handel und Verkehr“ und damit „unsere Volkswirtschaft“ bewege. Es wurde davon gesprochen, dass die in der Genossenschaft einkaufende Hausfrau für den Weltfrieden Sorge, da diese die Menschen zu gemeinsamer Arbeit zum Wohle aller verbinde. Tatsache ist, dass die Arbeiterfrauen die Einkäuferinnen ihrer Familien waren und Frauen den sozialistischen Strategen allgemein als wenig berechenbare Wählerinnen galten. Die Konsumarbeitsfrauen wurden geradezu gebetsmühlenartig als politisch unmündige, des Rechnens unfähige und vom „Klassenfeind“ verführbare Konsumentinnen dargestellt und angesprochen.

Lebensmittelkooperativen: Einkauf-Alternative in urbanen Räumen

Seit den 1950er Jahren standen die Konsumgenossenschaften auch Nicht-Mitgliedern offen und so entwickelten sie sich immer mehr zu einem normalen Geschäft und der solidarische Gedanke wurde verwässert. Auch konnten sie immer weniger mit den Anforderungen des Marktes und den wachsenden Begehrlichkeiten der KonsumentInnen Schritt halten. Im Jahr 1995 gingen die österreichischen Konsumgenossenschaften in Konkurs, wozu auch die geringe fachliche Bildung der nahezu vollständig männlichen Führungsebene beitrug. Dieses Beispiel des solidarischen Einkaufs überlebte das 20. Jahrhundert nicht.

Heute sind es vor allem Bobos (bourgeoise Bohemiens), gut ausgebildete junge Menschen, darunter oft junge Eltern, die auf ein Erbe zurückgreifen können, sich und ihre Kinder gesund ernähren möchten und daher eine Food Coop gründen bzw. Mitglied einer solchen werden. Die Motivationen der KonsumentInnen sind zahlreich – u.a. gibt es ökonomische, soziale und ökologische Gründe für den Bezug lokaler Bio-Lebensmittel über Food Coops: weil es für die Umwelt besser sei, die Transportwege so kurz wie möglich gehalten werden, der Verpackungsmüll reduziert und die lokale Landwirtschaft unterstützt werde. Sie werden entweder als Geschäft oder OnlinebestellerInnen-gemeinschaft mit gemeinsamem Lager geführt, zwecks Verringerung des ökologischen Fußabdrucks von Bäuerinnen und Bauern aus der Region beliefert und meist mit unbezahlter eigener Arbeitszeit selbst verwaltet. Die Mitglieder möchten Zeichen gegen den marktbeherrschenden kapitalistischen Handel setzen und auf den notwendigen Austausch zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen hinweisen. Der durch den kapitalistischen Handel unterbrochene Kommunikationsfluss zwischen LebensmittelerzeugerInnen und -verbraucherInnen soll besser werden. Die aktuellen Food Coops sind Ausdruck einer individuellen Haltung, einer Einzelentscheidung von Individuen sich zeitweilig mit anderen in einer selbst gewählten Form zusammenschließen. Die Konsumgenossenschaften hingegen verstanden sich als Teil einer größeren politischen Bewegung und solidarisch mit dieser verbunden. Es war auch im-

mer klar, dass sie Teil einer internationalen Bewegung waren.

In gewisser Form hat sich seit dem Aufkommen der ökologischen Bewegungen das solidarische Einkaufen mit dem globalisierten Süden erhalten. Die Marke ‚Fair Trade‘ ist für dort genossenschaftlich organisierte Produktionsgemeinschaften ein Beispiel. So können auch heute KonsumentInnen politisch bewusst einkaufen, diese Form der wirtschaftlichen Mitbestimmung nützen oder nicht. Konsumieren ist fraglos eine politische Tätigkeit und bis heute wird von Wissenschaft und Politik die Bedeutung der einkaufenden Personen – das sind nach wie vor überwiegend Frauen, aber im Verhältnis zum 20. Jahrhundert heute doch deutlich mehr Männer – hervorgehoben. Denn Konsumarbeit gehört inzwischen zu jenem Teil der Hausarbeit, der lieber als andere Notwendigkeiten übernommen wird. Das Private ist politisch!

Anmerkung

(1) Interessanterweise waren trotz des Anspruchs der politischen Neutralität österreichische Genossenschaften immer einer politischen Partei zugeordnet: die Landwirtschafts- und Raiffeisen-Genossenschaften die „schwarzen“, die Konsumgenossenschaften die „roten“ Genossenschaften, was wiederum zu einer Art Stillhalteabkommen zwischen den politischen Gegnern führte: Weder die eine noch die andere Genossenschaft wurde wegen Übertretung der politischen Neutralität angezeigt.

Autorin

ANDREA ELLMEIER ist Historikerin und leitet die Stabstelle ‚Gleichstellung, Gender Studies und Diversität‘ der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien. Forschungsinteressen: Konsumgeschichte, prekärer Wissenschafts-, Kultur- und Kunstmarkt, genderkritische Kunstgeschichtsschreibung.

GELEBTE FRAUENSOLIDARITÄT IN THESSALONIKI

Voula Taki



In den letzten Jahren haben die Menschen in Griechenland unter den Auswirkungen der tiefen Krise des Kapitalismus zu leiden, in deren Folge die Regierungen unseres Landes, auf Anordnung von IWF und EZB, alle unsere Rechte außer Kraft gesetzt haben. Die Arbeitsrechte befinden sich auf dem Stand des 19. Jahrhunderts, Bildung und Gesundheitsversorgung wurden Geschäftsinteressen untergeordnet; die Arbeitslosigkeit liegt aktuell bei 30%, für Jugendliche sogar bei 60%; die Auswanderung erinnert an die 1960er Jahre, als wir von unseren Eltern getrennt wurden, die als Arbeitsmigrant/innen nach Deutschland oder Österreich gingen und heute erleben wir dasselbe mit unseren Kindern; die Selbstmordrate geht in die Tausende; und der Ausverkauf öffentlichen Eigentums (Flughäfen, Häfen, Strom- und Wasserversorgung usw.) lastet schwer auf uns.

Besondere Betroffenheit von Frauen

Frauen sind von den Austeritätsmaßnahmen insofern speziell betroffen, als wir diejenigen sind,

- die als erste entlassen und als letzte wiederingestellt werden
- deren Arbeitslosenrate am höchsten ist (bei jungen Frauen beträgt sie über 63%)
- die aufgrund ungleicher Einkommen in den aktiven Jahren keine Pension bekommen, die zum Leben reicht
- die mehrheitlich ohne Versicherungsschutz arbeiten
- die die ersten Opfer von Gewalt auf der Straße, sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und häuslicher Gewalt sind
- die die Last der Zerstörung des Gesundheits- und Bildungssystems tragen

- die keinen kostenlosen Zugang mehr zu staatlichen Geburtskliniken haben und deren Neugeborene als Pfand einbehalten werden
- die oftmals kein Geld für Kindernahrung und -kleidung haben (laut Angaben der UNICEF hat sich die Zahl der von Armut betroffenen Kinder verdoppelt und leiden 322.000 Kinder an „Ernährungsunsicherheit“ – so nennen sie offiziell den Hunger)

Die von uns 2010 gegründete „FRAUENINITIATIVE gegen Verschuldung und Austeritätsmaßnahmen“ wirkt dieser von den Memoranden unserer Regierungen und der Troika geschaffenen Lage auf vielfältige Weise entgegen. In den Wohnvierteln Thessalonikis haben wir bspw. den Dokumentarfilm *Debtokratie* („Schuldenherrschaft“) gezeigt, um bewusst zu machen, dass nicht die Bevölkerung für die Schulden

verantwortlich ist und wir sie daher nicht bezahlen. Wir nahmen an allen größeren Demonstrationen und Kundgebungen teil, zu denen die Gewerkschaft aufgerufen hat, organisierten eine große Kampagne gegen die Austeritätsmaßnahmen, mit denen das Gesundheitswesen kaputtgespart wurde und beteiligten uns an den antirassistischen und antifaschistischen Bewegungen, die zuletzt sehr erstarkt sind. Während sich die Krise laufend vertieft, haben wir Frauen nicht einmal das Nötigste wie Lebensmittel, Heizung, Krankenscheine, Impfungen, Medikamente usw. zur Verfügung, das wir für uns und unsere Kinder brauchen. Deshalb hat unsere FRAUENINITIATIVE mit dem „Haus der Frauensolidarität“ einen Ort geschaffen, der sich zwar an alle Frauen, insbesondere aber an alleinerziehende und alleinstehende richtet. Seit sechs Jahren bieten wir dort u.a.:

- (Rechts-)Beratung in Angelegenheiten häuslicher Gewalt, bei Gesundheitsfragen usw.
- gemeinsames Kochen und Essen
- unmittelbare Hilfeleistung, z.B. bei Stromausfällen, Zwangsversteigerungen von Häusern, eingeschränkter oder fehlender Gesundheitsversorgung etc.

Frauenselbstorganisation

Drei Anliegen standen auf der Tagesordnung unserer Gründungsversammlung:

Zunächst die Art und Weise, wie wir das „Haus der Frauensolidarität“ betreiben wollten. Die Versammlung entschied sich für die Grundsätze der direkten Demokratie, d.h., alle Themen werden im

Plenum behandelt. An unserem Ort arbeiten unterschiedliche Gruppen, die alle über ihre Autonomie verfügen. Wenn sie allerdings eine Veranstaltung organisieren möchten, müssen sie ihren Vorschlag ins Plenum einbringen.

Das zweite Anliegen besteht in der Schaffung einer Kultur der Solidarität, dem Gegenteil zu einer Kultur der Wohltätigkeit.

Das dritte Ziel ist die Formulierung von Forderungen, die sich aus unserem Alltagsleben ergeben.

Sechs Jahre später können wir sagen, dass wir viel erreicht haben: Zu unseren, alle 10-15 Tage stattfindenden Plena kommen regelmäßig 25-30 Frauen. Viele von ihnen sagen, dass sie bei uns einen Ort gefunden haben, an dem sie sprechen und politisch ak-

tiv sein können. An den Treffen der einzelnen, einmal wöchentlich zusammenkommenden Gruppen nehmen durchschnittlich 8-10 Frauen teil. Sie haben viele Veranstaltungen organisiert, weshalb das „Haus der Frauensolidarität“ in der ganzen Stadt bekannt wurde. Bspw. hat die Gruppe, die sich theoretisch mit Geschlechterfragen auseinandersetzt, das Buch *Caliban und die Hexe* von Silvia Federici gelesen und es dem Plenum vorgestellt. Und vor einigen Monaten kam die Autorin selbst nach Thessaloniki und hat mit uns diskutiert.

Eine der Gruppen veranstaltete eine Diskussion über häusliche Gewalt und organisierte zwei Filmvorführungen, wobei die Filme dazu dienten, im Plenum eine Diskussion über häusliche Gewalt und sexuelle Belästigung am Arbeits-



platz und im öffentlichen Raum einzuleiten. Seit ungefähr einem Jahr veranstalten wir alle 15 Tage einen „Filmtag“ zu Frauenthemen, manchmal gefolgt von einem Rollenspiel und Diskussionen über unsere Erfahrungen.

Jedes Jahr gehen wir am 8. März mit unseren Transparenten und Flugblättern zum Aristoteles-Platz ins Stadtzentrum. Auch konnten wir viele kleine Siege erringen! In Griechenland haben wir ein ernstes Problem mit der Stromversorgung, da insbesondere alleinerziehende Mütter und erwerbsarbeitslose Frauen die zusätzlichen Steuern nicht bezahlen können, die die Regierung auf die Stromrechnung aufgeschlagen hat. Deshalb haben wir Initiativen aus den Wohnvierteln eingeladen und unter dem Slogan „Kein Haus ohne Strom“ einen Protest vor dem Sitz der Elektrizitätswerke veranstaltet. In unserem Treffen mit dem Direktor erwirkten wir, dass in den Häusern von zwei Frauen der Strom wieder eingeschaltet wurde, dass wir bloß die Nettostromrechnung zahlen und dass dies in Raten möglich ist.

Auch gingen wir in öffentliche Spitäler und konnten durchsetzen, dass Frauen in Not untersucht werden, ohne dafür zu bezahlen.

Und erst kürzlich ist es gelungen, einen kostenlosen Kindergartenplatz für das Kind einer migrantischen Frau zu erkämpfen und dafür zu sorgen, dass sie die für die Legalisierung ihres Aufenthalts erforderlichen Dokumente erhielt. Als vor einiger Zeit die Abstimmung einer Gesetzesvorlage der SYRIZA-ANEL-Regierung hinausgezögert wurde, wonach Familien ohne Einkommen eine monatliche Zuwendung von € 70-100

erhalten sollten, haben wir Frauen kurzerhand privat bei uns wohnen lassen.

Prägende Erfahrungen

Drei Ereignisse stellten eine wichtige Erfahrung für uns dar.

Zunächst unsere Teilnahme mit sieben Frauen am Auftakt der Feministischen Karawane des Weltmarsches der Frauen am 8. März 2015 in Kurdistan. Als die Karawane nach Thessaloniki und Edessa kam und mit den Bewegungen hier zusammentraf, berichteten die Medien ausführlich über den Weltmarsch der Frauen, die Ziele der Feministischen Karawane und den Kampf der Kurdinnen.

Das zweite Ereignis war unsere Teilnahme an einer Tour durch Italien, die die Aktivistinnen des Weltmarschs der Frauen organisierten und wo wir mit den Frauen vor Ort die Probleme diskutierten, mit denen wir in Südeuropa aufgrund der Wirtschaftskrise konfrontiert sind, aber auch Möglichkeiten, gemeinsam Widerstand gegen die neoliberalen Politiken zu organisieren.

Die härteste Erfahrung war aber jene mit den Flüchtlingen in Idomeni, wobei wir mit ihnen in Kontakt blieben auch als die Regierung Idomeni zumachte und die Flüchtlinge in Camps „einschloss“. Von Anfang an hatten wir Forderungen zu Migration auf unserer Agenda: a) Ein Ende des Krieges – machen wir das Mittelmeer zu einem Meer des Friedens und nicht zu einem Grab für Flüchtlinge. b) Keine Zäune: offene Grenzen und sichere Durchreise für Flüchtlinge. c) Keine Camps und keine Gefängnisse. d) Ein Ende der faschistischen Übergriffe. Insbesondere

re verlangen wir – nicht nur von der griechischen, sondern auch von den Regierungen der anderen EU-Staaten – Schutz für junge geflüchtete Frauen vor sexueller Gewalt und für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Zwei Jahre lang fuhren wir an die Grenze nach Idomeni, wo über 14.000 Flüchtlinge festsaßen, und brachten ihnen Lebensmittel und Kleidung. Wir trafen schwangere Frauen, von denen einige im Camp ihre Kinder zur Welt brachten. Viele Solidaritätsbewegungen und Fraueninitiativen aus europäischen Ländern haben uns dabei unterstützt. Später nahmen wir Flüchtlinge in unsere Häuser auf, insbesondere allein reisende Frauen mit Babys. Dabei arbeiteten wir mit anderen Solidaritätsbewegungen in Thessaloniki zusammen.

Zum Schluss möchte ich an alle Frauenorganisationen appellieren, uns zu unterstützen. Eine Spende* von nur € 10-20 im Monat hilft uns bereits sehr. Unser großer Wunsch ist es auch, Kontakte zu Fraueneinrichtungen in anderen Ländern aufzubauen, damit wir unsere Erfahrungen austauschen können.

Anmerkungen

Dieser Beitrag ist die von der Redaktion übersetzte und gekürzte Fassung eines Vortrags, den Voula Taki im März d.J. in Wien gehalten hat.

* Spenden für die Solidaritätsarbeit der FRAUENINITIATIVE werden erbeten an:
BIC: ETHNGRAA,
IBAN:GR5601104250000042562477333
lautend auf Evagelia Koumandraki.

Autorin

VOULA TAKI ist Mitbegründerin des „Hauses der Frauensolidarität“ in Thessaloniki, feministische Autorin und Aktivistin.

BECAUSE IT'S 2017 – WEIL FRAUEN*POLITIK NICHT NOCH EINMAL 20 JAHRE WARTEN KANN!

Das neue Frauen*volksbegehren

Viktoria Spielmann und Eva Maria Zenz



1997 unterschrieben 650.000 Menschen das Frauen*volksbegehren, das sich für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen* und Männern* stark machte. Ein großer Erfolg, dennoch wurden viele der Forderungen nicht oder nur teilweise umgesetzt. In den letzten 20 Jahren hat sich in Österreich sehr wenig in Sachen Gleichstellungspolitik bewegt. Zwar haben die Frauen* bei den Bildungsabschlüssen massiv aufgeholt, dennoch steigen sie weitaus weniger auf als ihre männlichen Kollegen, verdienen für gleichwertige Arbeit immer noch weniger und leisten nach wie vor den Großteil der unbezahlten Arbeit. 20 Jahre später sehen wir uns zusätzlich mit einem rechtskonservativen gesellschaftlichen Backlash, der immer mit antifeministischen Tendenzen einhergeht, konfrontiert. So ist es im Jahr 2017 möglich, dass ein Präsidentschaftskandidat, der sich mit sexuellen Übergriffen rühmt („Grab her by the pussy“), zum

US-Präsidenten gewählt wurde. Um Widerstand gegen diesen geschlechterpolitischen Stillstand und den daraus resultierenden Backlash zu leisten, schloss sich eine Gruppe von jungen engagierten Feministinnen zusammen, um eine Neuauflage des Frauen*volksbegehrens zu initiieren. Die Forderungen betreffen die drei großen Bereiche ‚Politische Teilhabe und Öffentlicher Raum‘, ‚Arbeitsmarkt und Sozialpolitik‘ sowie ‚Familie und Gesundheit‘.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und Umverteilung der Arbeitszeit

Im Jahr 2016 waren 47,7% der unselbstständig beschäftigten Frauen* in Österreich teilzeitbeschäftigt, bei Frauen* mit Kindern unter 15 Jahren sind es sogar 74,3%. Generell gilt: Frauen* arbeiten kürzer je mehr Kinder sie haben, während Männer* mit Kindern ihre Arbeitszeit erhöhen. Daher fordert das

Frauen*volksbegehren die Reduktion der Vollzeitwerbsarbeit von 40 auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich. Arbeitszeitverkürzung fördert die Work-Life-Balance und ermöglicht eine bessere Aufteilung der unbezahlten Kinder- und Pflegebetreuungspflichten unter den Geschlechtern.

Für die Neuverteilung von Arbeit ist aber auch die Angleichung der Einkommenshöhe von Frauen* und Männern* notwendig. Der Gender Pay Gap von 16,3% (auf Basis des Bruttostundenverdienstes) ist ein gewichtiges Hemmnis auf diesem Weg. Das Frauen*volksbegehren fordert daher, dass die Einkommensberichte neue Kriterien und Standards enthalten müssen, um die Gehaltsschere zu schließen. Darin sollen Prämien, Zulagen, Pauschalen, Überstunden, die Unterscheidung zwischen Teil- und Vollzeit und die prozentuale Angabe von Entgeltunterschieden sichtbar gemacht werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken

Noch immer gehen weitaus mehr Frauen* in Karenz und erledigen den Großteil der Kinderbetreuung und Hausarbeit. Diese Aufteilung wird immerhin von 44,2 Prozent der Paare in Österreich gelebt. Das ist unter anderem auch darauf zurück zu führen, dass es noch immer zu wenig Kinderbetreuungsmöglichkeiten gibt, vor allem in ländlichen Gebieten. Auch sind die meisten Kinderbetreuungseinrichtungen nicht ganzjährig und vor allem nicht ganztätig geöffnet, was die Vereinbarkeit von einem Vollzeitjob mit Kinderbetreuungspflichten praktisch unmöglich macht. Aufgrund

dessen fordert das Frauen*volksbegehren einen Rechtsanspruch auf ganztägige, kostenlose, flächendeckende und qualitativ hochwertige Betreuung für Kinder ab dem Ablauf der Mutterschutzfrist.

Ökonomische Unabhängigkeit ist kein Luxus!

Aus Sicht des Frauen*volksbegehrens muss neben der Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit auch über gute Arbeit und faire Einkommen gesprochen werden, zu denen unweigerlich auch ein Mindestlohn gehört. Für die 23,1% der Frauen* in Österreich, die

im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, bedeutet ein Mindestlohn in der Höhe von 1.750 Euro eine spürbare Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit.

Gerade Alleinerziehende, die zum Großteil weiblich sind, sind häufig von Armut betroffen. Daher insistiert das Frauen*volksbegehren auf die längst überfällige Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes. Des Weiteren verlieren überwiegend Frauen* aufgrund der Einrechnung des Partnereinkommens den Anspruch auf Notstandshilfe oder Mindestsicherung, was zu einer erneuten finanziellen Abhängigkeit in der Partner*innen-

schaft führt. Daher fordert das Frauen*volksbegehren die individuelle Berechnung der Höhe der Notstandshilfe und der Mindestsicherung der Länder, unabhängig vom Partner oder der Partnerin. Selbiges soll auch für die Ausgleichszulage der Pensionen gelten.

Selbstbestimmt und sicher leben ist Frauen*recht

Nach wie vor wird vielen Mädchen* und Frauen* die Selbstbestimmung über den eigenen Körper erschwert, besonders der wachsenden Gruppe in prekären finanziellen Verhältnissen und jenen, die vom Einkommen eines Partners oder



der Eltern abhängig sind. Das Frauen*volksbegehren fordert daher eine bundesweit kostenlose, anonyme Beratung sowie einen kostenlosen und anonymen Zugang zu Verhütungsmitteln, Schwangerschaftstests und zum rechtlich zulässigen Schwangerschaftsabbruch. Der Zugang soll an zumindest einer öffentlichen Krankenanstalt pro Bundesland bei Frauenärztinnen als auch Frauenärzten möglich sein.

1997 traten die Gewaltschutzgesetze (Betretungsverbot und Wegweisung) in Kraft, in weiterer Folge wurden bundesweit Gewaltschutzzentren errichtet. Trotz dieser Verbesserungen ist das Ausmaß der Gewalt an Frauen* immer noch sehr hoch und die Lücken und Defizite im Gewalt- und Opferschutz sind nach wie vor gravierend. Jede 5. Frau ab ihrem 15. Lebensjahr ist von körperlicher und/oder sexueller Gewalt betroffen (Erhebung der Agentur der EU (2014) für Grundrechte zu geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen). Daher sind ein Ausbau der Gewaltschutzzentren und Frauen*häuser in ganz Österreich sowie die Erhöhung der staatlichen Finanzierung für Gewaltprävention auf jährlich 210 Millionen Euro dringend notwendig. Zudem hat Österreich im Jahr 2013 die Istanbul-Konvention ratifiziert und sich

damit verpflichtet, gewaltbetroffene Frauen* und Kinder zu schützen und zu unterstützen. Alle betroffenen Frauen* und deren Kinder sollen einen uneingeschränkten, unbürokratischen und niederschweligen Zugang zu Frauen*häusern haben, einschließlich asylsuchende Frauen* und Frauen* mit prekärem Aufenthaltsstatus.

Mit dabei statt mitgemeint

Noch nie gab es in Österreich eine Bundeskanzlerin, noch nie eine Bundespräsidentin. Die Frauen*quote im Parlament stagniert seit Jahren bei etwa 25-30% und der Frauen*anteil bei den Bürgermeister*innen lag 2016 gerade mal bei 6,7%. Um die im Verfassungsgesetz festgeschriebene Gleichstellung von Frauen* und Männern* in gelebte Praxis zu übersetzen, fordert das Frauen*volksbegehren die Koppelung der Parteien- und Klubförderung an eine 50%ige Frauen*quote in gewählten Positionen aller Gremien. Die höchste Förderung erhalten dabei nur die Parteien, die eine 50%-Quote einhalten.

Erfolgreiches Crowdfundin

Das Crowdfunding, das bis 11. Juni über die Plattform „Startnext“ lief, war erfolgreich – für die Durchführung der ös-

terreichweiten inhaltlichen Kampagne des Frauen*volksbegehrens wurden inklusive direkter Spenden insgesamt 175.000 Euro gesammelt. Nach derzeitigem Stand wird die Eintragungswoche voraussichtlich im Frühjahr 2018 stattfinden. Über tatkräftige Unterstützung freut sich das Organisationsteam natürlich weiterhin – mehr Informationen dazu unter: <http://frauenvolksbegehren.at/mitmachen/>.

Die Forderungen des Frauen*volksbegehrens sollen sicherstellen, dass wir nicht noch 170 Jahre auf die Gleichstellung von Männern* und Frauen* warten müssen. Es ist Zeit, gegen institutionelle Diskriminierung und für ein gleichberechtigtes Leben für alle aufzustehen – because it's 2017!

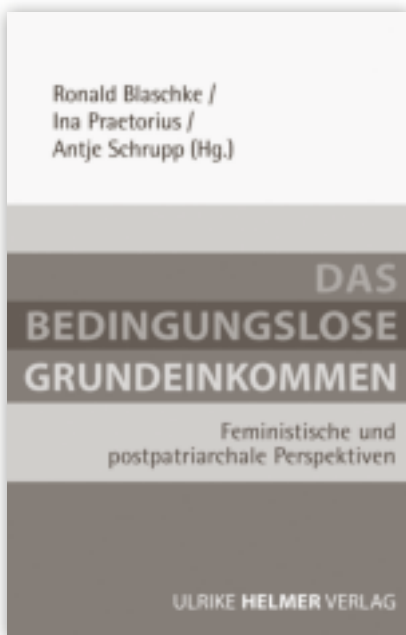
Autorin

VIKTORIA SPIELMANN ist Mitinitiatorin des Frauen*volksbegehrens 2.0, arbeitet in der Abteilung „Arbeitsmarktpolitik für Frauen“ im AMS Österreich und engagiert sich gewerkschaftlich bei der AUGÉ/UG (Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen).

EVA MARIA ZENZ ist hauptberuflich im Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser (AÖF) für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig, ist im Vorstand der Frauennetz und macht für das Frauen*volksbegehren 2.0 vornehmlich Vernetzungsarbeit.

LITERATUREMPFEHLUNG: FEMINISTISCHE UND POSTPATRIARCHALE PERSPEKTIVEN AUF DAS BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN

Margit Appel



Die feministische und postpatriarchale kritische Debatte um das Bedingungslose Grundeinkommen wird aktuell von Frauen und Männern gespeist, die das Grundeinkommen weder als isolierte sozialpolitische Maßnahme sehen, noch als DIE Lösung der vielfältigen anstehenden Probleme. Das Konzept des Grundeinkommens wird vielmehr als Teil der Lösung im Verbund mit anderen Konzepten aus dem Bereich der Demokratie-reform, des alternativen Wirtschaftens, der Sozialstaatlichkeit etc. positioniert. So kann der gesellschaftliche Wandel hin zu einer geschlechtergerechteren Gesellschaft, in der alle gut leben können, gelingen. Selbstverständlich ist das nicht – Auseinandersetzungen sind notwendig und zu erwarten.

Debattenräume

Der Diskurs um das Bedingungslose Grundeinkommen ist ein interdisziplinärer und dauerhafter, die Veröffent-

lichungen aus feministischer Perspektive (heißen muss es eigentlich „feministischen Perspektiven“) nehmen mit dem Beginn der 2000er Jahre international deutlich zu (vgl. Worschech 2008, WIDE 2012). Eine vieldiskutierte Schrift wurde 2004 online mit dem Titel *Zusammenleben im ausgehenden Patriarchat: Argumente für ein leistungsunabhängiges Grundeinkommen und weitere Gedanken zum Thema Geld, Arbeit und Sinn* (Schrupp et al 2004) veröffentlicht. Zehn Jahre später waren Autorinnen dieses Textes am Zustandekommen eines Treffens in Berlin beteiligt, um verschiedene frauenpolitische / feministische Sichtweisen auf das Bedingungslose Grundeinkommen face-to-face zu diskutieren. In der Folge entstand daraus der Band *Das Bedingungslose Grundeinkommen. Feministische und postpatriarchale Perspektiven* (Blaschke/ Praetorius/ Schrupp 2016).

Das Buch ist ein Gemeinschaftsprojekt von im akademischen Betrieb tätigen, an außeruniversitären Einrichtungen wirkenden und in zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Initiativen aktiven Frauen und Männern. Den AutorInnen, alle seit Jahren mit feministischer Ökonomiekritik und dem Bedingungslosen Grundeinkommen beschäftigt, geht es um das Denken einer „besseren, gerechteren Ordnung“ und den Weg zu einem guten Leben für alle. Dieser geübte und zielgerichtete Blick auf die sozioökonomischen und sozioökologischen Verhältnisse, die nicht so sind, wie sie nach Ansicht der AutorInnen sein sollen, tut der Debatte um das Bedingungslose Grundeinkommen gut. An das Grundeinkommen wird nicht die vereinfachende

Erwartung geknüpft, im Alleingang sämtliche geschlechterhierarchischen Altlasten zum Verschwinden zu bringen und gegenüber künftig dräuenden (etwa entlang der Linie Technik / Technologie/ Digitalisierung und Geschlecht) zu helfen. Das Grundeinkommen wird auch nicht vehement abgelehnt, weil es das eben nicht kann. Es wird aber auch nicht davon ausgegangen, dass das Grundeinkommen sicher bestehende Geschlechterhierarchien verschärfen würde. Und: Es wird nicht auf Auswege aus den Vielfach-Krisen der Gegenwart gesetzt, die selber Teil der Probleme sind, die es zu lösen gilt.

Wer sorgt dann noch?

Kritik am Bedingungslosen Grundeinkommen beinhaltet meist die Frage: Wer arbeitet dann noch? Gemeint ist damit fast immer die marktvermittelte bezahlte Erwerbsarbeit. Mindestens so naheliegend ist aber die Frage: Wer erbringt dann noch unbezahlte Arbeit? Oder ganz salopp gefragt: Who cares? Diese Frage wird aber kaum gestellt, weder von Männern noch von Frauen – und das sollte eigentlich beunruhigen. Beunruhigen deswegen, weil diese nicht gestellte Frage der Hinweis sein könnte, dass die Mehrzahl der Männer annimmt, die nicht oder schlecht bezahlte Sorgearbeit würde in jedem Fall – also auch in einer Gesellschaftsordnung mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen – weiter von Frauen gemacht. Frauen könnten diese Frage nicht stellen, weil auch sie damit rechnen (müssen), dass alles so bleibt, wie es ist – Grundeinkommen hin oder her. Und man muss zugeben: Beide Sichtweisen sind nicht

von der Hand zu weisen. Ein Blick auf die Geschichte geschlechterhierarchischer Arbeitsteilung zeigt deren Beharrungsvermögen. Ein Blick in die gegenwärtige Grundeinkommens-Diskussion zeigt die Gefahr der Blindheit gegenüber geschlechtsspezifischer Ungleichheit. Und dennoch.

Die Debatte um das Bedingungslose Grundeinkommen ist aus feministischer Perspektive ein brauchbares Mittel, breit die Frage zu diskutieren: Wie können sich alle daran beteiligen, das zu tun, was notwendig ist, damit auch alle das tun können, was sie wirklich möchten? Aus feministischer Perspektive ist klar, dass es nicht darum gehen kann, über das Grundeinkommen individualisierte Sorgearbeit auszuweiten. Dafür

sind jedenfalls hochwertige staatliche Dienstleistungen erforderlich. Worum es sehr wohl geht: die Auseinandersetzung um das Bedingungslose Grundeinkommen mit dem grundlegenden Perspektivenwechsel der „Care Revolution“ zu verbinden. Womit nach Gabriele Winker, einer der AutorInnen, ein Konzept verstanden wird, „das nicht Profitmaximierung, sondern konsequent die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen ins Zentrum politischen Handelns stellt.“ (ebd. 27)

Sorg(e)loses System

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist also kein Garant für eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Aber das Bedingungslose Grundeinkommen verbes-

sert die Bedingungen für die Kämpfe um eine solche Gesellschaft! Und es geht eben nicht nur um die Verbesserung individueller Verhandlungsmacht, sondern um eine Änderung der politisch-staatlichen Rahmenbedingungen. Wenn die „Sorg(e)losigkeit“ unseres Gemeinwens allzu offenkundig wird, bestimmen kurze Zeit Begriffe wie „Pflege-Notstand“ und „Care-Krise“ die Medien und die Politik. (Pseudo-)Lösungen wie etwa die „24-Stunden-Pflege“ zeigen besonders deutlich den patriarchalen Subtext der Politik: Die Lasten bleiben bei den Frauen, diesfalls den migrantischen Frauen.

Die Verteilung der Verantwortlichkeit für Care, so Andrea Baier, Adelheid Bie-secker und Daniela Gottschlich in ihrem





Beitrag, ist eine der zentralen Fragen für ein politisches Gemeinwesen überhaupt. Strukturen sind so zu verändern bzw. zu etablieren, dass gutes Sorgen ermöglicht wird. Gutes Sorgen braucht Ressourcen und Zeit. Die AutorInnen führen das – von ihnen selbst immer wieder kritisch hinterfragte – Argument ins Treffen, das Bedingungslose Grundeinkommen könnte ein Instrument sein, das die Übergänge zwischen den verschiedenen Zeitstrukturen von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit mitgestalten kann (ebd. 75).

Einkommen von Arbeit und Leistung trennen

Was ist das Provokanteste am Bedingungslosen Grundeinkommen? Die Forderung nach einer existenz- und teilhabesichernden Höhe? Oder die Forderung, es als individuelles Recht auszugestalten und nicht an Haushaltseinkommen zu binden? Oder doch die Forderung nach der Bedingungslosigkeit?

Dass keine Ansprüche im Sozialversicherungssystem erworben werden müssen, dass keine Bedürftigkeit nachzuweisen ist? Alle Aspekte bieten das Potential, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zu erschüttern.

Aber am Provokantesten ist wohl, dass durch das Bedingungslose Grundeinkommen nichts entgolten wird: Keine Tätigkeit, keine Leistung wird 1:1 bezahlt bzw. finanziell anerkannt.

„Im heutigen System“, so Ina Praetorius, „stützt das Geld die Fiktion des unabhängigen, sich selbst versorgenden Subjekts, indem es (scheinbar) nur ‚für Leistung‘ ausgezahlt wird“ (ebd. 38). Und obwohl wir Menschen wissen, dass es sich bei diesem Leistungsprinzip um einen Mythos handelt, konnte es sich etablieren und wird „geglaubt“. Mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen, so die Autorin, könnte das Geld zu einem Instrument werden, das auf dem basalen Niveau der Existenzsicherung die „geburtliche Abhängigkeit“ von Men-

schen sichtbar macht und angemessen – nämlich „bedingungslos“ – auf sie antwortet. Ein regelmäßig bedingungslos vom Gemeinwesen ausbezahlter Betrag – wie eben das Grundeinkommen – wäre die Anerkennung, dass alle Menschen zuerst geboren werden, leben und viel geschenkt bekommen müssen, bevor sie weitergeben, was sie bekommen haben (ebd. 39f). (Unbequeme) Menschenbildfragen sind ebenfalls eine Stärke der feministischen und postpatriarchalen Grundeinkommensdebatte!

Literatur

RONALD BLASCHKE, INA PRAETORIUS, ANTJE SCHRUPP (Hg.) (2016): „Das Bedingungslose Grundeinkommen. Feministische und postpatriarchale Perspektiven“, Ulrike Helmer Verlag. 174 Seiten, Euro 15,40.

ANTJE SCHRUPP ET AL (2004): „Zusammenleben im ausgehenden Patriarchat: Argumente für ein leistungsunabhängiges Grundeinkommen und weitere Gedanken zum Thema Geld, Arbeit und Sinn“, <https://guteslebenzwei.wordpress.com/>

WIDE-DEBATTIERCLUB (2012): „Aus Sicht der feministischen Ökonomie: kritische Einwände zum bedingungslosen Grundeinkommen“, http://wide-switzerland.ch/wp-content/uploads/2016/09/WIDE-Debattierclub_Grundeinkommen_2015_05_24.pdf

SUSANN WORSCHKECH (2008): „Soziale Sicherung neu denken. Die Debatte um bedingungsloses Grundeinkommen und bedarfsorientierte Grundsicherung aus feministischer Sicht“, <https://www.boell.de/de/navigation/wirtschaft-soziales-3841.html>

Autorin

MARGIT APPEL ist Erwachsenenbildnerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Katholischen Sozialakademie Österreichs. Gründungsmitglied von BIEN Austria. Schwerpunkte: Demokratie und soziale Ungleichheit, Feministische Ökonomie, Arbeit und soziale Sicherheit. Referentinnen- und Publikationstätigkeit zum Bedingungslosen Grundeinkommen.



Verein JOAN ROBINSON, WIDE, Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie (Hg.innen). Wirtschaft anders denken. Feministische Care-Ökonomie: Theorie und Methoden

WIDE – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven, Eigenverlag Wien 2016, ISBN 978-3-9502904-1-17, 101 S.

Die vorliegende Lektüre versteht sich ebenso wie ihre Vorgängerin zur Feministischen Wirtschaftsalphabetisierung (2009) als ein Handbuch, das Frauen motivieren kann und soll, sich mit der ihnen entfremdeten Ökonomie auseinanderzusetzen.

Wurde im ersten Handbuch Grundsätzliches zu einem menschenfreundlichen Ökonomieverständnis, zu Begriffen wie Steuern, Globalisierung, Finanzmärkte und Arbeit für jede Frau verständlich erklärt, so beschäftigt sich der frisch erschienene Band mit den seit den 1990er Jahren in der Feministischen Ökonomie-theorie in den Vordergrund tretenden Care-Tätigkeiten. Eva Klawatsch-Treitl, die im Dezember letzten Jahres in ihrem 50sten Lebensjahr plötzlich verstorben ist und die maßgeblich in allen drei herausgebenden Kontexten beteiligt war – ihr ist die Publikation gewidmet – schreibt im Vorwort, dass „feministische Ökonomie in der Organisation, Bereitstellung und gesellschaftlichen Bewertung von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit einen wesentlichen Ausgangspunkt jedes ökonomischen

Denkens sieht“. Diese Perspektive ist in der Mainstreamökonomie, die auf die Logik des Profits abzielt, nicht vorhanden, da diese die wesentliche Voraussetzung, dass Menschen auf Beziehungen und damit auf Fürsorge, Versorgung und Vorsorge angewiesen sind, auslässt. „Care-Arbeit beinhaltet alle Tätigkeiten, die dazu beitragen, dass jede Person gut aufwachsen, gut leben, würdevoll alt werden und in Würde sterben kann.“ Es wird unterschieden zwischen „direkter Care-Arbeit“, bei der *mit* Menschen gearbeitet wird (z.B. Erziehung), und „unterstützender Care-Arbeit“ (z.B. Reinigung), die *für* Menschen gemacht wird. Anhand des allgemein viel zu wenig bekannten 5-Sektorenmodells der Gesamtwirtschaft (Haushaltssektor, For-Profit-Sektor, Öffentlicher Sektor, Dritter Sektor, Illegal-Krimineller Sektor) von Luise Gubitzer, das in beiden Publikationen die theoretische Basis darstellt, wird die jeweilige Bedeutung von Care durchbuchstabiert, was zur Entmystifizierung des Themas Ökonomie beiträgt. Dazu gehört u.a. das in unseren Gesellschaften verdrängte Offensichtliche, was jede/n betrifft/betreffen kann, die Ökonomie der ‚Scheiße‘. „Frau M. ist in einem gewinnorientiert-betriebenen Pflegeheim und inkontinent. Sie bekommt eine Windelhose mit 4,5 Liter Fassungsvermögen. Diese wird alle 24 Stunden gewechselt. Frau M. ist damit versorgt. Aber die Versorgung ist weder fürsorglich noch ist die Menschen-

würde von Frau M. gewahrt. Die Pflegerin Frau L. kann ihre Arbeit nicht fürsorglich, nicht menschenwürdig tun. Sie bekommt psychische Probleme, weil sie gegen ihre persönliche Care-Norm handeln muss.“ Nicht zufällig heißt eines der Unterkapitel „Care als Maß der Zivilisation“. Genial auch die Übersetzung eines Auszugs aus Charlotte Perkins Gilmans Roman ‚Was Diantha tat‘ von 1909, der uns die erste bekannte Berechnung von unbezahlter Hausarbeit vorführt. Bezeichnenderweise heißt das Kapitel, in dem das Gespräch zwischen Vater und Tochter abgedruckt ist, ‚Die unnatürliche Tochter‘. „Mr. Bell nahm seinen Hut und ging hinaus – eine eindeutige Form der Zeichensetzung, sehr oft von Männern in Diskussionen dieser Art verwendet“, so das Resümee der Herausgeberinnen.

Es wird, nein, es *ist* Zeit, dass sich Frauen nicht mehr von Wirtschaftsthemen abschrecken lassen. Die eine wie die andere Handreichung ist dabei ausgesprochen aufklärend und hilfreich. Als Erwachsenenbildnerin kann die Rezensentin die Lektüre/n nur empfehlen, werden doch zusätzlich zu einer basisbildenden Theorie nicht nur eine Menge an Impulsen zum Nachdenken, sondern auch praktische Übungen, Methoden und Vorschläge zur Umsetzung in der konkreten Bildungsarbeit mit Frauen angeboten.

Weitere Informationen und Bestellung: office@wide-netzwerk.at

Birge Krondorfer

**Dyttrich, Bettina; Howald, Stefan (Hrsg.).
Quer denken: Mascha Madörin. Über Antikolonialismus,
Südafrika-Solidarität, Kritik am Schweizer Finanzplatz,
feministische Wirtschaftstheorie und Care-Ökonomie**

Edition 8 Zürich 2016, ISBN 978-3-85990-293-0, 144 S., 19,20 Euro

„Wenn meine Mutter erzählte, war das mein erster Unterricht in feministischer Ökonomie“, so die einleitenden Worte des Bandes „Quer denken: Mascha Madörin“ von Bettina Dyttrich und Stefan Howald, der anlässlich des 70. Geburtstags das Leben und Werk der feministischen Ökonomin würdigt und zugleich eine Geschichte des linken Aktivismus der letzten 50 Jahre aufbereitet.

Der Band wird mit einem biografischen Grußwort von Ueli Mäder eröffnet, in dem er Madörin und deren Entwicklung und Schaffen ehrt. In einem anschließenden ausführlichen Interview mit Bettina Dyttrich, Stefan Howald und Susan Boos kommt die Basler Ökonomin selbst zu Wort und schildert ihren privaten wie beruflichen Werdegang und erläutert Themen, die sie im Laufe der Zeit bewegten. Sie spricht hierbei über ihre Kindheit im Kleinbürgertum, ihre Erfahrungen in Burundi und Mosambik oder ihre Tätigkeit als Koordinatorin des Südafrika-Boykotts. Madörins aktivi-

stische Ader zeigt sich unter anderem in ihrem unermüdlichen Kampf gegen die Apartheid und ihrem Einsatz für ein demokratisches Südafrika, welche Barbara Müller in ihrem Beitrag detailliert beleuchtet. Res Strehle betrachtet im darauffolgenden Kapitel die Tätigkeit als scharfe Finanzplatzkritikerin und die Tatsache, dass die Pionierin maßgeblich an der Abschaffung des Bankgeheimnisses beteiligt war.

Die Schweizerin gilt zudem als Wegbereiterin der feministischen Ökonomie. Der Beitrag von Annette Hug zeigt, wie die Feministin in den 1990er Jahren eine neue Analyse der Care-Ökonomie vorangetrieben und maßgeblich zum Aufdecken blinder Stellen in der Wirtschaftstheorie und -politik beigetragen hat. Madörin machte klar, dass die Care-Ökonomie neben der Finanzierungsfrage vor allem auch die Machtfrage mit einzu beziehen habe. Ansonsten bliebe die Last erneut am weiblichen Geschlecht hängen, das durch eine erlernte Erpressbarkeit die notwendigen Arbeiten



verrichtet, die das Leben der Menschen in einer Gesellschaft gewährleisten. Stefan Howald bietet ein eingehendes Porträt der Querdenkerin, die an unbequemen Fragen stets festhielt und vor allem das soziale Glück der Menschen trotz entgegenstehender Machtverhältnisse immer im Hinterkopf behielt. Der Band schließt mit einer ausführlichen Bibliographie, in der Studien, Zeitungsartikel und Bücher der Autorin ab 1981 aufgelistet werden.

Mariella Beier

Roßhart, Julia. Klassenunterschiede im feministischen Bewegungsalltag. Anti-klassistische Interventionen in der Frauen- und Lesbenbewegung der 80er und 90er Jahre in der BRD

w_orten & meer Berlin 2016, ISBN 978-3-945644-06-5, 574 S., 20,40 Euro

Ein feministisches Erzählcafé in Berlin im Jahr 2013 zum Thema autonome Frauenbewegung der 1970er Jahre bringt es für Julia Roßhart nochmals genau auf den Punkt: Das „Wir-Feministinnen-Gefühl“, die enge Schwesternschaft, die üblicherweise die Erinnerung an die Anfänge der Neuen Frauenbewegung in der BRD golden einfärben, beruhen zum Gutteil auf dem Ausschluss

von nicht-akademischen Frauen. Klassenunterschiede zwischen damaligen Bewegungsfrauen, festgemacht an Formalbildung und finanziellen Ressourcen, wurden nicht thematisiert und dieses Nicht-Wahrhaben bewirkte ein Hinausgleiten jener, die diese Distinktionsmerkmale nicht aufweisen konnten. In ihrer Dissertation, mit der sie ihr Studium der Soziologie und Gender Studies

in Berlin abschloss, arbeitet die Autorin sehr detailreich und gut theoretisch fundiert die Verflechtungen zwischen Klassenunterschieden und dem feministischen Bewegungsalltag in den 1980er und 1990er in der BRD heraus. Zum Ausgangspunkt ihrer wissenschaftlichen Bearbeitung macht Julia Roßhart ihre eigene soziale Verortung im nicht-akademischen Kleinbürgertum und die



damit zusammenhängenden Erfahrungen. Sie interessieren die damaligen Ansätze von anti-klassistischen Interventionen innerhalb der Frauenbewegung, sie spürt diese auf, indem sie Texte als schriftlich ausformulierter Binnenkritik ausfindig macht, Gespräche mit FrauenLesben führt, die beim Erstellen dieser Texte beteiligt waren, und eruiert auf diese Weise auch Workshops, Ver-

anstaltungen und Gesprächsrunden als Versuche, die Klassenfrage innerhalb der Frauenbewegung aufzuwerfen. Dabei stellt sie fest, dass diese anti-klassistische Binnenkritik äußernden Kleingruppen zumeist sehr isoliert wirkten und kaum voneinander wussten.

Neben diesen an's Tageslicht beförderten Texten stützt sie ihre Analysen auf Werke von Autorinnen und Theoretikerinnen wie Audre Lorde, Sabine Hess, Luzenir Caixeta, Maria do Mar Castro Varela, Nancy Fraser, bell hooks, um nur ganz wenige aus der insgesamt 50-seitigen Bibliographie zu nennen.

Die 12 Kapitel können jedes für sich individuell gelesen werden, wie es in den Lesehinweisen ganz zu Beginn heißt – ein wahrlich hilfreicher Tipp, ist das Buch doch mit seiner etwas über 500 Seiten umfassenden, kompakten Darstellung wirklich sehr umfangreich. Interesse geweckt an „Kritik an Bewegungsaltag, feministischen Zielen und Theoriebildung“? Oder sich doch lieber zuerst in die ganz konkrete Darstellung des Bewegungsaltags im Kapitel „IHR-SINNIGE Interventionen: Texte, Redak-

tionspolitik und Heftproduktion“ vertiefen, das sich auf die radikalfeministische Lesbenzeitschrift IHR-SINN bezieht, die zwischen 1990 und 2004 zwei Mal jährlich in Bochum erschienen ist? Doch da bleibt der Blick am Kapitel „Denkanstöße II: ‚Schwesterlichkeit‘ als Kampf auch gegen Klassenausbeutung“ hängen... Auch das Kapitel „Interventionen, nach außen‘: Selbstorganisation und Kritik von Arbeiterinnentöchtern an der Hochschule“ macht auf sich aufmerksam.

Ein zentrales leitendes Bemühen der Autorin wird immer wieder sichtbar: Es soll in dieser Publikation eine Verbindung zum gegenwärtigen linken_queeren_feministischen Aktivismus und dessen Sensibilität für Klassenunterschiede deutlich gemacht werden. Und so lautet auch das Abschlusskapitel „Am Ende: Abschiessen und Türen öffnen“, mit der allerletzten Zwischenkapitelunterschrift „Ein Anfang...“

Ein Buch, dem unbedingt – zumindest in einzelnen Kapiteln – eine gemeinsame Lektüre in feministisch bewegten Kreisen zu wünschen ist.

Elisabeth Grabner-Niel

Müller, Marion; Steuerwald, Christian (Hrsg.). „Gender“, „Race“ und „Disability“ im Sport. Von Muhammad Ali über Oscar Pistorius bis Caster Semenya

transcript Verlag Bielefeld 2017, ISBN 978-3-8376-3425-9, 282 S., 26,99 Euro

„Gender, race und disability waren und sind wichtige Personenkategorien im Sport und zwar sowohl für die Organisation sportlicher Wettkämpfe als auch bei deren soziologischer Analyse. So gibt es in kaum einem anderen Gesellschaftsbereich außer dem Sport heute noch eine so selbstverständliche Segregation nach Geschlecht und Behinderung, die noch dazu sowohl von den Beteiligten als auch den Zuschauer*innen als vollkommen legitim wahrgenommen wird.“ (S.7)

Im vorliegenden Buch werden, wie der Titel schon verrät, die Kategorien „gender“, „race“ und „disability“ einer vergleichenden Analyse unterzogen und im Kontext des Sportes betrachtet. Der Band versammelt Beiträge, in deren Mittelpunkt die Relevanz dieser Personenkategorien als Teilungsdimensionen beim sportlichen Wettbewerb, im historischen Wandel und in ihrer Bedeutung innerhalb einzelner Sportarten wie beispielsweise Leichtathletik, Boxen oder Bodybuilding stehen. Neben



allgemein theoretisch-wissenschaftlichen Beiträgen werden auch einzelne Persönlichkeiten, Fälle oder Ereignisse herausgenommen und analysiert. Das Buch gliedert sich in die drei genannten Kategorien und beinhaltet jeweils zwei bis vier Beiträge unterschiedlicher Autor*innen. Von Geschlechterdifferenzen im Sport, bezogen auf Leistungsklassen, selektiven Geschlechtertests, über Bodybuilding und Geschlecht, bis zur Bedeutung von Hautfarbe, sozialer Herkunft, der Critical Race Theory oder der Konstruktion von Unvergleichbarkeit behinderter Menschen im Sport finden sich in diesem Band zahlreiche Themen. Neben aktuellen Beispielen wie Oscar Pistorius erfahren Rocky und Muhammad Ali als Fallbeispiele besondere Beachtung. Ein Beitrag fokussiert auch historische Herleitungen, welche besonders geschichtliche Beispiele der Inklusion von behinderten Personen im Sport darlegen. Die Zweigeschlecht-

lichkeit ist in wenigen Bereichen so stark zu spüren wie im Sport, da hier eine eindeutige Geschlechtszugehörigkeit gefordert wird und sich die Teilnehmer*innen in vorgegebene binäre Strukturen einordnen müssen. Zudem gibt es hierzu auch immer bestimmte Idealbilder von Körperästhetik, was sich vor allem im Fitnesssport durch die zahlreichen Arten der Körperformung manifestiert. Im der Kategorie „Race“ halten sich hartnäckig Stereotype „über die angeblichen natürlichen physischen Fähigkeiten dunkelhäutiger Menschen“ (S.114). Mit diesen wurde die Dominanz von Afroamerikaner*innen in gewissen Sportarten (Basketball/Football/Leichtathletik) erklärt. Die Kategorie Disability stellt ebenfalls eine zentrale Teilungsdimension des modernen Sports dar. Oft werden Personen mit Behinderung von Sportvereinen oder Wettkämpfen ausgeschlossen, da eine Art „Vergleichstabu in Bezug auf behinderte

und nicht-behinderte Sportler*innen“ besteht. Folglich entwickelten sich Behindertensportarten, welche nahezu nur von behinderten Menschen ausgeübt werden. Beispiele wie Oscar Pistorius, welcher als behinderter Sportler gegen Sportler*innen ohne Behinderung antrat, lösen meist eher Abwehrreaktionen aus. Prothesentragende Sportler*innen werden also vorrangig als Menschen mit Behinderung angesehen und nicht als talentierte Hochleistungssportler*innen.

In diesem Sammelband findet sich ein breites Spektrum an Beiträgen wieder, in welchen die drei Differenzkategorien im Sport interessant und vielseitig aufgearbeitet werden und der Bogen von geschichtlichen Ereignissen bis in die Gegenwart gespannt wird. Der Band sieht sich in jedem Fall zu Recht als Ausgangspunkt für weitere Forschungsarbeiten und Untersuchungen in diesem Bereich.

Sylvia Aßlauer

Rauschenbach, Brigitte. Der Geist der Geschlechter. Oder (frei nach Montesquieu) über die Beziehung, in der die Geschlechterordnung zur Verfassung eines Landes, Kultur, Religion, Wirtschaft, zum internationalen Austausch, zu Kriegen und Revolutionen steht

Ulrike Helmer Verlag Sulzbach/Taunus 2017, ISBN 978-3-89741-397-9, 404 S., 30,80 Euro

Wie hängen Geistes- und Geschlechtergeschichte zusammen? Dieser Frage geht die als Grenzgängerin zwischen den Disziplinen Philosophie, Politische Wissenschaften und Psychologie bekannte Autorin Brigitte Rauschenbach nach. In der vorliegenden Publikation analysiert sie die Relationen zwischen historischen Entwicklungen, philosophischen Anschauungen, geisteswissenschaftlichen Strömungen und Geschlechterordnungen bzw. -unordnungen. Im Untertitel bezieht sich die ehemalige Professorin mit dem Schwerpunkt Geschlechterforschung

auf Montesquieus Hauptwerk „Geist der Gesetze“ (1748). Die staatliche Gesetzgebung ist demnach von einem „Geist“ getragen, der von mehreren Faktoren gleichzeitig abhängig ist. In Analogie dazu stellt die Autorin den „Geist der Geschlechter“. Auf der Suche nach einem Wesen des Geistes kommt Rauschenbach schon zu Beginn zu dem Schluss, dass es keinen eindeutigen „Geist“-Begriff gibt. Vielmehr trifft die Leser*in in einem Streifzug durch diverse Epochen und philosophische Konzepte auf unterschiedliche Facetten des Geistes. Dabei werden



insbesondere Zeiten historischer Umbrüche in den Blick genommen, in denen die Autorin signifikante Ausprägungen des Geistes sieht.

Ihre Analysen beziehen sich vorwiegend

auf die europäische Geistesgeschichte, vor allem auf Deutschland und Frankreich. Nach einer kurzen Auseinandersetzung mit dem Geistesbegriff im Christentum beginnt Rauschenbach mit dem Zeitalter der Aufklärung und arbeitet sich u. a. über die Julirevolution von 1830 und die beiden Weltkriege bis hin zu den jüngsten Entwicklungen. Der Bogen reicht dabei von Zeiten, in denen Frauen die Fähigkeit zum Denken abgesprochen wurde, bis hin zu Zeiten scheinbarer Gleichberechtigung und von „Zweigeschlechtlichkeit“ zu „Vielgeschlechtlichkeit“. Im Laufe die-

ser Abhandlung kommen sehr viele Philosoph*innen zur Sprache, das Spektrum reicht von Descartes, Hegel, Montesquieu, Marx bis hin zu Foucault, Derrida, Butler und Nancy Fraser.

Am Ende des Buches, in der Gegenwart angelangt, geht Rauschenbach auf aktuelle Entwicklungen und Themen ein. So setzt sie sich kritisch mit dem neoliberalen System und dessen Wechselwirkungen auf Geschlechterverhältnisse auseinander. Dabei werden Themen wie Leihmutterchaft oder der gesamte Care-Bereich thematisiert und sie kommt

zum spannenden Schluss: „Immer mehr Männer und Frauen sind gleich-, immer mehr Frauen sind ungleich gestellt. Die Scheidewand zwischen den Geschlechtern ist nicht gefallen, sie ist nur verrückt.“ (S. 332)

Das Buch ist trotz des hohen Niveaus sehr gut lesbar und verständlich geschrieben. Das philosophisch geprägte, aber interdisziplinär ausgelegte Werk regt zum Weiterdenken an und gehört in jede Geistes-Wissenschaftliche Bibliothek und feministische Hausbibliothek.

Andrea Urthaler

Tazi-Preve, Mariam Irene. Das Versagen der Kleinfamilie. Kapitalismus, Liebe und der Staat

Barbara Budrich Leverkusen 2017, ISBN 978-3-8474-2010-1, 228 S., 19,20 Euro

Die Autorin stellt mit diesem Buch eine umfangreiche Bestandsaufnahme, Kritik und Analyse der Kleinfamilie vor und diskutiert Lösungsvorschläge.

Die Bestandsaufnahme fällt bitter aus: „Die Familie als Ort von Neurosen“ wird gesagt. Die Kleinfamilie wird von Mythen wie Harmonie und Konstanz sowie Illusionen, wie z.B. der lebenslangen erotischen Bindung von Mann und Frau, überlagert. Die Fakten zeigen ein anderes Bild. Die Kleinfamilie hinterlässt in und außerhalb der Ehe alleingelassene und überforderte Mütter, in ihrer väterlichen Identität verunsicherte Väter und Kinder, die ohne das soziale Korrektiv einer Gemeinschaft aufwachsen. Die engen Eltern-Kind-Beziehungen geraten zu Traumata, wenn Kinder psychischer, physischer oder sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind, die nicht nur gravierende Narben hinterlassen. SozialarbeiterInnen, Jugendämter und PsychiaterInnen sind täglich mit der Tragödie der Kleinfamilie konfrontiert. Die Scheidungs- und Trennungsraten sind hoch, die Geburtenrate relativ niedrig, und die Gewalt in der Familie ist alarmierend. Meist männliche

Familienforscher betonen weiterhin die Familie als „Keimzelle des Staates“. Forschung, Rechtsprechung, Kirche und Politik arbeiten zusammen, um die Kleinfamilie als politisches und individuelles Leitbild zu stabilisieren. Menschen sollten sich innerhalb der Familie regenerieren, die gesamte Kindererziehung und -betreuung sowie die empathische Beziehung zu den Eltern solle in diesem Rahmen stattfinden.

Trotz der Tatsache, dass dies zumeist nur Illusionen sind, bleibt die Kleinfamilie das Ideal. Jugendliche äußern den Wunsch nach ihr und stellen dieses Ideal ganz vorne in ihren Lebensvorstellungen.

Die Autorin wirft einen anderen Blick auf die Familie, empfiehlt eine neue Sichtweise, die davon ausgeht, dass Menschen von Anfang an ein Leben in Würde, Freiheit und Sicherheit zusteht, statt in Unfreiheit, Scham und Leid. Und sie fragt, wo die Geschlechterperspektive bleibt bei all den Überlegungen zur Funktion und den Aufgaben einer Familie. So hat die Kleinfamilie, aus der Geschlechterperspektive betrachtet, höchst unterschiedliche Bedeutungen. Für Frauen



ist die „Familie“ primär unbezahlter Arbeitsplatz und Ort der Verantwortung für Kinder. Frauen regenerieren sich selten im familialen Raum. Für Männer steht „Familie“ dagegen oft für Erholung und Freizeit. Und Familie dient ihnen als Rückhalt und Energieressource, damit sie kontinuierlich erwerbstätig sein können. Mütter haben Optionen, von denen keine wünschenswert und menschenwürdig ist: Hausfrau zu sein, die ihr gesamtes Leben vom Ehemann abhängig bleibt, oder Teilzeitarbeit zu leisten, ohne damit den Lebensunterhalt für sich und Kinder bestreiten zu können. Vollzeiterwerbstätigkeit hingegen stellt eine völlige Über-

forderung dar. Müttern wird die Schuld für die Kriminalität und das schulische Versagen der Kinder gegeben, für die Essstörungen der Töchter. Das Leiden an der Mutter steht im Mittelpunkt jeder Therapie. Vom Leiden der Mütter ist nicht die Rede. So kommt Tazi-Breve zum Schluss, dass die familialen Strukturen auf dem Ungleichgewicht in der Geschlechterfrage beruhen. Und dies gilt ebenso für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Das Patriarchat ist noch nicht zu Ende. Wem nutzt das konservative Familienbild, warum ist die Kleinfamilie die Norm, warum haben sich alternative Lebenskonzepte nicht durchsetzen können? All diese Fra-

gen analysiert und konfrontiert sie aus einer patriarchatskritischen Perspektive und meint, dass die heutige Form der Kleinfamilienstruktur nicht funktioniert, weil sie gar nicht funktionieren kann. Es drängt sich ihr der Verdacht auf, dass genau dieses Nichtfunktionieren und seine Folgen durchaus erwünscht und geplant sind. Die Kleinfamilie sei der Ort der Zurechtweisung des Menschen in die patriarchale Zivilisation.

Das Buch bezieht in einem weiteren Schritt alternative Sichtweisen, Konzepte und Lebensweisen mit ein. So werden die familialen Strukturen außereuropäischer, matrilinear lebender Gesellschaften skiz-

ziert und darüber hinaus Spuren matrilineareren Lebensweisen hierzulande aufgezeigt. Diese können modellhaft für neue Formen familialen Lebens stehen. Nicht jede Leserin mag mit diesen Lösungsvorschlägen einverstanden sein oder daran glauben, dass sie „das gute Leben“ für alle – was ja das feministische Ideal ist – bringen. Nachdenkenswert sind die Vorschläge auf jeden Fall, und dass es andere neue Konzepte des Zusammenlebens geben muss, wenn Leid und Elend ein Ende haben sollen, ist klar. Ich wünsche mir, dass dieses Buch von vielen und intensiv gelesen wird.

Monika Jarosch

Lena Karasz (Hrsg.). Migration und die Macht der Forschung: Kritische Wissenschaft in der Migrationsgesellschaft

ÖGB Verlag Wien 2017, ISBN: 978-3-99046-220-1, 304 S., 29,90 Euro

Die Arbeiterkammer Wien beschritt einen bislang ungewöhnlichen Weg. Sie lud kritische Migrationsforscher_innen dazu ein, ihrerseits relevante „kritische“ Fragen zum Thema „Migration“ zu stellen. Im vorliegenden Werk gibt es Antwort zu den medialen Begriffen „Migrationskrise“ und „Flüchtlingsfrage“, welche in der öffentlichen Debatte in letzter Zeit viel diskutiert wurden. Der Sammelband präsentiert Beiträge aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen (wie Erziehungswissenschaft, Politologie, Ökonomie, Geschichte, Kulturwissenschaft, etc.). Hierbei schreiben die Autor_innen u.a. über den Arbeitsmarkt (de Yong), Religion (Mattes), Integration, demokratische Repräsentation (Bauböck) und bewegen sich zwischen verschiedenen theoretischen Rahmen: subaltern studies (Kaloianov), postmigrantische Theorien (Yildiz), Intersektionalität (Stanišić), kritische Männlichkeitsforschung (Scheibelhofer). Auch die Objekte der Analysen sind sehr hetero-

gen: Die Autor_innen untersuchen Beiträge aus der Medienwelt, Aussagen von (vor allem rechten) Politiker_innen, Dokumente sowie Interviews von Personen mit Migrationshintergrund.

Die Texte fokussieren auf den deutschsprachigen Raum und entsprechen den neusten Forschungserkenntnissen. Sie bieten außerdem viele Empfehlungen und Hinweise, wie eine sinnvolle Migrationspolitik ausschauen kann. Das Ziel der Publikation ist u.a. zu überlegen welche Machtwirkungen von etablierten Kategorien, wie z.B. „Migrant_in“ oder „Migrationshintergrund“ ausgehen. Besondere Aufmerksamkeit verdient ein Essay von Sylvia Hahn, in dem sie erläutert, wie flexibel Rassismus ist und wie dualisiert und eurozentrisch der Mainstream-Diskurs zu Migration ist. Das Buch wird gekrönt von einem Beitrag von maiz – Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen, das den Begriff „Migrant_in“ dekonstruiert und sich gegen die Zuschreibung als „Opfer“ wehrt. Hier finden sich aussage-

kräftige und emanzipatorische Forderungen für alle, die sich über Migration äußern möchten oder für Migrant_innen sprechen wollen. Das Buch bietet ein breites Spektrum von Beiträgen zu Migrationsaspekten, die etabliertes Wissen über Migration hinterfragen und Alternativen zur gängigen Migrationsforschung aufzeigen. Es richtet sich auch an ein nicht-wissenschaftliches Publikum und weist in Richtung eines konstruktiven Umgangs mit Migration.

Magdalena Komisarz





Nach dem ersten Deutschen Männergesundheitsbericht 2010, der eine allgemeine Übersicht über die gesundheitliche Lage von Männern geben sollte, und dem zweiten im Jahr 2013, welcher sich auf die psychische Gesundheit fokussierte, wurde dieses Jahr der dritte Bericht dieser Reihe herausgegeben, welcher sich der „Sexualität von Männern“ widmet. Um in diesem Fall mit Expertise aufwarten zu können, kooperierte die Stiftung Männergesundheit Berlin (Herausgeberin des Berichts) mit Prof. Dr. Heinz-Jürgen Voß vom Institut für Angewandte Sexualwissenschaft der Hochschule Merseburg.

Für den vorliegenden Bericht wurden 31 Beiträge von 40 Expert*innen verfasst, welche mit amtlichen Daten arbeiteten. Die Expert*innen brachten in den verschiedensten Gebieten ihr Spezialwissen ein und versuchten einen ganzheitlichen Überblick über die Situation der Sexualität von Männern zu geben.

Stiftung Männergesundheit (Hrsg.). **Sexualität von Männern. Dritter Deutscher Männergesundheitsbericht**

Psychosozial-Verlag 2017, ISBN 978-3-8379-2683-5, 449 S., 41,10 Euro

Es wurde darauf geachtet, eine gewisse Bandbreite an Wissenschaftsfeldern einzubringen, sowie die Beiträge von jeweils zwei medizinischen und sozialwissenschaftlichen Reviewer*innen noch einmal begutachten zu lassen.

Das Buch ist in fünf Kapitel gegliedert: Im ersten werden das männliche Geschlecht und männliche Sexualität(en) historisch und aktuell diskutiert, im zweiten geht es um sexuelle Gesundheit im Lebenslauf, daraufhin werden heterogene Männlichkeiten zum Thema, im vierten Kapitel finden medizinische Belastungsfaktoren für die männliche Sexualität ihren Platz und im letzten Kapitel werden Sexualität und Grenzen und Sexualstraftaten thematisiert. Von einer historischen Betrachtung über die gesellschaftliche Entwicklung von Sexualität, über den aktuell erreichten Stand, das Aufzeigen von Defiziten, bis hin zu Handlungsempfehlungen ist in diesem Band alles zu finden. Wichtige Themen wie Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierungen, Sexualität von behinderten Männern oder sexuelle Straftaten werden ebenso angesprochen wie der Begriffsdefinition von sexueller Gesundheit, von der Kindheit, über die Pubertät bis ins Alter große Beachtung geschenkt. Den Thematiken Asexualität, Trans*-Männlichkeiten, Bisexualität, Intergeschlechtlichkeit ist ein eigener Artikel gewidmet. In einem Kapitel werden medizinische Sichtweisen zu sexuellen Störungen und Erkrankungen dargestellt. Immer wieder finden sich

auch statistische Angaben im Buch wieder, so wurde z.B. herausgefunden, dass 30-40% der Männer in verschiedenen Altersgruppen mit ihrem Sexualleben unzufrieden sind. (S. 313) Außerdem positionierten sich nur weniger als 50% von befragten Jugendlichen als eindeutig geschlechtstypisch. 8% sahen sich als zwischen den typischen Mädchen und typischen Jungen, sowie wiederum 8% als geschlechtlich im Bereich „weder noch“ oder „weiß nicht“. Es sind in diesem Bericht also einige interessante empirische Daten zu entdecken.

Der Band schafft es mittels interdisziplinärer Gesichtspunkte Themen soziologisch, pädagogisch, gesundheitswissenschaftlich und medizinisch anzugehen und schließt auch Randbereiche der männlichen Sexualität ein. Damit deckt der vorliegende Bericht zweifelsohne viele Bereiche ab, dennoch bleiben noch Themen offen. Auch wird in dieser Publikation auf den großen Forschungsbedarf, sowohl im sozialwissenschaftlichen als auch im medizinischen Bereich, aufmerksam gemacht. Trotz der Tatsache, dass Sexualität in den Medien ein Thema darstellt, werden viele ihrer Bereiche in unserer Gesellschaft noch immer tabuisiert und nicht reflektiert. Der Bericht möchte eine Informationsbasis darstellen und soll im optimalen Fall die Forschung und Lehre in diesem Bereich fördern. In fünf Jahren soll ein aktualisierter Bericht folgen.

Sylvia Aßlauer



Geier, Monika. Alles so hell da vorn

Argument Verlag Hamburg 2017, ISBN 978-3-86754-223-4, 412 S., 13,40 Euro

geerbt, das schwer zu verkaufen ist. Und ist in diesem Haus eine Leiche im Keller? Dazu gibt es noch die zwei aufgeweckten Kinder ihrer verstorbenen Schwester, die sie zu versorgen hat. Beruflich ist es auch nicht leicht. Da wird ein von ihr geschätzter Kollege, Ex-Partner und Ex-Beinahe-Freund, in einem „Club“ von einer sehr, sehr jungen Prostituierten mit seiner eigenen Dienstwaffe erschossen. Was macht der Mitarbeiter in einem Bordell, wo es so junge Prostituierte gibt? Die Täterin verschwindet, deren junge Kolleginnen im „Club“ schweigen. Dann wird in einem abgelegenen Dorf ein Schuldirektor niedergeschossen. Auch von der Mörderin ihres Kollegen? Wie hängt das alles zusammen? Ein Dickicht

aus Intrigen und menschlichen Abgründen tut sich vor der Kommissarin auf. Bettina Bolls aufrechte Gesinnung und Gerechtigkeitsinn werden schwer auf die Probe gestellt. Und sie muss feststellen, dass Kollegen und Vorgesetzte und hohe Tiere noch weiter oben pädophil sind, wobei das ganz hohe Tier mehr oder weniger unbeschadet davon kommt.

Monika Geier erzählt ihre Geschichte mit schwarzem Humor, viel Sarkasmus und sehr gekonnt. Die Leserin bleibt alle 412 Seiten gefesselt und möchte mehr von der Autorin lesen. Da muss sie auf frühere Abenteuer der Bettina Boll zurückgreifen, diese Story hier ist ihr siebter, vorerst letzter Fall.

Monika Jarosch

Kriminalkommissarin Bettina Boll hat es schwer. Kompliziert geht es zu in ihrem privaten Leben, hat sie doch von der bösen Tante ein grässliches Haus

Wimmer Mazohl, Erika. Meran. Abseits der Pfade

Braumüller Verlag Wien 2017, ISBN 978-3-99100-207-9, 256 S., 14,90 Euro

„Meran, du Schöne!“, so führt Erika Wimmer in ihren literarischen Reiseführer ein. Meran, Stadt mit Palmen inmitten von Bergen, Stadt mit Geschichte seit den Grafen Tirols, Tourismushochburg mit angenehmem Klima, Stadt mit Architektur und besonderem städtischen Leben, Stadt mit viel mehr. All das und dieses „viel mehr“ schildert uns die Autorin, indem sie mit uns Sehenswürdigkeiten besucht, durch alte und neue Stadtviertel flaniert, mit uns die schönen alten Villen besucht, uns über KünstlerInnen informiert, die Meran besuchten oder dort lebten/leben, und die die Stadt prägten/prägen, oder auch die vielen Bäume, die in Meran wachsen, rühmt: Atlaszeder, Arizona-Zypresse, Gelbkiefer, Sommerlinde, ... Italienische Zypresse, Glanzmispel,

Libanon-Zeder... 50 Prozent der Bevölkerung sprechen Italienisch, es ist also keine spezifisch Südtiroler Stadt, Meran kann auch Weltstadt sein. Sie erzählt vom Pioniergeist jüdischer Familien und von deren Vertreibung. Sie berichtet vom künstlerischen Tun und Leben der Stadt. Was immer sie auch erzählt, sie tut es spannend, mitreißend und einladend. Die Leserin möchte zu gerne mit dem Büchlein in der Hand durch Merans Viertel streifen, dann im Kaffeehaus nachlesen und weiterspazieren um all das kennenzulernen, wofür Erika Wimmer schreibt. Ja, die Leserin hat die besten Absichten, so bald als möglich Meran zu besuchen mit dem Fahrrad, so wie es die Autorin empfiehlt.

Monika Jarosch





Urban, Tina-Maria. Käsebrot und andere Kurzgeschichten

Herzprung-Verlag Lindau 2017, ISBN 978-3-96074-010-0, 175 S., 11,20 Euro

Was hat ein Käsebrot mit Liebes-Beziehungen zu tun? Sehr viel, wenn die Pasta verkocht, anbrennt und raucht, während Frau und Frau miteinander beschäftigt sind, und dann nur das Käsebrot übrig bleibt, um den Hunger zu stillen. Die Geschichten, die Tina-Maria Urban erzählt, handeln von Liebesbeziehungen unter Frauen, vom Beginnen, vom Glück, von Trauer, von alltäglichen Schwierigkeiten und vom Enden und Wiederbeginnen. In 26 Kurzgeschichten erzählt die Autorin feine, erfrischende

Stories mit viel Humor über all das, was die Liebe zwischen Frauen so ausmacht – und da gibt es so Vielfältiges zu erzählen. Jede Geschichte erzählt ihren Teil und führt über die Krise zu einem versöhnlichen Ende. Aber bis es dazu kommt, sind oft beste Freundinnen bei Hand, die helfen und die Unglückliche wieder aufbauen. Beste Freundinnen sind extrem wichtig – eigentlich ‚die Moral von der Geschichte‘ – sie machen dich reich.

Monika Jarosch

Frauenemanzipation in den Schweizer Bergen



Schon lange gab es in den heimischen Kinos keinen derart erbaulichen Film mehr über die Kämpfe der Zweiten Frauenbewegung zu sehen wie aktuell Petra Volpes *Die göttliche Ordnung* (CH, 2017). Mit viel Humor schildert er den Einsatz einer Gruppe von Frauen in einem Schweizer Gebirgsdorf für das Frauenstimmrecht und was ungefähr abgegangen sein muss, damit sich die Wahlberechtigten – ausschließlich Männer – im Jahr 1971 mehrheitlich dafür aussprachen.

Der Film zeigt, welchen Mutiger Frauen und welchen Ideenreichtums es bedurfte, um den Geist des Feminismus selbst

in die abgelegensten Gebirgstäler zu tragen und die dort seit Jahrhunderten geltende ‚göttliche Ordnung‘ aus den Angeln zu heben. Der Prozess der Bewusstwerdung der eigenen Lage wird in Szenen des Alltags beschrieben, in denen Frauen nicht nur ihre eigene entrechtete Situation erkennen, sondern auch die der jeweils anderen Geschlechtsgenossinnen und so sehen lernen, wie die Männerherrschaft ihr aller Leben einengt, aber auch die Männer selbst unglücklich macht. Es sind u.a. diese leisen Töne im zwischenmenschlichen Mikrokosmos, die neben den ins Dorf versetzten kreativen Aktionsformen, die die Frauen wählen, den Film so sehenswert machen.

Männer untersagen ihren Frauen die Berufstätigkeit, Väter veranlassen die Wegsperrung ihrer rebellierenden Töchter in Jugendstrafanstalten, Frauen bedienen ihre Söhne, Ehemänner, Väter und Schwiegerväter. Vom weiblichen Orgasmus hat in der abgeschiedenen Gegend noch nie jemand gehört,

bevor drei der Protagonistinnen nach einer Demo in der Großstadt einen Workshop über weibliche Sexualität besuchen und das dort erworbene Wissen nicht nur an die anderen Frauen im Dorf weitergeben, sondern ab nun auch höhere Ansprüche an ihr Eheleben stellen. Interessant auch zu sehen, wie die Männer in der Öffentlichkeit einem ehernen Gruppenzwang unterstehen und einander beweisen müssen, dass sie ihre Frauen unter Kontrolle haben, da sie sonst bei ihresgleichen an Ansehen verlieren.

Am Ende des Films hat der Feminismus nicht nur alle glücklicher gemacht, sondern auch anschaulich gezeigt, dass die überkommenen feudalen Geschlechterverhältnisse zurecht abgedankt haben und dass es höchste Zeit dafür war. Und nicht zuletzt, dass Frauen mehr von ihrem eigenen Leben und einem guten menschlichen Zusammenleben verstehen.

Also: Frauen, auf in die Kinos!

Hilde Grammel

Simone Veil ist tot (1927-2017)

Als Gesundheitsministerin führte sie in Frankreich das Recht auf Abtreibung ein. Es war schon eine besondere Hämme, als die Initiative der französischen Gesundheitsministerin Simone Veil zur Freigabe des Schwangerschaftsabbruches mit dem Holocaust verglichen wurde: „Frau Minister, wollen Sie die Kinder ins Gas schicken?“

Denn Frau Veil trug auf ihrem linken Unterarm selbst die Nummer, die man ihr in Auschwitz eintätowiert hatte. Ihr Vater, der Architekt André Jacob, sowie ihre Mutter und ihr Bruder waren im Holocaust umgebracht worden.

Am 29. November 1974 erreichte Simone Veil Initiative in der Abstimmung in der männlich dominierten französischen Nationalversammlung die Mehrheit (284 Pro-Stimmen gegen 189 Ablehnungen): „Der Schwangerschaftsabbruch ist der letzte Ausweg für verzweifelte Situationen. Ich kann all diejenigen

beruhigen, die meinen, durch ein derartiges Gesetz würde der weiten Verbreitung der Abtreibung Tür und Tor geöffnet. Diese Ansicht ist falsch, denn keine Frau entschließt sich leichtfertig dafür, ihre Schwangerschaft abzubrechen.“ Mit dem so genannten ‚Loi Veil‘ war Frankreich das erste überwiegend katholische Land, das den Schwangerschaftsabbruch straffrei stellte. Kurz darauf folgte übrigens auch Österreich, wo die Fristenregelung per 1.1.1975 in Kraft trat.

Menschenrechte waren immer schon Veils Anliegen. In ihrer Zeit im Justizministerium sorgte sie für verbesserte Haftbedingungen für weibliche Gefangene, unter denen auch viele Algerierinnen waren, die für die Befreiung ihres Landes von der Kolonialherrschaft gekämpft hatten. Mit 46 Jahren wurde sie von Giscard d’Estaing in sein Kabinett berufen, wo sie als Gesundheitsministe-

rin fungierte. In dieser Zeit sorgte sie auch für einen erleichterten Zugang zu Verhütungsmitteln. Sie selbst war übrigens keine Theoretikerin, sondern verheiratet und Mutter von drei Söhnen.

1979 schied sie aus dem Amt aus und wurde bei den ersten Europawahlen Präsidentin des Europäischen Parlaments. In anderen wichtigen Aufgaben war Veil u.a. französische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Stadtwesen, von 1998 bis 2007 Mitglied des französischen Verfassungsrates, 2008 wurde sie in die Académie Française berufen; die Liste ihrer Funktionen, Initiativen und Würdigungen ist schier endlos. In nationalen Meinungsumfragen gilt Veil als ein moralisches Vorbild. Die New York Times nannte sie eine Politikerin, die Frankreich inspiriert hat.

MUVS Wien, Museum für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch

TKI open 18_humor

So lautet das Thema der diesjährigen Ausschreibung von TKI open. Die TKI lädt Kulturinitiativen, Künstler*innen und Kollektive ein, bis 12. Oktober 2017 Kulturprojekte einzureichen, die sich mit Bedeutung, Funktion und Potenzial von Humor auseinandersetzen. Was kann Humor bewirken und auf welche Weise? Wer darf sich über wen lustig machen? Kann man Humor überhaupt kritisieren, ohne selbst als humorlos zu gelten? Wieviel Humor ist zumutbar?

Kontakt und nähere Informationen:
www.tki.at



ÖKONOMIE – EINE AUSWAHL AUS DEN BÜCHERN DER AEP-FRAUENBIBLIOTHEK

ATTAC ÖSTERREICH	Zwischen Konkurrenz und Kooperation, Mandelbaum	2006
AULENBACHER, BRIGITTE	Feministische Kapitalismuskritik, Westfälisches Dampfboot	2015
BAUHARDT, CHRISTINE	Gender and Economics, Verl. für Sozialwissenschaften	2010
BEIGEWUM	Mythen der Ökonomie, Verl. für Sozialwissenschaften	2005
BIDWELL-STEINER, MARLEN (Hg.)	Freiheit und Geschlecht, Studienverlag	2008
BLASCHEK, BEATE	Crash statt Cash, ÖGB-Verlag	2008
BLASCHKE, RONALD et al. (Hg.)	Das bedingungslose Grundeinkommen, Ulrike Helmer	2016
BUTTERWEGGE, CHRISTOPH	Kritik des Neoliberalismus, Verl. für Sozialwissenschaften	2008
DEMOPUNK	Indeterminate! Kommunismus, Unrast	2005
ALLGOEWER, ELISABETH, DISKUSSIONS- KREIS FRAU UND WISSENSCHAFT	Ökonomie weiterdenken! Campus	1997
MADÖRIN, MASCHA	Care Ökonomie, Olympe	2009
DULLNIG, URSULA	Wirtschaft anders denken - Verein Robinson, Eigenverlag	2010
DYTTRICH, BETTINA (Hg.)	Quer denken: Mascha Madörin, edition 8	2016
FRAUENSOLIDARITÄT	FAQ Arbeitsrechte für Frauen in der informellen Wirtschaft, Frauensolidarität	2008
GROß, MELANIE	Queer- / Feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse, Unrast	2007
HABERMANN, FRIEDERIKE	Der homo oeconomicus und das Andere, Nomos	2008
BETTINA, KNITTLER KÄTHE	Feministische Ökonomie. Intro, Mandelbaum	2014
HERMANN, ULRIKE	Der Sieg des Kapitals, Westend	2013
HIEDEN-SOMMER, HELGA	Sozialstaat, neoliberales Wirtschaften und die Existenzsicherung von Frauen, Milena	2007

KLEIN, NAOMI	No Logo!, Riemann	2000
KLINGEBIEL, RUTH ET AL.	Globalisierung aus Frauensicht, Dietz	1998
KRAIS, BEATE (HG.)	Globalisierung aus Frauensicht, Campus	2002
KRONDORFER, BIRGE, MOSTBÖCK CARINA	Frauen und Ökonomie oder: Geld essen Kritik auf, Promedia	2002
ILLOUZ, EVA	Gefühle in Zeiten des Kapitalismus, Suhrkamp	2007
LEMKE, MEIKE (HG.)	Genus Oeconomicum, UVK Verlagsgesellschaft	2006
LICHTENECKER, RUPERTA (HG.)	Gender Budgeting, Studienverlag	2006
MARCAL, KATRINE	Machonomics, C. H. BECK	2016
MÖLLER, CAROLA (HG.)	Dissidente Praktiken, Ulrike Helmer	2006
MURACA, BARBARA	Gut leben, Wagenbach	2014
NETZWERK GRUNDEINKOMMEN	Grundeinkommen- in Freiheit tätig sein, Avinus	2006
NOTZ, GISELA	Theorien alternativen Wirtschaftens, Schmetterling	2011
SASSEN, SASKIA	Ausgrenzungen, Fischer	2015
TROUBLE EVERYDAY COLLECTIVE	Die Krise der sozialen Reproduktion, Unrast	2014
WEISS, ALEXANDRA	Regulation und Politisierung von Geschlechterverhältnissen, Westfälisches Dampfboot	2012
WERLHOF, CLAUDIA VON	Alternativen zur neoliberalen Globalisierung oder Die Globalisierung des Neoliberalismus und seine Folgen, Picus	2007
WERLHOF, CLAUDIA VON	Frauen, die letzte Kolonie, Böhlau	1983
WICHTERICH, CHRISTA	Gleich, gleicher, ungleich, Helmer	2009
ZIEGLER, JEAN	Das Imperium der Schande, Pantheon	2005

P.b.b.

Verlagspostamt 6020 Innsbruck

Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft
Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck
office@aep.at, bibliothek@aep.at
informationen@aep.at
familienberatung@aep.at
Tel. 0512/583698, Fax 0512/583698
www.aep.at

aep
informationen

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

Unterstützen Sie den **aep** und werden Sie Mitglied in einem der ältesten Frauenvereine Österreichs.

Für 28 Euro pro Jahr sind Sie ordentliches Mitglied des **aep** und können unser umfassendes Angebot nutzen: Seit 1974 betreibt der **aep** eine **Frauen- und Familienberatung** und gibt die **Zeitschrift aep informationen**, feministische zeitschrift für politik und gesellschaft heraus, die Sie mit einer Mitgliedschaft gratis beziehen (4x im Jahr).

Sie erhalten in Abständen einen **Newsletter**, der Sie über feministische Neuigkeiten und Veranstaltungen informiert, und Sie können das **Angebot feministischer Bildungsveranstaltungen** im **aep** nutzen.

Überdies betreiben wir seit 1979 eine **Bibliothek**, in der Sie als Mitglied kostenlos Bücher aus dem umfassenden Bestand an Belletristik, Frauen und Politik, Feministische Wissenschaft, Beruf und Familie, Biographien etc. ausleihen können.

Die **aep informationen** – feministische zeitschrift für politik und gesellschaft gibt es in folgenden Buchhandlungen:

Buchhandlung Alex, Hauptplatz 21, A-4020 Linz · Fachbuchhandlung ÖGB, Rathausstraße 21, A-1010 Wien,

Buchhandlung ChickLit-Verein zur Förderung feministischer Projekte, Kleeblattgasse 7, 1010 Wien,

Liber Wiederin, Erlersstraße 6, A-6020 Innsbruck · Tyrolia Buchhandlung, Maria-Theresienstr. 15, A-6020 Innsbruck

AEP FAMILIENBERATUNG INNSBRUCK

WIR BERATEN SIE: in allen sozialen und rechtlichen Fragen des Mutterschutzes, in Fragen zu Familienplanung, Empfängnisverhütung und Kinderwunsch, bei Schwangerschaftskonflikten und ungewollten Schwangerschaften, bei Partnerschaftskonflikten und Sexualproblemen.

PSYCHOLOGISCHE BERATUNG UND PAARBERATUNG: Drei Psychologinnen helfen Ihnen, Ehekrisen und Partnerschaftskonflikte anzugehen und zu bearbeiten; ebenso allgemeine Lebenskrisen, Neuorientierung nach einem einschneidenden Erlebnis oder Ablösungsprozesse kreativ zu bewältigen.

RECHTSBERATUNG: Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, unverbindlich und kostenlos mit einer Juristin über Ihre rechtlichen Angelegenheiten wie Scheidung, Unterhaltsfragen, Rechte der Frau in der Ehe, Sorgerecht für die Kinder, Besuchsregelung usw. zu sprechen.

DAS BERATUNGSTEAM: • eine Sozialarbeiterin • drei Psychologinnen • eine Juristin • eine Gynäkologin

BERATUNGSZEITEN: Mo 16.00–19.00 Uhr, Di 17.00–19.00 Uhr, Do und Fr 9.00–12.00 Uhr Telefon: 0512/57 37 98 – Fax: 0512/57 37 98

ÖFFENTLICHE FRAUENBIBLIOTHEK AEP

Feministische Literatur, Bücher zu Partnerschaft, Berufswelt, Erziehung, Geschlechterverhältnisse, Belletristik, etc.

ÖFFNUNGSZEITEN: Mo 16.30–19.30 Uhr, Do 16.30–19.30 Uhr und Fr 10.00–13.00 Uhr, Telefon: 0512/58 36 98 – Fax: 0512/58 36 98

Ich möchte mitarbeiten und ersuche um nähere Auskünfte

Ich bestelle die AEP-Informationen
(jährlich € 24,00 / Ausland € 28,00)

Ich möchte dem AEP beitreten:

als ordentliches Mitglied (€ 28,00 / Jahr)

als unterstützendes Mitglied (Beitragshöhe freigestellt)

Konto: Tiroler Sparkasse 0200-101061 BLZ 20503
IBAN: AT 592050300200101061, BIC: SPIHAT22HF

An: AEP, Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck

Name:

Adresse:

Telefon:

Datum: Unterschrift: